Jetzt am Kiosk

Preußische Allgemeine Zeitung

Mit Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 5 – 6. Februar 2010

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Ist es nur der Stress oder schon die Angst? Den Verantwortlichen in Berlin gelingt momentan nicht viel. Die Siegerposen vom Herbst sind jedenfalls passé.

Bild: action press

Berlin zeigt Nerven

Fahrige Debatten um Gesundheitspolitik und Hartz IV – Klimmzug in NRW

Wer nach den Januarklausuren von Union und FDP gehofft hatte, die Bundesregierung fände endlich eine klare Linie, sieht sich getäuscht. Die Debatten der Koalitionsparteien bleiben wirr und ohne Linie, ein klarer Kurs ist nicht einmal in Ansätzen erkennbar.

Auf keinem einzigen Feld von Bedeutung gibt die schwarz-gelbe Bundesregierung derzeit ein Bild der Geschlossenheit. Am ehesten noch in der heiklen Frage des Kaufs der CD voller Daten über Steuerhinterzieher zeichnet sich Einigkeit ab: Führende Unionspolitiker haben sich klar auf das „Ja" zu diesem Geschäft festgelegt, und da die Umfragezahlen eindeutig sind, leistet auch die FDP nur noch hinhaltenden Widerstand. Westerwelles Hinweis, man müsse den Ankauf „in vollem Umfang rechtsstaatlich prüfen", bedeutet jedenfalls, dass er es hier auf keinen Krach mit der Union ankommen lässt, auch wenn Datenschutz und Rücksichtnahme auf Betuchte sonst klassische Herzensanliegen seiner Liberalen sind.

Überall sonst gibt die Regierung ein Bild ab, dem gegenüber sich ein Hühnerhaufen schon fast wie ein preußisches Paraderegiment ausnimmt. Teils streitet die Union, teils Union und FDP, teils Schwarz-Gelb im Bund mit Schwarz-Gelb in den Ländern.

> Ein schwacher Trost: Man klaut der Opposition die Schau

Beispiel Mehrwertsteuersenkung für Hotelübernachtungen: Mit enormem Aufwand hat die FDP diesen unpopulären Punkt durchgepaukt. Nun wird erkennbar, dass die Sache nicht eben leicht umsetzbar ist, weil künftig die Übernachtung anders zu versteuern ist als das zugehörige Frühstück. Hinzu kommt, dass die stillose Millionenspende eines interessierten Mövenpick-Teilhabers in der Bevölkerung gar nicht gut ankam. Jetzt also die Rolle rückwärts: CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen, wo im Mai gewählt wird, wollen weg von eben erst Beschlossenen. Berlin sagt erwartungsgemäß Nein, und der Beobachter fragt staunend, wie die Protagonisten in Düsseldorf nur glauben konnten, dass ihnen dieser Klimmzug etwas nützen könnte.

Die selbe Frage wirft der Vorstoß des jungen Bundesgesundheitsministers Philipp Rösler in Sachen Gesundheitsprämie auf. Kaum hundert Tage im Amt, verbindet er schon sein politisches Schicksal mit dieser Frage. Aber glaubt er wirklich an den Erfolg des – in der Sache gut begründeten – Vorhabens? Falls nein: Ist er schon amtsmüde oder hofft er durch die bloße Wortmeldung auf Vorteile?

Auf anderen Feldern liegt der Schwerpunkt der koalitionsinternen Konflikte derzeit innerhalb der Union. Wie viele verschiedene Positionen in Sachen „Hartz IV" haben eigentlich in den zurückliegenden vier Wochen CDU-Schwergewichte wie Jürgen Rüttgers, Roland Koch und Ursula von der Leyen vor dem staunenden Publikum ausgebreitet? Selbst von den politisch Interessierten folgt kaum mehr einer den Verästelungen dieser Debatte. Klar ist: Die Bundesregierung zeigt Nerven. Da nützt es ihr auch nicht, dass sie derzeit der Opposition fast komplett die Schau stiehlt.
Konrad Badenheuer

KONRAD BADENHEUER:

Die Datei

Viele Motive vermischen sich bei der Frage, ob die Bundesrepublik einem Datendieb 2,5 Millionen Euro bezahlen soll, um an eine Diskette mit den Daten von 1500 Steuersündern zu kommen. Am klarsten ist logischerweise die Position der Schweiz. „Was Deutschland da macht, ist in der Schweiz strafbar", meinte ein Sprecher des Finanzministers in Bern – gerade so, als ob der umstrittene Kauf schon erfolgt wäre.

Wie unübersichtlich die Lage ist, zeigen die widersprüchlichen Stellungnahmen zweier katholischer Weihbischöfe zu diesem Thema: Der Augsburger Hirte ist gegen, sein Hamburger Amtsbruder für den Kauf. Juristisch scheint das deutsche Recht den Deal zuzulassen. Die Entscheidung von Finanzminister Peer Steinbrück, der Anfang 2008 sogar 4,2 Millionen Euro für den Kauf der Daten von 1400 Steuerhinterziehern in Liechtenstein zahlen ließ, blieb rechtlich unbeanstandet.

Tatsache ist, dass der Kauf populär wäre: Die Bevölkerung verachtet Steuerhinterziehung von Multimillionären noch mehr als schmierige Geschäfte dieser Art. Auch sonst, so wird argumentiert, zahle der Fiskus Belohnungen für „sachdienliche Hinweise". Wie heikel das Geschäft wäre, zeigt der Umstand, dass der Informant im Liechtenstein-Fall mit einer neuen Identität ausgestattet wurde und dennoch um sein Leben zittert. Fürchtet er nur die Rache der Verratenen oder gar die der geschädigten Banken selbst? Eines ist klar: Wenn die Bundesrepublik den Datensatz kaufte, würde sie Bankgeschäfte mit Steuerhinterziehern implizit als kriminell einstufen. Andernfalls wären Gegenmaßnahmen dieses Kalibers nicht zu rechtfertigen.

Nach der PAZ *fragen!*

Reibungsloser Kiosk-Start – Nachfragen sind immer hilfreich

Viele ihrer Leser sind emotional eng mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* verbunden und ebenso gespannt auf den Erfolg des freien Verkaufs der Zeitung an den Kiosken wie Herausgeber und Redaktion. Noch gibt es keine Zahlen, doch erste Signale sind ermutigend: Der Vertriebspartner der *PAZ*, IPS in Meckenheim, stieß bei den Grossisten auf so viel Interesse, dass die bestellte Zusatzauflage für die Kioske von den zunächst geplanten maximal 4000 auf 5500 Exemplare erhöht werden konnte. Nicht nur etwa jeder dritte, sondern jeder zweite deutsche Zeitungsgrossist verbreitet seit dem 29. Januar die *Preußische Allgemeine* in seinem Gebiet.

Testkäufe ergaben, dass die *PAZ* beispielsweise am Hamburger Hauptbahnhof sofort an zwei von drei Verkaufsstellen erhältlich war. Das dritte (und größte) Geschäft hielt allerdings die Zeitung zunächst unter dem Ladentisch. Wie eine Nachfrage ergab, argwöhnte ein ahnungsloser Verkäufer, die ihm unbekannte Zeitung sei (so wörtlich!) „vielleicht ein Nazi-Blatt". Nachdem dieser Irrtum ausgeräumt war, wurde die *PAZ* anstandslos ausgehängt. Schon nach zwei Tagen waren zwei Drittel der angelieferten Menge verkauft – als Erfolg gilt gewöhnlich der Absatz *eines* Drittels in einer ganzen Woche. Das im Ergebnis ermutigende Beispiel zeigt, wie wertvoll die Nachfrage am Kiosk ist, um das Blatt auch beim Verkaufspersonal bekannter zu machen.

> In Hamburg war die Nachfrage groß

Besonders erfreulich ist die enorme Aufmerksamkeit, die der Kioskstart der *PAZ* im Internet gefunden hat. In konservativen Foren und Blogs wurde der Schritt ausführlich diskutiert und fast einhellig begrüßt. Selbst ein an sich linkes Forum wie „endstation-rechts.de" würdigte die *Preußische Allgemeine* und ihre Entscheidung ausführlich und fair. *Die Red.*

Entscheidung in Tagen?

Streit um Vertriebenenzentrum – CSU fest an der Seite Steinbachs

Das lange Tauziehen um das Vertriebenenzentrum in Berlin könnte in der nächsten Woche entschieden werden. Nach der Präsidiumssitzung des Bundes der Vertriebenen (BdV) in der vergangenen Woche scheint wieder Bewegung in den festgefahrenen Streit um die Berufung von BdV-Präsidentin Erika Steinbach in den Stiftungsrat gekommen zu sein. Presseberichten zufolge laufen seit Tagen Gespräche zwischen Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) und Steinbach über mögliche Kompromisslinien.

Erika Steinbach hatte, wie ausführlich berichtet, inhaltliche Verbesserungen am „Zentrum" als Ausgleich für einen Verzicht des BdV auf die Nominierung von ihr als BdV-Präsidentin für diese Funktion vorgeschlagen.

Laut einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung" (SZ) hatte Kauder eine Einigung bereits vor der BdV-Präsidiumssitzung am 26. Januar angestrebt, wobei er allerdings auf den Anspruch der Bundesregierung, das „letzte Wort" bei der Besetzung des Gremiums zu haben (und damit Steinbach ablehnen zu können) nicht verzichten wollte. In dieser Situation, so die „SZ", sei es die CSU gewesen, die eine Einigung auf Kosten des BdV verhindert habe. CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich habe, so das Blatt, „intern klargemacht, dass er Kauders Position für nicht akzeptabel halte. Die CSU hat sich im Konflikt zwischen dem BdV und der Bundesregierung fest an die Seite Steinbachs gestellt", berichtet die in München erscheinende Zeitung sichtlich verschnupft. Weiter berichtet die „SZ" über ein (zum Zeitpunkt des Berichts noch geplantes) Treffen der Fraktionschefs Kauder und Birgitte Homburger (FDP) in dieser Sache in den letzten Januartagen. Gespräche mit dem BdV sollten dann in der zweiten Februarwoche folgen. *PAZ*

> Verschnupft über die Festigkeit der CSU

MELDUNGEN

Die CDU und die Vertriebenen

Düsseldorf – Unendlich kleine Brötchen backt die CDU in Nordrhein-Westfalen für die deutschen Vertriebenen und Aussiedler. Vor wenigen Tagen hat es der Beauftragte der CDU-Landtagsfraktion, Horst Westkämper, allen Ernstes als Erfolg verkauft, dass aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen geflohene und vertriebene Deutsche in Publikationen des CDU-regierten Bundeslandes nun nicht mehr als „Menschen, die nach 1945 ihre polnische Heimat verlassen mussten“ bezeichnet werden. Auch sei es als Erfolg zu werten, dass deutsche Aussiedler nun nicht mehr wie eingebürgerte Polen als „Deutsche mit polnischem Migrationshintergrund“ bezeichnet würden. Damit könne man „durchaus zufrieden sein“; siehe Kommentar auf Seite 8. *K.B.*

Türkei: Weniger Geburten

Ankara – Nur noch 2,2 Kinder pro Frau, wenn nicht sogar nur 1,89. So die Bilanzen verschiedener Studien zur Bevölkerungsentwicklung in der Türkei. „Wir werden die 100 Millionen nie schaffen.“ Mit diesen Worten kommentierte die türkische Erziehungsministerin Nimet Cubukcu vor kurzem die neuen Geburtenzahlen. War man davon ausgegangen, dass das heute 71 Millionen Einwohner zählende Land 2050 100 Millionen Einwohner zählen dürfte, so bedeutet der mit dem steigenden Wohlstand einhergehende Geburtenrückgang, dass 2050 nur noch mit 88 Millionen Türken gerechnet wird. In den letzten Jahren haben Millionen Türken die ländlichen Regionen Anataliens verlassen und in den wachsenden Städten Arbeit gesucht. Da immer mehr Frauen arbeiten, bekommen sie auch immer weniger Kinder. Auch entscheiden sie sich bewusst, lieber wenigen Kindern viel zu bieten als vielen wenig. Die Landflucht hat zur Folge, dass in den Dörfern bereits 18 000 Schulen von der Schließung bedroht sind. *Bel*

»Der Heimatbezug ist wichtig«

Warum der Verleger Dirk Ippen gegen Subventionen für den Journalismus ist und wo er dessen Zukunft sieht

Die Zeitungslandschaft ist im Umbruch. Das Internet hat die Lesegewohnheiten revolutioniert, die Auswirkungen auf die klassischen Zeitungen und damit auch auf das öffentliche Leben sind tiefgreifend. Dr. Dirk Ippen, einer der fünf größten deutschen Zeitungsverleger, beantwortet dazu Fragen von Konrad Badenheuer:

PAZ: *Herr Ippen, wo stehen die deutschen Tages- und Wochenzeitungen in fünf bis zehn Jahren?*

Dirk Ippen: Es wird sie geben, aber sie werden nicht mehr ganz die Bedeutung haben wie heute. Sie werden Nischen besetzen mit Inhalten, die in der digitalisierten Welt wertvoll bleiben.

PAZ: *Bekommen wir eine Entwicklung wie in den USA, wo vor allem die Tagespresse in einer existenziellen Krise steckt?*

Ippen: Nicht „eins zu eins“, weil der deutsche Zeitungsmarkt anders aufgestellt ist. Wir haben nationale, aber vor allem regionale Zeitungen mit 1500 lokalen Ausgaben. Sie bieten ihren Lesern etwas, was das Internet so nicht anbieten kann.

PAZ: *Immer wieder mahnen Sie mehr Heimatbezug als Voraussetzung für erfolgreichen Zeitungsjournalismus an. Warum?*

Ippen: Heimatbezug ist wichtig, aber nicht das einzige Element. Im Grunde sind es zwei Faktoren, mit denen die Zeitungen auf Dauer einen Vorsprung gegenüber Angeboten im Internet wahren können: Wirklich kluge nationale und weltweite Inhalte auf der einen Seite und tiefgründige lokale und regionale Inhalte auf der anderer Seite. Denn beides ist nicht so leicht aus dem Internet abzuleiten und darin abzubilden. Alles dazwischen hat es schwer. Wir leben einerseits in einem digitalen globalen Dorf, in der uns Nachrichten weltweit sofort erreichen, und andererseits in der realen Welt in unserem echten Dorf oder Stadtviertel.

PAZ: *Warum kommen die Wochenzeitungen mit der vom Internet ausgelösten Umwälzung der Medienlandschaft, wenn man auf die Auflagenzahlen schaut, besser zurecht als die Tagespresse?*

Ippen: Wir haben es mit Nutzern zu tun, insbesondere in der jungen Generation, die immer weniger Zeit zur Lektüre von Tageszeitungen einsetzen wollen. Viele frühstücken nur noch ganz kurz im Stehen oder überhaupt nicht mehr und könnten allenfalls noch in der S-Bahn kurz Zeitung lesen. Am Wochenende nehmen sich viele dann eher noch die Zeit zum Zeitungslesen.

PAZ: *Google lebt prächtig davon, Inhalte zu erschließen und zu verknüpfen, zu denen es selbst nichts beigetragen hat. Der Nutzen dieser Aktivität ist klar, dennoch die Frage: Was bleibt vom gewachsenen Urheberrecht übrig?*

Ippen: Die Entwicklung beim Urheberrecht liegt in der Hand des deutschen Gesetzgebers und ist offen. Das Urheberecht gilt auch für Google, und Zeitungen könnten Google die Verwertung ihrer Inhalte durchaus verbieten. Sie tun es aber nicht, weil sie auch auf diesem Weg gefunden werden wollen. Auch das Einscannen alter Bücher geschieht urheberrechtskonform, weil die entsprechenden Rechte erloschen sind. Hier werden Millionenbeträge investiert und ein Kulturgut bewahrt ...

PAZ: *Die Frage war nicht als Kritik an den Suchmaschinen gemeint, sondern zielte darauf ab, dass aufwendig erarbeitete Inhalte, sobald sie einmal im Internet sind, dem Urheber normalerweise keine weiteren Einnahmen bescheren. Hat das nicht problematische Rückwirkungen auf die Bereitschaft, solche Inhalte zu schaffen?*

»Die *PAZ* kann am Kiosk Erfolg haben, ich wünsche es ihr«

Ippen: Das trifft wohl vielfach zu, aber dieser Herausforderung müssen sich alle stellen, die im Medienbereich tätig sind.

PAZ: *Es gab schon Rufe nach staatlichen Subventionen etwa für Zeitungsabonnements, um dem Qualitätsjournalismus wirtschaftlich eine Zukunft zu sichern.*

Ippen: Das sehe ich absolut kritisch! Die Presse muss unabhängig und staatsfern sein und bleiben. „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!“ wäre sonst die unausweichliche Folge. Ohnehin gehen solche Initiativen, wie sie etwa der französische Präsident Sarkozy entwickelt hat, der jungen Menschen Zeitungsabonnements schenken lässt, am Kern der Sache vorbei: Das Problem ist ja meistens nicht das Geld, sondern das fehlende Interesse, diese Zeitungen auch zu lesen. Ich halte das staatliche Engagement in diesem Bereich für Wahnsinn.



„Staatliche Geschenkabos wären ein Wahnsinn“: Der Verleger Dirk Ippen gibt unter anderem den „Münchner Merkur“ und die „tz“ heraus. Bild: pa

PAZ: *Wenn die etablierten Medien bestimmte Inhalte – beispielsweise die Ja-Position in der Schweizer Minarett-Debatte – ignorieren, entsteht dadurch eine Chance für kleinere Medien, die diese Lücke seriös füllen?*

Ippen: Ich kann nicht sehen, dass in der Debatte vor dem Schweizer Minarett-Referendum in den dortigen Medien nicht beide Positionen ausführlich zu Wort gekommen wären.

PAZ: *Dort wohl ja, aber in Deutschland kaum, sowohl vor als auch nach der Entscheidung. Dabei gibt es bei uns dieselben Integrationsprobleme, über die sonst viel diskutiert wird.*

Ippen: Das hängt womöglich auch mit der unterschiedlichen Rechtslage zusammen. Nach meinem Verständnis wäre ein Bauverbot für Minarette in Deutschland wegen der verfassungsmäßig garantierten Religionsfreiheit unzulässig. Die Toleranz, gerade in religiösen Fragen, ist ja auch ein wichtiger preußischer Gedanke.

PAZ: *Stichwort Religion. Vor vier Jahren haben Sie ein Buch mit geistlichen Liedern („Von guten Mächten wunderbar geborgen ...“) herausgegeben. Steckt darin auch eine ganz persönliche Stellungnahme von Dirk Ippen?*

Ippen: Ja, selbstverständlich! Aus den Texten in diesem Buch spricht vor allem dreierlei. Sie sind zunächst einmal Bekenntnisse einer tiefen Gläubigkeit. Sie reflektieren zum anderen eine kulturelle Welt, in der wir alle – ich jedenfalls – großgeworden sind. Und drittens sind sie in einer sehr schönen Sprache abgefasst, die es verdient, aus dem engen Rahmen eines kirchlichen Gesangbuchs hervorgeholt und weiter verbreitet zu werden.

PAZ: *Herr Ippen, Sie sind einer der erfolgreichsten deutschen Zeitungsverleger. Welche Chance geben Sie dem Kioskverkauf der PAZ?*

Ippen: Ich finde es richtig, dass Sie das versuchen und wünsche Ihnen allen Erfolg, den Sie in einer Nische durchaus finden können. Preußen hat viele Tugenden und bewahrenswerten Eigenschaften, ich denke nur an das Prinzip „Mehr Sein als Scheinen“ und an die beiden Melodien des wiederhergestellten Glockenspiels der Potsdamer Garnisonkirche „Großer Gott, wir loben Dich“ und „Üb' immer treu und Redlichkeit“.

Neben allen Schattenseiten, vor allem dem Militarismus und der immer wieder erkennbaren Tendenz in der preußischen Geschichte, militärisch alles auf eine Karte zu setzen, stehen diese hellen Seiten. Nehmen Sie nur die preußische Toleranz. Einwanderer, überwiegend Religionsflüchtlinge, haben Preußen groß gemacht. Ich muss hier immer wieder an das Wort Friedrichs des Großen denken: „Alle Religionen sind gleich und gut, wenn nur die Leute, die sie ausüben, ehrliche Leute sind; und wenn Türken und Heiden kämen und wollten das Land peuplieren, so wollen wir ihnen Moscheen und Kirchen bauen.“

Die Schulden-Uhr:

1000 neue Beamte

Eigentlich ist es schön, wenn neue Arbeitsplätze entstehen, doch dieses Mal reagiert der Bund der Steuerzahler empört. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die schwarz-gelbe Regierung, die in diesem Jahr ein Rekorddefizit von bis zu 100 Milliarden Euro einfahren dürfte, 1000 neue Stellen in der Ministerialbürokratie schaffen will. Statt wie versprochen zu sparen, so Verbandschef Karl-Heinz Däke, „macht Schwarz-Gelb das Gegenteil und bläht den Verwaltungsapparat des Bundes auf“. Dabei könnte der Bund im Bereich der Personal- und Verwaltungskosten jährlich rund 1,7 Milliarden Euro sparen. „Wer wie im Koalitionsvertrag angekündigt, den Haushalt durchgreifend konsolidieren will, muss bei sich selbst anfangen.“ *Bel*

1.667.457.218.425 €

Vorwoche: 1.664.774.728.113 €
Verschuldung pro Kopf: 20 397 €
Vorwoche: 20 287 €

(Dienstag, 2. Februar 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Wort des Herausgebers

Zum Start des freien Verkaufs der *Preußischen Allgemeinen*

Die *Preußische Allgemeine Zeitung (PAZ)* stellt schon seit 40 Jahren den Anspruch an sich selbst, eine unabhängige Wochenzeitung zu sein. Es war der damalige langjährige Chefredakteur Hugo Wellems, ein rheinischer Preuße, der dieses Niveau vorgab. Seine Nachfolger mussten sich diesem Anspruch stellen, was nicht immer gleich gut gelang. Und so blieb die *PAZ* ausschließlich eine Abonnentenzeitung, die im Fachhandel nicht zu erwerben war.

Die Zeitung hat eine beachtliche Entwicklung seit ihrem Start am 1. April 1950 genommen. Über 50 Jahre war das wertgeschätzte *Ostpreußenblatt*, getragen und verantwortet vom Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Der Herausgeber blieb bis heute der selbe. Die Zeitung hat – zeitbedingt – ihr Äußeres verändert und in den letzten zehn Jahren sukzessive ihren Lesern mehr und neue Themen zur Information und Unterhaltung geboten. Ein bedeutsamer Schritt zur Gewinnung neuer Leser geschah 2003 mit der Titelumstellung vom *Ostpreußenblatt* zur *Preußischen Allgemeinen Zeitung*. Ostpreußen ist dabei nie aus dem Blick gekommen. Es bleibt ein inhaltliches Kernthema.

Die weltweite Ostpreußenfamilie hat immer schon zu aktuellen Fragen der Tagespolitik und des gesellschaftlichen Lebens durch unsere Zeitung Stellung genommen.

Die *PAZ* will informieren und Pluralität fördern, Kritik üben, das kulturelle Erbe wahren und sie will ihre Leser unterhalten

Nachstehend sei den nun neu hinzukommenden Lesern und Interessenten unserer weltweiten Lesergemeinde – die *PAZ* wird in mehr als zwei Dutzend Ländern gelesen – gesagt, welches die inhaltlichen Ziele der Zeitung sind. Wir wollen:

1. Nachrichten zum aktuellen Tagesgeschehen vermitteln, (**Informationen bieten**)
2. Zur politischen Meinungsbildung beitragen (**Pluralität fördern**)
3. Kritik üben, das heißt Missstände in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen und deren Beseitigung fordern (**Kritik und Kontrolle**)
4. Das kulturelle Erbe der preußischen Ostprovinzen des früheren deutschen Reiches mit Schwerpunkt der preußischen Kernprovinz Ostpreußen pflegen und im Bewusstsein der nachwachsenden Generationen halten. (**Das kulturelle Erbe wahren**)
5. Den Lesern ein Unterhaltungsangebot bieten (**Unterhaltung**)

Die derzeitigen Verantwortungsträger der *PAZ* haben ihre familiären Wurzeln in Ostpreußen oder anderswo in Ostelbien. Daraus ergibt sich für uns die Verpflichtung, auf der Basis der bisher erreichten Normalisierung zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten den freundschaftlichen Diskurs mit Polen und Russland sowie den baltischen Staaten weiter zu befördern. Leitlinie unseres Handelns ist und bleibt die historische Wahrheit und das Völkerrecht.

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der LO

Stramm nach links

Grundsatzdebatte in der SPD

Nach dem politischen Rückzug von Oskar Lafontaine hat in der SPD eine Grundsatzdebatte über den weiteren Weg der Partei begonnen. Den Auftakt machte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse, der eine Fusion der SPD mit der Linksparte anregte. Alle „Ausgrenzungsbeschlüsse“ hätten nichts genützt, nun sei die Frage, ob die Linke radikaler werde oder „doch sozialdemokratischer, mit der Möglichkeit einer späteren Fusion“.

Thierse offen für Fusion mit »Linke«

Weit vorsichtiger, aber doch mit derselben Grundrichtung, meldeten sich auch SPD-Chef Sigmar Gabriel und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier zu Wort. Beide schlossen Bündnisse der SPD mit der Linkspartei nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen im Mai „nicht grundsätzlich aus“. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles meinte immerhin noch, man wolle nicht mit der Linken koalieren, sondern diese „aus dem Landtag raus- drücken“.

Um einiges programmatischer viel die Wortmeldung von Matthias Machnig aus. Der 49-jährige Wirtschaftsminister von Thüringen genießt in der SPD bis heute Ansehen, weil er als Organisator des Wahlerfolgs von Gerhard Schröder im Jahre 1998 gilt.

Heute fordert Machnig eine grundlegende Neuorientierung der SPD – und zwar dezidiert nach links: Der Staat soll untere Einkommensbezieher entlasten und im Gegenzug Besserverdienende höher besteuern. Mit dieser Politik und gesetzlichen Mindestlöhnen solle der Staat der sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich begegnen. Nicht nur Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung ab 2011 lehnt der Wirtschaftspolitiker ab, er fordert sogar ein neues staatliches Konjunkturprogramm. Banken sollten notfalls teilverstaatlicht werden, schreibt Machnig weiter aus dem Programm der Linkspartei ab.

Pathetisch spricht er von der „Systemfrage – Finanzmarktkapitalismus oder soziale Demokratie“, die sich heute stelle. Ein bisschen klingt es nach Fusion mit der Linkspartei durch Beitritt der SPD. *K.B.*

Stimme der Mäßigung

Von HARALD FOURIER

Es ist tragisch für das Canisius-Kolleg, dass der gute Ruf jetzt beschädigt ist. Es galt stets als Eliteschule, und als Fluchtpunkt für besorgte Eltern, die ihr Kind nicht an eine normale „Krawallschule“ schicken wollten. Aber nun sieht es so aus, als sei das alles nur eine schöne Fassade, hinter der sich üble Dinge abgespielt haben. Kindesmissbrauch ist eine schlimme Sache, und wenn die Anschuldigungen stimmen sollten, dann hätten zwei Priester ihre Schutzbefohlenen jahrelang mehr als nur gepeinigt. Sie gehörten bestraft.

Die Schulleitung hätte vielleicht noch stärker gegen mögliche Verfehlungen vorgehen müssen, aber von einer Kultur des Wegschauens kann keine Rede sein. Schließlich wurden die beiden Ordensbrüder aus dem Schuldienst entfernt. Jesuiten sind sie auch nicht mehr. Beides geschah ebenfalls vor Jahrzehnten, gleich nach Bekanntwerden der Verfehlungen.

Nun aber wird, als sei die Sache gerade erst ans Licht gekommen, das Kolleg zum Abschuss freigegeben. Zu denken geben sollten drei Dinge. Erstens haben die Opfer sehr lange geschwiegen. Sie waren zur Tatzeit zwischen 13 und 17 Jahren alt, heißt es. Also zumindest mehrheitlich nicht mehr in einem Alter, in dem sich ein Junge so ohne weiteres missbrauchen lässt, noch dazu, ohne recht zu wissen, was ihm geschieht.

Zweitens haben mehrere der mutmaßlichen Opfer von damals später auch ihre Kinder an das Canisius-Kolleg gebracht. Wer als Schüler ein Trauma erlebt hätte, weil er missbraucht wurde, der brächte doch nicht hinterher seine eigenen Kinder an die Schule seines Grauens.

Vor diesem Hintergrund muss wohl, drittens, nach den Motiven der angeblichen Opfer gefragt werden. Sie könnten eine finanzielle Entschädigung vom Orden verlangen. Die Chance ist günstig, jetzt auf diesen Zug aufzuspringen. Denken wir nur an den gescheiterten Prozess gegen den tragischen Popstar Michael Jackson vor einigen Jahren: Manchmal stellt sich auch ein glaubwürdig vorgetragener Missbrauchsvorwurf bei genauerem Hinsehen als unbegründet heraus. Das „Opfer“ wollte nur Geld.

Gerade weil das Delikt Kindesmissbrauch so abscheulich ist, ist mit solchen Vorwürfen besonders behutsam umzugehen, sind Vorverurteilungen zu vermeiden. Die Gefahr besteht, dass vor allem eingefahrene Feindbilder (konfessionelle Schule, katholischer Orden) den Hauptantrieb bilden für linke Empörungsbereitschaft. Und um dem Vorwurf zu entgehen, er verharmlose, ja decke gar Kindesmissbrauch, wagt es niemand, die Stimme der Mäßigung zu ergreifen.

Erlahmter Aufstiegswille

Wowereit erklärt 2010 zum »Jahr der Integration«, nennt aber kaum Konkretes



Manche Kinder geben ihre Zukunft schon auf, bevor ihr Leben richtig begonnen hat: „Leben und Lernen am Buckower Damm“ heißt das Internat in Berlin-Neukölln, das Schüler im Alter von zwölf bis 15 Jahren betreut, die „schuldistanziert“ sind, wie es im Behördendeutsch heißt, also Dauerschwänzer

Bild: Davids

Mit einem großspurig angekündigten „Jahr der Integration“ will der rot-rote Berliner Senat unter Klaus Wowereit (SPD) der Ghettobildung der Hauptstadt entgegenwirken. Doch außer mehr Geld und alten Floskeln hat das Projekt wenig zu bieten.

Berlins rot-rote Landeskoalition hat 2010 zum „Jahr der Integration“ erklärt. Rund 466 000 von 3,4 Millionen Hauptstadtbewohnern haben nichtdeutsche Eltern oder Elternteile. Ihre Integration soll Schwerpunkt der Arbeit des Senats werden, hat der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) verkündet. Er verspricht mehr Geld für die Eingliederung von Zuwanderern sowie mehr „Quartiersmanagement“. Ein Thesenpapier mit weiteren Ansprüchen zur Entwicklung der Stadt, das Wowereit jetzt zusammen mit SPD-Landes- und Fraktionschef Michael Müller vorstellte, flankiert das angekündigte „Integrationsjahr“. Neu ist indes allein der Anspruch, nunmehr auch deutsche Familien vom Rand der Gesellschaft besser integrieren zu wollen.

Doch außer dem Versprechen, mehr Geld für soziale Projekte ausgeben zu wollen, bietet das „Integrationsjahr“ nur wenig Konkretes. Wowereit versucht, den Verdacht abgehobener Phrasendrescherei durch einen Namen wettzumachen, der wie kaum ein anderer für Integrationsarbeit vor Ort und für die klare Nennung von Problemen steht: Heinz Buschkowsky.

SPD-Urgestein Buschkowsky kämpft seit Jahren als Bezirksbürgermeister von Neukölln streitbar und überwiegend im Widerspruch zu seiner Partei gegen Ghettobildung, soziale Verelendung und falsche staatliche Förderung in seinem Quartier. Nun hat Wowereit den Mann, der Multikulti als „gescheitert“ bezeichnete, zaghaft zum Vordenker erkoren. Buschkowsky liefere wichtige Hinweise, lobt Wowereit. Mit seinem Integrationsvorstoß präsentiert sich Wowereit als „Anhänger unseres Quartiermanagements“. Doch damit nicht genug: Die von ihm zur Schau gestellte plötzliche Energie in Sachen Integration spiegele sich „schon in dem gerade beschlossenen Doppelhaushalt wider“, so das Stadtoberhaupt. „Wir haben mehr Mittel für das Quartiersmanagement, für die Stadtteilmütter, für die frühkindliche Sprachförderung bewilligt und stellen das zweite Kita-Jahr vor der Einschulung gebührenfrei“. Die neuen Akzente klingen ganz wie die alten – soziale Projekte nach dem Gießkannenprinzip statt eines neuen Ausgleichs von Fördern und Fordern.

„Soziales“ macht bereits den mit Abstand größten Posten in Berlins hochdefizitärem Haushalt aus. Immerhin will die SPD, glaubt man Wowereit, auch debattieren, warum in Zuwandererfamilien wie in vielen deutschen Unterschichthaushalten der Aufstiegswille erlahmt sei. Zusätzlich eingestellte Familienhelfer und Sozialarbeiter sollen dem vor Ort auf den Grund gehen.

> »Soziales« macht bereits den größten Posten in Berlins tiefrotem Haushalt aus. Nun soll noch mehr Geld die Ghettobildung aufhalten

Dass auch ethnische und kulturelle Schranken bestehen, die mit mehr Geld kaum zu überwinden sind, räumt der Bürgermeister zwar ein. Doch meist fällt er danach gleich wieder auf die materielle Seite zurück. Konsequenzen scheut er. Anders als Buschkowsky will Wowereit beispielsweise Kinder im Zweifelsfall nicht außerhalb von leistungsfernen Zuwandererfamilien erziehen lassen – auch solche Eltern müssten „mitgenommen“ werden. Äußerungen von Innensenator Ehrhart Körting (SPD), der jüngst den Einfluss der türkischen Regierung auf in Berlin lebende Deutsch-Türken kritisierte, finden dem entsprechend keinerlei Widerhall im auch sonst an konkreten Innovationen armen „Integrationsjahr 2010“. Lösungen müssten her, mahnt Wowereit, nennt aber selbst keine einzige.

Selbst eine gründliche Analyse von Fehlentwicklungen der Vergangenheit fehlt dem hastig vorgestellten „Bündel von Maßnahmen“. Der Bürgermeister regt von der Hilfe bei der Arbeitsuche über Fortbildung bis hin zu Paten für Alleinerziehende allerlei Förderprojekte an, die eigentlich schon existieren. Das Integrationsjahr kleide sich in Ideen-Fetzen, klagen daher Kritiker. Es bleibe ohne Ausarbeitung, denn Wowereit sage nicht einmal, wann er welche Dinge umsetzen wolle. Der vermeintlich hohe Anspruch, „Integration neu zu denken“, den er als linke Leitfigur der SPD für sich reklamiert, erscheint bei näherer Betrachtung als Flucht nach vorn. Es müsse darum gehen, dass Hilfe auch angenommen werde, floskelt Wowereit. Doch die einzig sichtbare Lösung dafür liegt in seinen Augen offenkundig darin, einfach noch mehr Geld auszugeben.

Sverre Gutschmidt

Schmutzige Wäsche – 30 Jahre abgehangen

Canisius-Kolleg muss sich alten Missbrauchsfällen stellen – Boulevardblatt: »Gymnasium des Grauens«

So viel Aufmerksamkeit hatte eine kirchliche Einrichtung in Berlin lange nicht: Die Berliner Presse überschlägt sich mit Geschichten über das Berliner Canisius-Kolleg. Das vom Jesuitenorden geleitete Gymnasium ist durch einen Missbrauchsvorwurf in Verruf geraten.

Vor allem für die Boulevardpresse ist das eine große Geschichte. Frühere Schüler berichten über nervige Anrufe von Reportern. Dabei geht es nicht immer um saubere Recherche. Ein Boulevardblatt titulierte die Schule gleich nach der ersten Veröffentlichung als „Gymnasium des Grauens“. Für das „Neue Deutschland“ ist die ganze katholische Kirche sowieso ein „Sumpf, der trockengelegt werden muss“.

Die Missbrauchsfälle liegen indes schon 30 Jahre zurück. Was ist genau geschehen? Bislang haben sich 22 Opfer gemeldet. Die Schulleitung rechnet mit weiteren Personen, die hinzukommen könnten. Aus den Berichten der Opfer und einer Art Geständnis eines der beiden beschuldigten Lehrer lässt sich folgende Geschichte rekonstruieren: 1972 kam Pater R. an das Kolleg. Wenig später wurde die ehemals reine Jungenschule in eine gemischte Schule umgewandelt. Jesuitenpater R. arbeitete als Jugendseelsorger und Religionslehrer. Außerdem hatte er eine führende Rolle in der Gemeinschaft Christlichen Lebens (GCL), einem Verein, der der Schule und dem Orden angegliedert war.

> Aufarbeitung begann schon vor vielen Jahren

Auf der mit Spannung erwarteten Pressekonferenz am Montag fasste Stefan Dartmann, der Leiter des deutschen Jesuitenordens, die Vorwürfe gegen seinen früheren Mitbruder so zusammen: „Es ging um Berührung, Selbstbefriedigung und Begrapschen.“ Ehemalige Schüler berichten, dass in der GCL eine Art Psycho-TÜV durchgeführt worden sei, bei dem Schüler ihre Sexphantasien erzählen und sich dabei auf den Schoß des Leiters setzen sollten.

Der andere Beschuldigte ist der ehemalige Pater S., der 1975 an die Schule kam und dort Deutsch, Religion und Sport unterrichtet hat. Ihm wurden laut Akten des Jesuitenordens exzessive Bestrafungsrituale vorgeworfen. Die Opfer berichten von Schlägen auf den nackten Hintern, aber auch von nacktem, gemeinsamem Duschen. Anders als R. bestreitet S. die Taten nicht. Er hat einen Entschuldigungsbrief an seine früheren Schüler geschrieben, aus dem am Montag im „Spiegel“ zitiert worden ist.

Bislang ist kein Opfer persönlich an die Öffentlichkeit gegangen. Zwei Zeitungen wollen mit einem Ex-Schüler gesprochen haben. So zitiert die „Berliner Morgenpost“ einen 47-Jährigen, der später wegen des Missbrauchstraumas in den Drogenkonsum abgerutscht sein will und jetzt unter einem gestörten Sexualleben leide.

Warum damals niemand über die Taten gesprochen hat, kann nur gemutmaßt werden. Stefan Dartmann zitiert aus einer E-Mail: „Die Vorfälle mussten damals unentdeckt bleiben, weil einem damals niemand geglaubt hätte.“

Das stimmt so nicht ganz. Jemand muss sich offenbar haben, denn nach einigen Jahren wurden beide Patres vom Canisius-Kolleg entfernt. Ihnen wurde später der Austritt aus dem Orden nahegelegt. S. wurde nach vier Jahren mehrfach versetzt. Er fiel immer wieder durch neue Übergriffe auf und schied 1992 aus dem Orden aus. Seine Misshandlungen hat er selbst auf einer Art Austrittsformular dokumentiert. Das war 1991.

R. blieb bis 1981 am Canisius-Kolleg, wurde dann nach Niedersachsen versetzt. Auch bei ihm gab es später wieder Vorwürfe, er habe ein 14-jähriges Mädchen unsittlich angefasst. 1986 überlebte er den Anschlag eines ehemaligen Canisius-Schülers, der ihn aber nur leicht verletzte. Auch R. schied später aus dem Orden aus.

Vor der Presse entschuldigte sich nach dem Rektor der Schule, Pater Mertes, nun auch Dartmann ein weiteres Mal bei allen Missbrauchsopfern. Er sagte: „Ebenso bitte ich um Entschuldigung für das, was von Verantwortlichen des Ordens damals an notwendigem und genauem Hinschauen und angemessenem Reagieren unterlassen wurde.“ Der Jesuitenorden hat bereits 2007 eine Berliner Rechtsanwältin beauftragt, als Vermittlerin tätig zu werden. Auch Entschädigungszahlungen werden nicht ausgeschlossen.

H.F.

Meyer will FDP-Chefposten

Der bisherige Fraktionsvorsitzende der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, Christoph Meyer, will auf dem Landesparteitag am 19. März für den Parteivorsitz kandidieren. Dies gab der 34-jährige Jurist bekannt, nachdem der bisherige FDP-Landeschef Markus Löning vor einigen Tagen zu erkennen gab, dass er nicht wieder antreten wolle.

Die Berliner Liberalen waren bei den letzten Abgeordnetenhauswahlen 2006 auf 7,6 Prozent gefallen, nachdem sie 2001 noch 9,9 erreicht hatten. Nach der jüngsten Umfrage (Forsa, Ende Dezember) steht die Partei derzeit bei sieben Prozent.

Meyer gilt als „Techniker der Macht“ und erfolgreicher Strippenzieher. Mit inhaltlichem Profil oder brillanten Attacken auf den politischen Gegner fiel er weniger auf. In Berlin bilden die Liberalen mit CDU und Grünen die sogenannte „Jamaika-Opposition“ gegen das rot-rote Regierungsbündnis aus SPD und Linkspartei. *PAZ*

Zeitzeugen



Anette Schavan – „Das Thema Bildungsgerechtigkeit wird im Vordergrund der Arbeit der Regierungskoalition stehen“, so die Bildungsministerin (CDU) bei der ersten Lesung des Haushalts 2010. „Kein Kind darf verloren gehen. Bildung ist ein Bürgerrecht und wir wissen, dass wir dabei noch nicht gut genug sind“, forderte die promovierte Philosophin. „Wie Annette Schavan leise wenig bewirkt“, lautet die Bilanz des „Spiegels“ nach fünf Jahren Schavan.

Ludwig Spaenle – Der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) und Bayerns Kultusminister (CSU) hat zusammen mit Schavan beschlossen, dass ab sofort ein Verbund deutscher Bildungsforschungsinstitute die Pisa-Studien durchführen soll. Ziel ist eine verstärkte deutsche Einflussnahme bei den internationalen Bildungstests und die Erlangung besserer Erkenntnisse.



Dorothea Henzler – Die hessische Kultusministerin (FDP) hat derzeit alle Hände damit zu tun, einheitliche Bildungsstandards in ihrem Land einzuführen. Sie sollen an Stelle der veralteten Lehrpläne treten, die noch nicht auf ein auf acht Jahre verkürztes Abitur ausgerichtet sind. Doch die Differenzen in den Arbeitsgruppen sind so groß, dass vor 2011 nicht mit einem Ergebnis gerechnet wird.

Christa Goetsch – Die Hamburger Schulsenatorin (Grüne) versucht, gegen Widerstände in der Bevölkerung ihre Schulreform durchzusetzen. Die sieht eine sechsjährige Grundschule und die Fusion der Haupt- und Realschulen vor. Vor allem die Verkürzung der Gymnasialzeit von nun acht auf sechs Jahre erzeugt Unmut. Der Sender „Radio Hamburg“ hat die ehemalige Studienrätin zu Diskussionsrunden mit ihren Gegnern gebeten, doch Goetsch reagierte auf keine der über 20 Einladungen.



Kathrin Wiencek – „Eine pluralistische Gesellschaft braucht eine pluralistische Schullandschaft und keine Einheitsschule“, so die Landesvorsitzende des Philologenverbandes Berlin-Brandenburg. Sie spricht für das „Aktionsbündnis gegliedertes Schulwesen Berlin-Brandenburg“, das sich für den Erhalt der Realschule einsetzt: „Wir fordern die konsequente Durchsetzung von Leistungsorientierung, Werteerziehung und Qualität an Schulen.“

Abstieg zu »Humboldt IV«

Das Abitur verkommt zum Instrument der Sozialpolitik – Die Politik will es so

Lehrermangel sowie schlechte Haupt- und Realschulen, die immer mehr Schüler ohne Abschluss verlassen, betreffen alle 16 Bundesländer, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Bisher schienen zumindest die Gymnasien noch zu funktionieren. Doch auch das ist oft eine Illusion.

Männerpokerrunde in einem kleinen Ort in Schleswig-Holstein. Stolz zeigt der Vater des zehnjährigen Niklas dessen Zeugnis samt Gymnasialempfehlung seinen Freunden. Doch statt Schulterklopfen und Bewunderung für den Sohnemann erntet der 42-Jährige nur Gleichgültigkeit. Na und, sei doch heute nichts Besonderes, seine zwei Kinder seien auch auf dem Gymnasium, so einer der Freunde. Die anderen nicken zustimmend. Zudem würden inzwischen rund 40 Prozent eines Jahrganges das Gymnasium besuchen, wendet einer aus der Runde, ein Lehrer, ein. Rechne man noch jene hinzu, die später ihre Hochschulreife über Wirtschaftsgymnasium, Abendschule und ähnlichem erlangten, dann würden bis zu 50 Prozent eines Jahrganges Abitur machen.

„Die neue Haupt-Schule“ betitelte im November 2009 das Magazin „Spiegel“ einen Bericht über die Entwicklung der deutschen Gymnasien. Und alles spricht dafür, dass deren Schülerzahl weiter steigen wird, denn das Image von Haupt- und auch Realschulen sowie Schulreformen in mehreren Bundesländern verstärken die Flucht in jene Schulform, die noch den besten Ruf hat.

> Gymnasien können den Bewerberandrang schwer verkraften

Dabei ist dieser Ruf inzwischen mehr Schein als Sein. Vor 100 Jahren besuchte nur ein Prozent eines Jahrganges das Gymnasium, vor 50 Jahren waren es schon sechs Prozent. In Hamburg sind es inzwischen 42 Prozent, in Hessen und Sachsen-Anhalt je 40 Prozent, in Bayern und Baden-Württemberg „nur“ 32 Prozent. Und obwohl Ländervergleiche gezeigt haben, dass je höher die Bildungsbeteiligung, desto geringer die Leistung (siehe auch Artikel unten) reagieren weder Politik noch Eltern.

Doch die Politik will gar nicht reagieren. Eine große Zahl von Abiturienten ist politisch gewollt. „Auch die sozial Schwachen sollen etwas abbekommen, eine Art Humboldt IV für Hartz-IV-Empfänger“, brachte der „Spiegel“ die Ziele der Befürworter dieser Form von Sozialpolitik auf den Punkt. Wobei das nicht bedeutet, dass mit dem Abitur auch das Gymnasium als Schulform überall gewollt ist. Gymnasien gelten vor allen Vertretern der linken Parteien als Hort bürgerlichen Leistungsstrebens, das ihrem Ziel der Abschaffung von sozialen Ungleichgewichten entgegensteht.

Die Alternativen der Eltern zu überfüllten und überforderten Gymnasien, denen immer wieder die Abschaffung zugunsten einer Einheitsschule droht, tragen je nach Bundesland Namen wie Regionalschule, Stadtteilschule, Sekundarschule. „Wir wollen das Stigma ‚Du bist Hauptschüler‘ abschaffen“, so die Linie von Politikern wie Steffen Zillich von der Linkspartei in Berlin. Daher schafft Berlin die Hauptschule ab und fusioniert sie mit der Realschule. Das Ganze heißt dann Sekundarschule. Ein ähnliches Konstrukt wollen die Hamburger auf den Namen Stadtteilschule taufen und in Schleswig-Holstein nennt man Derartiges Regionalschule. Das Kieler Kultusministerium gibt jedoch lieber demographische als ideologische Gründe für die Fusion der beiden Schulformen an, schließlich gebe es auf dem Land immer weniger Kinder, so dass man nicht mehr überall alle Schulformen halten könne.

Den meisten Eltern sind die Gründe egal, sie sind einfach skeptisch, ob man Schüler unterschiedlicher Leistungsstandards miteinander unterrichten kann. Viele versuchen am Ende, ihren Nachwuchs um jeden Preis aufs Gymnasium zu schicken. Dort verwenden die Schulleiter immer öfter das Wort „Umleiten“. Die meisten haben nämlich mehr Bewerber als Plätze. Da jedoch fast alle Gymnasien dieses Problem haben, gibt es keinen Ort, wohin sie die Schüler umleiten könnten. Die Folge sind größere Klassen, was wiederum die Qualität des Unterrichts weiter senkt.

Rebecca Bellano



Schule als Versuchslabor: Jedes Bundesland experimentiert an seiner eigenen Schulreform herum. Bild: pa

Preußen führte 1788 das Abitur ein

Friedrich der Große machte 1771 den Schlesier sowie Geheimen Staats- und Justizminister Karl Abraham Freiherr von Zedlitz und Leipe auch zum Minister für das geistliche Departement in Kirchen- und Schulsachen. 1788 führte der Anhänger der Lehren Kants das Abiturreglement ein. Hatten bisher Universitäten die Hochschulberechtigung ihrer Studenten selbst prüfen müssen, führte Preußen mit dem Abitur als erster deutscher Staat eine Hochschulzugangsberechtigung ein. Doch damit waren für deren Erlangung noch keine allgemeinen Standards vorgeschrieben. Hierfür setzte sich Wilhelm von Humboldt massiv ein. Der Mitbegründer der 1810 ihren Lehrbetrieb aufnehmenden heutigen Humboldt-Universität zu Berlin strebte eine Vereinheitlichung der verbindlichen Reifeprüfung an. 1812 wurden Prüfungen in den alten Sprachen Latein und Griechisch sowie in Deutsch, Mathematik und den „historischen Fächern“ sowie Französisch und Naturlehre obligatorisch.

> Humboldt setzte auf Prüfungen

Allerdings war es in Preußen noch lange möglich, durch Eingangsprüfungen an den Universitäten auch ohne Abitur zu studieren. Da vor allem Söhne aus adligem oder vermögendem Haus Privatunterricht hatten, nutzten sie diese Alternative. Doch der preußische König Friedrich Wilhelm III. verlangte ab 1834, dass alle potenziellen Studenten eine „Maturitätsprüfung“ absolvieren müssen, da nur so zu prüfen sei, „ob der Abiturient den Grad der Schulbildung erlangt hat, welcher erforderlich ist, um sich mit Nutzen und Erfolg dem Studium eines besonderen wissenschaftlichen Faches widmen zu können“. Genau wie das Studium war auch das Abitur bis 1896 eine reine Männersache.

Bel

Abitur nicht gleich Abitur

Studien lassen Hamburger unwissend aussehen

Schon lange klagen Professoren über mangelhaft vorbereitete Abiturienten. Immer mehr Hochschulen führen eigene Zulassungstests ein, um das Können der zukünftigen Studenten festzustellen. Vor kurzem wurde zum ersten Mal die Vergleichbarkeit des Abiturs über verschiedene Bundesländer und Schulen hinweg untersucht.

Ulrich Trautmann und Marko Neumann, zwei Forscher der Universität Tübingen und des Berliner Max-Planck-Institutes für Bildungsforschung, verglichen die Abiturnoten-Vergabe zweier Bundesländer und fanden besonders in Mathematik große Bewertungsunterschiede. Zusammengefasst: Würde eine Universität die Mathe-Kenntnisse ihrer Bewerber unabhängig prüfen, dann müssten 85 Prozent der Studienplätze an die Abiturienten aus dem Süden und nur 15 Prozent an die aus dem Norden vergeben werden.

Das Projekt „Transformation des Sekundarschulsystems und akademische Karrieren“ (Tosca) des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung hat 2002 eine repräsentative Stichprobe von rund 4700 Abiturienten in Baden-Württemberg untersucht, im Rahmen der von der Stadt Hamburg in Auftrag gegebenen Studie „Lernausgangslagen und Lernentwicklung“ (LAU) wurden 2005 rund 5000 Abiturienten, praktisch der gesamte damalige Abschlussjahrgang, getestet.

Die Ergebnisse dieser beiden Studien waren ein Paukenschlag:

> Bei Zulassungstests an der Universität dominierte der Süden

Obwohl sich die Abiturienten hinsichtlich ihrer familiären Herkunft und ihrer Begabung in beiden Ländern kaum unterschieden, lag der Wissensstand der Abiturienten in Hamburg um ein bis zwei Schuljahre hinter dem in Baden-Württemberg zurück. Schlimmer noch: Mehr als die Hälfte der Hamburger Abiturienten verfehlte das Leistungsniveau, das von Experten eingefordert wird.

Die Botschaft dieser Bildungsstudie ist eindeutig: Während schwarz-grüne Politiker in Hamburg, wie Kritiker der derzeitigen Schulreform witzeln, den Wettbewerb um das schlechteste Schulsystem in Deutschland starten, haben die Baden-Württemberger Schüler schon lange die Nase vorn. In Hamburg gibt es „Schwierigkeiten bei der Qualitätssicherung“, formulieren die Forscher vornehm. Demnach hat auch die Einführung eines Zentralabiturs in der Hansestadt nicht viel genützt; und die geplante Verkürzung des Gymnasiums auf sechs Jahre wird das Niveau weiter absenken.

Eine gute Nachricht gibt es allerdings für die Nordlichter. In dem traditionell anglophilen Hamburg sind die Englischleistungen der Abiturienten fast gleich gut wie bei den Schülern aus dem Süden. In der Leistungsspitze hatten die Hamburger Abiturienten sogar geringe Vorteile: Ein Beleg dafür, dass die Qualität der Schulen nicht nur über die Länder unterschiedlich ausfällt, sondern auch von Fach zu Fach innerhalb eines Bundeslands.

Eine ergänzende Studie aus dem Jahr 2009 zeigt die Konsequenzen der Leistungsunterschiede auf. Für einen ingenieurwissenschaftlichen Studiengang würde die Gruppe der zugelassenen Bewerber zu fast 85 Prozent aus Baden-Württemberger Abiturienten bestehen. *H. E. Bues*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
MIT OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2764**

Was die Spender nicht wissen

Die evangelische Behindertenarbeit kooperiert immer enger mit »professionellen Sexualbegleiterinnen«

Im Jahre 2002 hat die damalige rotgrüne Bundesregierung die Prostitution per Gesetz für nicht sittenwidrig erklärt. Die Folgen dieses umstrittenen Fördergesetzes waren von Anfang absurd. In der kirchlichen Behindertenarbeit zeichnet sich seitdem mit der zunehmenden Beschäftigung sogenannter „Sexualassistentinnen“ ein ethischer Dammbruch ab.

Angeblich sollte das 2001 verabschiedete Prostitutionsgesetz nur die Rechtslage der Huren verbessern, doch Kritiker waren von Anfang an skeptisch: Was wären die Folgen, wenn Prostitution per Gesetz als nicht sittenwidrig erklärt würde? Optimisten meinten, es handele sich um reine Kosmetik, nichts würde sich ändern. Damit behielten sie insofern recht als beispielsweise auch heute nur ein Bruchteil der Prostituierten reguläre Sozialbeiträge bezahlt, und auch kein neuer Ausbildungsberuf entstanden ist. Skeptiker warnten, das Gesetz verbessere in der Praxis nicht die Lage der Prostituierten, sondern die der Zuhälter und Bordellbetreiber. Da Prostitution immer mit dem Schleier der Heimlichkeit umgeben sein werde, gedeihe in ihrem Umfeld naturgemäß seit allen Zeiten auch die Kriminalität, wer mithin das eine fördere, fördere auch das andere.

Diese und weitere Einwände kamen überwiegend von konservativer Seite – und wurden von der damaligen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin bedenkenlos in den Wind geschlagen. Doch schon bald zeigten sich die Absurditäten des neuen Gesetzes.

Als ausgesprochen peinlich erwies sich für Rot-Grün eine „Komplikation“ mit der wenig später folgenden Hartz-Reform. Derzufolge konnten Leistungen für Erwerbslose gekürzt und verweigert werden, wenn eine zumutbare Arbeit – und entspreche sie auch nicht der Qualifikation – abgelehnt wird. Mit Inkrafttreten des neuen Gesetzes begannen Arbeitsagenturen in der Tat, auch Jobangebote im Rotlichtmilieu in ihre Computer „einzupflegen“, schließlich war es formalrechtlich nicht mehr sittenwidrig. Alsbald sah sich die Nürnberger Bundesbehörde zu der peinlichen und auch international beispiellosen Klarstellung gezwungen, dass keiner Frau Leistungen nach „Hartz IV“ verweigert werden dürften, nur weil sie sich weigere, als Hure zu arbeiten. Die Regierung Schröder focht das alles nicht an, und auch eine CDU, deren „C“ im Parteinamen schon damals reichlich verblasst war, sah keine Veranlassung, das Thema nochmals aufzugreifen.

Bitter für die Verantwortlichen war allerdings die Kritik der feministischen Zeitschrift „Emma“. Sie kritisierte in einem Artikel mit der Überschrift „Das Gesetz schützt Zuhälter“, dass das neue Recht vor allem die Zwangsprostitution fördere. Das war eine Hauptwarnung der konservativen Kritiker, die sich nun in einem Verdacht bestätigt sahen: Die von „Emma“ beklagte praktische Folge sei so klar absehbar gewesen, dass man von einer entsprechenden Intention des damaligen Gesetzgebers ausgehen könne.

Welche Sumpfblüten im Schatten dieses Gesetzes gewachsen sind, zeigt das heikle Thema des Umgangs mit der Sexualität von Behinderten, die in Heimen oder im betreuten Wohnen leben. Soweit sich diese Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft befinden, sollte eigentlich die Grundlinie klar sein: Von extremen Ausnahmen in Einzelfällen vielleicht abgesehen, kann es niemals zulässig sein, dass Häuser, die sich auch aus Kirchensteuergeld oder gar Spenden finanzieren, ihren Bewohnern die Dienste von Prostituierten vermitteln oder gar empfehlen.

> »Ich sollte Behinderten den Nutzen der Prostitution erklären«

„Nicht nur die eindeutigen Aussagen der Bibel lassen anderes nicht zu, sondern auch das Vermächtnis derer, die diese kirchlichen Behinderteneinrichtungen aufgebaut und großgemacht haben“, betont Andreas Späth, Vizepräsident der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG) und Vorsitzender der kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis in Bayern (KSBB). „Viele von ihnen gaben nicht nur ihr Vermögen, sondern wählten aus freiem Entschluss ein Leben in Ehelosigkeit, um mit ungeteiltem Herzen in der diakonischen Behindertenarbeit ihrem Herrn Jesus Christus zu dienen.“



Auf Abwegen: Evangelische Behindertenarbeit - quo vadis?

Würden diese Persönlichkeiten nun sehen, was sich im Bereich der „assistierten Sexualität“ in Einrichtungen der kirchlichen Behindertenarbeit tut, so könnten sie sich im Grabe umdrehen. Manche Vorwürfe der Kritiker, die dieser Zeitung mit besten Belegen exklusiv vorliegen, sind so obszön, dass sich ein Abdruck für ein Blatt wie die *Preußische Allgemeine Zeitung* verbietet. Einen ersten Eindruck von den Zuständen gibt allerdings schon dasjenige, was in Publikationen der kirchlichen Behindertenarbeit ganz offen nach außen getragen wird. So schreibt in Ausgabe Nr. 2/2009 der Zeitschrift „Orientierung“, dem Verbandsorgan des Bundesverbandes evangelische Behindertenhilfe (BEB), eine „professionelle Sexualbegleiterin“ namens Nina de Vries wörtlich: „Der Beruf der sexuellen Dienstleisterin hat eine lange und ehrenwerte Tradition. In matriarchalen Hochkulturen, in denen die Göttin verehrt wurde, war Sexualität ein Segen, eine heilige Handlung. Es gab sogenannte Tempeldienerinnen, die Sexualität als Medium einsetzten, um Menschen mit dem Göttlichen in Verbindung zu bringen. Heute gilt diese Arbeit als Prostitution, Frauen wie ich gelten als Nutten …“

Wolfhard Wüster, Sozialarbeiter in einer kirchlichen Behinderteneinrichtung in Berlin, klagt darüber, dass seit 2003 in Periodika der kirchlichen Behindertenarbeit „eine Kampagne zur Einführung der Prostitution als ganz normalem Bestandteil pflegerischer/sozial-pädagogischer Berufe“ geführt werde. Er selbst habe die größten Schwierigkeiten bekommen, weil er sich weigerte, seinen Schutzbefohlenen neutral (und letztlich positiv) die Vor- und Nachteile der Dienste von Prostituierten zu erläutern. Dies habe ihn umso mehr befremdet, als einige von ihnen in Paarbeziehungen lebten oder sogar Familie hätten. Es würden in diesem Bereich inzwischen regelrechte Werbefilme („Die Heide ruft“) eingesetzt. Wenn nicht der Kirche selbst, so gehe es jedenfalls ihren „Geschäftspartnern“ offenkundig ums Geschäft, denn in der kirchlichen Behindertenarbeit würden Milliarden umgesetzt. Bedrückend findet Wüster die fehlende breite Diskussion der Problematik: „Die überwiegende Mehrheit der Kirchenmitglieder weiß nicht, was sich da tut. Die Spendenbeträge für die Diakonie sind nicht unerheblich. Die Spender wissen nicht, dass sie unter anderem für die Propagierung der Prostitution spenden.“ Wüster warnt vor Rückwirkungen etwa auf die kirchliche Arbeit mit lernbehinderten Jugendlichen. Sein Fazit: „Die kirchliche Diakonie öffnet die Büchse der Pandora.“

Konrad Badenheuer

MELDUNGEN

Nicht Deutscher, sondern Berliner

Berlin – Das Londoner Open Society Institut „At Home in Europe“, das maßgeblich vom US-Milliardär George Sorros finanziert wird, hat in einer Befragung von 1000 Moslems in elf europäischen Großstädten festgestellt, dass sich in Berlin und Hamburg nur etwa jeder vierte Moslem als Deutscher fühle. In London fühlten sich jedoch 72 Prozent der Moslems als Briten. Trotz großzügiger Einbürgerungsmöglichkeiten in Deutschland mögen sich die Anhänger der Lehre Mohammeds mit ihrer Wohnheimat nicht identifizieren. Allerdings belaufe sich die Identifikation mit dem jeweiligen Stadtteil auf 80 Prozent und ist damit weit höher als in anderen europäischen Städten. „Die Menschen sind stolz, Kreuzberger und Berliner zu sein“, heißt es in der Studie. *H.L./Bel*

Angst vor Rache des Wählers

Berlin – Mit einem entschiedenen Nein antworteten Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und FDP-Chef Guido Westerwelle auf das Ansinnen der schwarz-gelben Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, die bei den Wählern ungeliebte Mehrwertsteuersenkung für Hotelbetriebe auszusetzen. Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) und sein Stellvertreter Andreas Pinkwart (FDP) fürchten bei den Wahlen in ihrem Bundesland im Mai die Rache der Wähler für eine derartige Klientelpolitik. Vor allem Pinkwart spürt, dass für seine Partei die Luft dünn wird. In Umfragen haben die Liberalen, die im September bei der Bundestagswahl mit 14,6 Prozent ihr bestes Ergebnis einfahren konnten, inzwischen fast fünf Prozentpunkte verloren. Der Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie fürchtet, dass der Frust über die Politik in Berlin ihn in Düsseldorf trifft. *Bel*

Russki-Deutsch (53):

Bistro

Von Wolf Oschlies

Die uralte Scherzfrage, was wohl früher auf der Welt war, Huhn oder Ei, hat eine sprachhistorische Entsprechung: Hat das französische „Bistro“ seinen Namen von durstigen russischen Kosaken, die am Ende der Befreiungskriege gegen Napoleon in Paris auftauchten und dort „bystro, bystro“ (schnell, schnell) in Restaurants bedient werden wollten? Oder umgekehrt: Wurden die Kosaken in Pariser Bistros so rasch bedient, dass sie den Namen als neues Adjektiv mit der Bedeutung „rasch, schnell“ nach Russland mitnahmen?

Ich finde diese Fragestellung so hübsch, dass es mir fast leid tut, sie ins Reich der Fabeln verbannen zu müssen. Das russische „bystryj“ heißt zwar schnell, hat aber mit französischen Lokalen nichts zu tun. Zudem ist die Bedeutung „schnell“ kaum zu erklären, denn in vielen anderen slawischen Sprachen steht „bistry“ für „hell, klar“, was im Russischen nur noch in Restbeständen wie „bystrina“ (Stromschnelle) zu erahnen ist.

Im Zusammenhang von bystryj (schnell) und bistry (klar) habe ich einmal eine Geschichte erlebt, wie man sie nicht erfinden kann. Ein Russe hielt vor Bulgaren einen Vortrag, in Russisch. Da er den Russischkenntnissen der Bulgaren nicht recht traute, fragte er gelegentlich „govorju li bystro“ (spreche ich zu schnell). Die Bulgaren verstanden, ob er bistro (klar) spräche, und nickten: Ja, ja, du sprichst schön bistro. Worauf der Russe immer langsamer redete, fast wie ein Pope am Grab.

Slawische Sprachen sind unter einander sehr verwandt, fallweise aber auch sehr verschieden, wie die Bystro-Bistro-Divergenz beweist. Zudem sind Russen nicht konsequent bei der Verwendung von „bystryj“. Wenn sie wirkliches Tempo meinen, dann verwenden sie das Adjektiv „skoryj“: skoryj poesd – Schnellzug, skoraja pomotsch – Erste (rasche) Hilfe. Andererseits bedeutet das Adverb „skoro“ bald, was so eilig nun auch wieder nicht ist.

Es gibt in jedem west- oder südslawischen Land einen oder mehr Flüsse „Bistrica“ (Klare) was sich auf das klare Flußwasser bezieht. Dass der Pernod im Bistro langsamer fließt als eine slawische „Bistrica“, leuchtet ein. Im übrigen wissen französische Linguisten, dass das „Bistro“ erst 1884 auftauchte, 66 Jahre nach den napoleonischen Kriegen.

Familienpolitik im Nebel

Mehr Kinder braucht das Land, doch Ministerin Köhler fördert Väter an den Windeln

Im Kampf um die kulturelle Deutungshoheit jedoch geraten Familien zwischen die Fronten“, schrieb Bundesfamilienministerin Kristina Köhler Ende Januar in einem Namensartikel im „Focus“. „Vor allem für Frauen entsteht der Eindruck: Egal, wie man's macht, es ist verkehrt.“ Diese Erkenntnis kann die 32-Jährige auch auf sich in ihrer Funktion als Familienministerin übertragen, denn auch ihr neues Amt ist eng mit jener „kulturellen Deutungshoheit“ verbunden.

So war es eine der ersten Amtshandlungen der Ministerin, die Vätermonate beim Elterngeld von zwei auf vier zu erhöhen. Doch welches Ziel will sie damit erreichen? „Väter gewinnen an gemeinsamer Zeit mit ihren Kindern und erfüllen sich damit stärker als früher ihren Wunsch nach einer aktiveren Vaterschaft.“ Und weiter: „Auch Müttern hilft der neue Trend bei der Aufgabenteilung in der Familie: Sie kehren schneller wieder in ihren Beruf zurück, wenn ihr Partner sich für die Partnermonate entscheidet, und stabilisieren so das Familieneinkommen.“ Das klingt alles sehr schön, wirkt aber ideologisch motiviert.

> Luxus: Aktivere Väter kosten 80 Millionen

Allerdings: Kritiker, die bisher annahmen, die Familienpolitik der letzten Jahre sei der Wirtschaft geschuldet, können sich sicher sein, dass Arbeitgeber über die Verlängerung der Vätermonate wenig erfreut sein dürften. Jetzt müssen sie nicht nur fürchten, dass weibliche Mitarbeiter bei der Familiengründung für einige Zeit ausfallen, jetzt fallen auch noch die Väter aus. Und während Arbeitgeber zumindest bei einer Auszeit von einem Jahr gezielt planen können und eine Vertretung auf dem Arbeitsplatz einarbeiten können, so ist das bei einem Ausfall von vier Monaten zu lange, um von Kollegen aufgefangen zu werden, aber zu wenig, um eine Vertretung einzuarbeiten. Im Grunde können sich nur Väter, die in großen Betrieben oder beim Staat tätig sind, diesen Luxus leisten, denn welcher Handwerksbetrieb oder kleine Mittelständler soll selbst bei bestem Willen dem frischgebackenen jungen Vater den Rücken freihalten?

Das Familienministerium geht davon aus, dass die Mehrkosten für die zwei zusätzlichen Vätermonate 80 Millionen Euro betragen.

80 Millionen Euro? Das ist in etwa die Summe, die es kosten würde, künstliche Befruchtungen wieder voll zu bezuschussen. Während der Koalitionsverhandlungen im Herbst letzten Jahres hieß es kurzfristig, der Staat wolle sich daran beteiligen, kinderlosen Paaren – etwa jedes siebente Paar in Deutschland ist ungewollt kinderlos – den Kinderwunsch zu erfüllen, doch dafür fehlte dann das Geld. Dabei war es stets das erklärte Ziel der ehemaligen Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU), die Zahl der Geburten in Deutschland gegen den demographischen Abwärtstrend zu erhöhen. Die Einführung des Elterngeldes hatte konkret das Ziel, besser verdienenden Frauen die Entscheidung zur Mutterschaft zu versüßen, indem sie ein Jahr lang 67 Prozent ihres Nettogehaltes bekommen sollten. Die Einführung der zwei Vätermonate war dann der Gleichberechtigung geschuldet. Erst sah es Anfang 2009 auch so aus, als hätte Ursula von der Leyen ihr Ziel erreicht, doch schnell stellte sich heraus, dass die Zahl der Geburten 2008 nicht zu-, sondern abgenommen hatte.

> Künstliche Befruchtung brächte 10 000 Kinder

Seit 2004 zahlen die gesetzlichen Kassen nur noch 50 Prozent der ersten drei Kinderwunschbehandlungen, da eine künstliche Befruchtung nicht als medizinisch notwendig gilt. Für Dr. Thilo Schill vom Kinderwunschzentrum Langenhagen ist diese Argumentation nicht schlüssig. Wenn eine Frau wegen einer Entzündung ihr Bein verliert, würde alles für ihre Reha getan, verliert sie jedoch wegen einer Entzündung ihren Eierstock, müsse sie selber die Folgekosten tragen, klagt er gegenüber der *PAZ*. Eine Behandlung kostet bis zu 2000 Euro und hat eine Erfolgsquote von etwa 30 Prozent. Doch je älter die Frau, desto kleiner die Chance, selbst mit Hilfe aus dem Labor schwanger zu werden.

Durch den Wegfall der vollen Bezuschussung werden pro Jahr etwa 10 000 medizinisch gezeugte Kinder weniger geboren, da sich nur noch besser verdienende Paare auf diese Weise ihren Kinderwunsch erfüllen können. Das Land Sachsen übernimmt seit 2009 den Teil der Kosten, den die Kassen nicht mehr zahlen. Bisher liegen Dresden Rechnungen über 550 000 Euro für 550 Behandlungen in zwei Kliniken vor. Für eine Bilanz, wie viele Kinder für diese 550 000 Euro das Licht der Welt erblickten, ist es noch zu früh. *Rebecca Bellano*

MELDUNGEN

Peking knebelt die Uiguren

Peking – Die kommunistische Regierung in Peking hat die Isolation der 21 Millionen Einwohner im uigurischen Gebiet Xinjiang ein halbes Jahr nach den Unruhen in Urumschi geringfügig gelockert. Ab sofort darf jeder pro Tag bis zu 20 SMS schreiben, allerdings müssen sich die Empfänger wie auch bei Telefonaten innerhalb der Landesgrenzen aufhalten. Auch sind die Internetseiten bis auf zwei Anbieter blockiert, selbst das Versenden von E-Mails bleibt verboten. *Bel*

Roma drängen nach Kanada

Ottawa – Kanada überlegt, gegenüber Ungarn die Visumspflicht wieder einzuführen. 2009 wurde diese Maßnahme bereits gegenüber der Tschechischen Republik ergriffen, da sich Kanada Tausender Zigeuner gegenübersieht, die einreisen und wegen angeblicher Verfolgung in ihren Heimatländern Asyl beantragen. Allein im vergangenen Dezember begehrten 500 Roma aus Ungarn Asyl. Zwar werden die Anträge zumeist abgelehnt, doch die anfallenden Sozialleistungen und Verfahren kosten Kanada pro Person rund 26000 Euro. *Bel*

Ungarn hilft Landsleuten

Budapest – Die ungarische Regierung plant die Gründung eines „Hilfsfonds für die Opfer des slowakischen Sprachgesetzes“. Ziel ist es, den in der Slowakei lebenden Ungarn, die aufgrund der Verwendung der ungarischen Sprache nach dem neuen slowakischen Gesetz verurteilt werden, zu helfen. Dieses sieht bei bestimmter Verwendung der ungarischen Sprache Strafen in Höhe bis zu 5000 Euro vor. Verurteilte sollen aus dem Fonds Gelder erhalten. *Bel*

Aufstand der Tagelöhner

Neue Welle rassistischer Gewalt in Süditalien – Berlusconi schweigt zur Lage der Migranten

Illegale Zuwanderer aus Afrika begehren immer öfter gegen ihre miserablen Arbeits- und Lebensbedingungen auf. Mafiöse Strukturen in der Landwirtschaft und die Scheu der Politik, sich der Probleme anzunehmen, machen diese auch zu einem europäischen, denn wer von den Landarbeitern kann, verlässt Süditalien.

Vorerst ist Ruhe eingekehrt im süditalienischen Städtchen Rosarno. Kaum noch etwas erinnert an die dramatischen Szenen, die sich hier vor einem Monat abspielten. Nachdem Unbekannte mit Luftgewehren auf von der Arbeit heimkehrende afrikanische Saisonarbeiter geschossen hatten, kam es zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Einwanderern und Teilen der Einheimischen. Autos brannten, Steine flogen gegen Schaufenster und während aufgebrachte Anwohner bewaffnet in Traktoren anrollten, verbarrikadierten sich mehrere Afrikaner im Rathaus. Die Polizei hatte Schwierigkeiten, die Situation unter Kontrolle zu halten. Die Behörden brachten einen Großteil der Einwanderer in Auffanglager der umliegenden Regionen. Viele waren zuvor auf eigene Faust gen Norden geflohen.

In der Gegend um Rosarno sind bis zu 5000 Immigranten – überwiegend illegal – in der Landwirtschaft beschäftigt. Zu Winterbeginn ernten sie in Kalabrien und auf Sizilien Orangen und Mandarinen. Im Sommer ziehen sie weiter nach Apulien zur Tomatenernte. Die zumeist aus Afrika oder Osteuropa stammenden Tagelöhner hausen in leerstehenden Fabriken oder alten Lagerhallen ohne Strom und fließendes Wasser. Andrea Accardi von „Ärzte ohne Grenzen“ prangert die absolut nicht europäischen Standards entsprechenden Konditionen an: „Die Bedingungen, unter denen diese Menschen arbeiten und leben müssen, erreichen nicht einmal die Minimalstandards, die von den UN für Flüchtlingscamps in Notsituationen vorgegeben werden.“ „Mit 15 bis 20 Euro pro Tag haben wir diese Menschen zu modernen Sklaven gemacht – eine hässliche Seite im Geschichtsbuch Italiens“, bringt ein Lokalpolitiker die Ausbeutung der Erntehelfer auf den Punkt. Auch Papst Benedikt XVI. verurteilte die Gewalt in Kalabrien und fordert mehr Gleichberechtigung und Respekt für Migranten ungeachtet ihrer andersartigen Kultur und Tradition.

Ganz anders reagierten Medien und Politik. Tageszeitungen und Nachrichtensender sprachen von den „gewalttätigen Illegalen“ und den „mutigen Bürgern“, die sich gegen die „Neger“ verteidigt hätten. Die Gewerkschaften und die linksdemokratische Opposition äußerten sich in Ermangelung einer einheitlichen politischen Linie nur halbherzig zu den Vorfällen. Auch

Mafia verlangt Schutzgelder von den Rechtlosen

Ministerpräsident und Medienzar Silvio Berlusconi hüllte sich in Schweigen. Um sich vor den Rassismusvorwürfen der nationalen und internationalen Öffentlichkeit abzuschirmen, überließ er das Wort lieber seinem Koalitionspartner, der rechtspopulistischen Lega Nord. Innenminister Roberto Maroni machte prompt die jahrelange „falsche Toleranz“ gegenüber den Ausländern für die jüngsten Ausschreitungen verantwortlich. Die illegale Einwanderung habe die Kriminalität belebt und zu einer sozialen Verwahrlosung geführt. Mit massenhaften Ausweisungen, Bürgerwehren und verstärkten Kontrollen auf den süditalienischen Feldern will Maroni Herr der Lage werden. Dabei betonte er die gute Zusammenarbeit mit der Polizei und die bisherigen Erfolge der aktuellen Regierung, vor allem bei der Abschiebung von Bootsflüchtlingen. Außenminister Franco Frattini besucht derweil afrikanische Regierungsvertreter, um „das Problem an der Wurzel zu packen“ und potenzielle Billigarbeiter schon in ihren Herkunftsländern an der Ausreise zu hindern. Sein Parteikollege, Landwirtschaftsminister Luca Zaia, verwies auf die wirtschaftlichen Ursachen für die Ausbeutung. Die niedrigen Preise für Zitrusfrüchte aus Kalabrien zwingen die Landwirte, billig zu produzieren. Dumpingimporte aus Brasilien drücken zusätzlich auf die Orangensaftpreise. In Südtirol werden zwar auch Migranten als Apfelpflücker eingesetzt. Doch der Apfel werde als regionales Markenprodukt teuer verkauft und die Pflücker erhalten dort mehr Geld.

Die italienische Justiz untersucht zudem eine Verwicklung der Mafia in die Ereignisse. Rosarno gilt als eine der Hochburgen der kalabrischen ’Ndrangheta. Nachdem im Oktober 2008 Verbindungen des Bürgermeisters und weiterer Mitglieder der Stadtregierung zu der Organisation bekannt geworden waren, untersteht die Gemeinde einer kommissarischen Verwaltung aus Rom. Die ’Ndrangheta wollte mit den Attentaten wahrscheinlich Tagelöhner bestrafen, die kein Schutzgeld bezahlt hatten. Egal ob Orangen- oder Tomatenproduzenten, Winzer oder Olivenbauern: Die Mafia hat die Landwirtschaft des Mezzogiorno fest im Griff. Eine Studie des Bauernverbandes zur Schutzgelderpressung von Landwirten ergab, dass mindestens fünf Milliarden Euro jährlich in die Kassen der organisierten Kriminalität fließen. Wer nicht an die Clans zahlt, der muss mit der Vernichtung der Ernte oder dem Klau von Wasserpumpen rechnen. Die üppigen EU-Subventionen, die Orangenfarmen in Kalabrien seit Anfang dieses Jahres unabhängig von ihrer Produktionsmenge erhalten, dürften kaum Abhilfe schaffen. Der Bauernverband warnt davor, die Fördergelder regten den Appetit auf weiteren Missbrauch an. *Sophia E. Gerber*



Flucht im Schutze der Nacht: Illegale Einwanderer verlassen auf der Suche nach Arbeit Süditalien. Bild: action press

Wiedergutmachung

Iran fordert Entschädigung für 1941/54

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat vor wenigen Tagen Entschädigungsforderungen gegen Russland und Großbritannien erhoben. Es geht um die Schäden, die dem Land 1941 bis 1946 durch Krieg und Besatzung zugefügt wurden. 69 Jahre nach dem Angriff werden sich humane und materielle Schäden allerdings nur noch schwer beziffern lassen.

Was sich aber noch errechnen lässt, sind die Folgen der entschädigungslosen Erdölausbeutung. Deswegen richten sich die Forderungen in erster Linie auch nicht gegen Russland, sondern gegen Großbritannien und die USA als Nutznießer iranischen Erdöls während des Krieges.

Am 25. August 1941 überfielen die Streitkräfte der beiden Länder den neutralen Iran. Die Kämpfe zogen sich bis zum 17. September 1941 hin, allerdings hatten die Angreifer schon am 10. September 1941 eine ihnen freundlich gesonnene Gegenregierung eingesetzt. Am 16. September musste Reza Schah zu Gunsten seines Sohnes Mohammad Reza abdanken. Das Land wurde in der Folge in zwei Besatzungszonen aufgeteilt.

Die Angloamerikaner förderten das iranische Öl ohne Bezahlung und versorgten ihren sowjetischen Verbündeten mit Waffen über diese Mittelost-Route. Nach Kriegsende dauerte die Besatzung fort. Die Sowjetrussen zogen erst 1946 ab. Die Ausbeutung der iranischen Erdölquellen durch die Angloamerikaner ging weiter wie bisher. Erst am 28. Oktober 1954 wurde ein neuer Vertrag mit einem Konsortium aus 17 Ölkonzernen geschlossen. Nun erhielt der Iran die Hälfte des Gewinnanteils.

> London, Washington und Moskau sollen für Öl zahlen

Bislang hat sich nur Moskau zu den iranischen Forderungen geäußert und diese zurückgewiesen. Ilja Kramnik von der Nachrichtenagentur Novosti: „Der sowjetisch-iranische Vertrag von 1921 sah das Recht vor, bei etwaiger Bedrohung der sowjetischen Grenze Truppen in dieses Land einzuführen. Ziemlich stark waren die prodeutschen Stimmungen im Iran und in der benachbarten Türkei ... was zu entsprechenden Maßnahmen zwang.“

Ähnlich hatten die Sowjets bei ihrem Überfall auf Finnland argumentiert. *Hans Lody*

Furcht vor dem Gitterblick

Europa: Politiker, Publizisten und Menschenrechtler streiten über die Burka

Die Burka, Symbol der Unterordnung der Frau, ist nicht mehr nur im Straßenbild Afghanistans auszumachen, gänzlich Verschleierte flanieren zunehmend auch durch europäische Städte. Ein kommunistischer Bürgermeister brachte das Thema in Frankreich in die Nationalversammlung. Von der Grande Nation inspiriert streiten jetzt Politiker, Publizisten und Menschenrechtler europaweit, ob oder wie solche Gewänder aus dem öffentlichen Raum verbannt werden können. Dabei entstehen ungewohnte Parteibündnisse. Studien über die Zahl der Burkaträgerinnen werden erstmals von nationalen Regierungen in Auftrag gegeben und – im Fall Dänemarks – wieder verworfen. Die Frage ist jedoch keine symbolische oder verfassungstheoretische mehr, wie der Fall zweier Bonner Schülerinnen zeigt. Sie gingen nach den Osterferien in der Burka zur Schule, wurden dafür zwei Wochen vom Unterricht suspendiert. Eine der beiden, eine 18-jährige Deutsch-Türkin, meldete sich jetzt von der Gesamtschule ab, um das Gewand weiter tragen zu können.

Als vermeintlicher Kulturkampf gegen den Islam eignet sich der aktuelle Burka-Streit nicht – das zeigt das Bonner Beispiel. Die Eltern beider Mädchen lehnen deren Burka-Faible ab. Gerade muslimische Mitschüler stritten mit den zweien, während die deutschen verstört reagierten, so die zuständige Bezirksregierung. In der deutschen Bundespolitik ist dagegen keineswegs Konsens, dass es im Sinne gelingender Integration geboten wäre, einer Radikalisierung, wie sie durch Tragen der Burka sichtbar wird, vor allem im Sinne weltlich-westlicher hiesiger Muslime zu bekämpfen. Das zeigt die Haltung der SPD: Burka-Verbot – nein, irgendwie zurückdrängen – ja. Doch wie? Niederländische Sozialdemokraten wie Job Cohen, Bürgermeister von Amsterdam, schlagen bereits die Kürzung von Arbeitslosengeld vor, sollten Burka-Trägerinnen keinen Job finden und sich weigern, diese Kleidung aufzugeben.

> Zeichen für bewusste Unterscheidung oder der Unterdrückung?

Über den neuen Trend, dass Euro-Muslimas mitunter selbst zu Burka, Nikab und Tschador greifen, als Zeichen freiwilliger Diskriminierung im Sinne bewusster Unterscheidung, empört sich Europa. So zitiert das polnische Nachrichten-Portal „Polskaweb“ den Rektor der Thomas-Morus-Hauptschule in Berlin Neukölln. Dort käme es zu Übergriffen durch verschleierte Mädchen. Opfer seien „meist Polinnen“ – der Grund: blonde Haare und katholische Gesinnung. In Großbritannien provozierte der britische Staatsbürger und Anwalt Anjem Choudary, Führer mehrerer inzwischen teils verbotener islamistischer Gruppen, schon im März 2009 mit der Forderung, alle Britinnen müssten gezwungen werden, die Burka zu tragen, ob gläubig oder nicht. Trotz Debatte um seine Ausweisung blieb das für Choudary folgenlos. Nun bildet Frankreichs vom Parlament berufene Enquete-Kommission zur Verschleierung die Speerspitze der Diskussion. Die lehnt ein gesetzliches Burka-Verbot auf der Straße mehrheitlich ab. Stattdessen empfiehlt sie einen gesetzlichen Bann für Bus und Bahn. Wer die Burka mit ihrem Gitterblick oder eine andere Form des Vollschleiers, beispielsweise den Nikab, trägt, erhält dann keinen Zugang zum Nahverkehr mehr – so die Idee. Es ist eine Initiative, die für Ballungsräume wie Paris Folgen haben könnte. Der Wille zu konsequenter Umsetzung erlahmt jedoch in Frankreich wie in anderen Staaten aufgrund rechtlich-freiheitlicher Bedenken zur Wahl der Mittel. Busfahrer sollen nach der Kommissionsidee die Betreffenden einfach nicht befördern. Folge: Der Bus müsste mit allen Fahrgästen warten, bis die Verschleierte von allein aussteigt. Statt Strafe setze man auf Einsicht, so Kommissionschef André Gerin. Der kommunistische Abgeordnete sagt: „Es geht nicht darum, die Frauen zu bestrafen, sondern wir wollen den Fundamentalismus zurückdrängen.“ In seinem Buch „Les ghettos de la République“ setzte sich Gerin damit auseinander, wie islamische Fundamentalisten seit den 80er Jahren in von Gerins Partei traditionell bedienten Vorstädten immer mehr Raum einnehmen.

Eine schleichende Landnahme, gegen die viele Europäer sich ohnmächtig fühlen. Die in Dänemark regierende Koalition aus Links-Liberalen, Konservativen und Dänischer Volkspartei prüft gesetzliche Beschränkungen intensiver Verschleierung. Ein ursprünglich interner Bericht spricht von 100 bis 200 Frauen landesweit.

In der Schweiz bedauert die Präsidentin des „Forums für einen fortschrittlichen Islam“, Saida Keller-Messahli, dass eine politische Burka-Auseinandersetzung wie in Frankreich durch den Schweizer Bundesrat abgewürgt worden sei. So wird es wohl in den meisten Ländern beim theoretischen „Ächten“ bleiben. *Sverre Gutschmidt*

Angst vor Domino-Effekten

Eigentlich will Deutschland den klammen Griechen nicht helfen, doch die Alternativen schrecken ab

Das besonders gebeutelte Irland bewältigt aus eigener Kraft die Folgen der Wirtschaftkrise. Ähnliches traut Berlin Griechenland aus guten Gründen nicht zu.



Drohen gar weitere Unruhen in Athen? Schon vor der Krise zeigten sich viele junge, arbeitslose Griechen krawallbereit. Bild: interTopics

Die Formulierung lässt nichts Gutes ahnen: Aus Berlin verlautet, die Bundesregierung sei „zuversichtlich", dass Griechenland seine Finanzprobleme in den Griff bekomme und den Staatsbankrott aus eigener Kraft abwenden werde. Aus der feinen Diplomatensprache übersetzt heißt das: Die Sache ist gelaufen, ohne fremde Hilfe schaffen die Griechen das nie. Denn wäre Berlin wirklich zuversichtlicht, hätte die Bundesregierung ihren Optimismus in Worte wie „absolut sicher" gekleidet und keinen Zweifel aufkommen lassen, dass sie vollkommen auf die griechischen Beteuerungen baue.

Die Finanzmärkte wissen, was gespielt wird, und setzen zur Flucht an: Um seine Staatsanleihen loszuwerden, musste Athen Ende vergangener Woche bereits über sieben Prozent Zinsen bieten. Das ist mehr als das doppelte des deutschen Satzes für zehnjährige Staatsanleihen. Dies legt offen, wie das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Hellenen schwindet. Wie am gewöhnlichen Kreditmarkt für jedermann entscheidet auch im Falle von Staatsanleihen die Kreditwürdigkeit des Schuldners darüber, wie hoch die Zinsen sind, die er zahlen muss.

Die „Financial Times Deutschland" will aus gleich mehreren hochrangigen Quellen erfahren haben, dass in den entscheidenden europäischen Hauptstädten bereits Gespräche laufen, wie Griechenland zu retten sei. Dabei wachse insbesondere der Druck auf Berlin, den Weg für den „Griechen-Bailout" freizumachen. Das englische Wort „Bailout" (Herauskaufen) machte auch im deutschen Sprachraum erst unlängst Karriere. Damit wurden die milliardenschweren Staatseingriffe zur Rettung maroder Banken bezeichnet. Nun geht es um ein ganzes Land.

Das Deutschland, zuvorderst Kanzlerin Angela Merkel (CDU), jeden Gedanken an deutsche Unterstützungszahlungen an Griechenland immer noch energisch von sich weist, hat taktische wie strategische Gründe. Taktisch geht es der Bundesregierung darum, die deutschen Gemüter zu beruhigen. Von Flensburg bis Füssen ist bekannt, dass Griechenland seit seinem EG-Beitritt 1981 zu den Hauptprofiteuren der Gemeinschaft zählt, während Deutschland als Hauptnettozahler für die Fördermittel aufzukommen hatte. Zudem machte Schlagzeilen, wie Athen seinen Zutritt zum Euro nur durch Lug und Trug ergaunerte und bis vergangenen Herbst weiterhin mit gefälschten Haushaltszahlen operierte.

Wie sich zeigt, haben die Griechen die in drei Jahrzehnten eingestrichenen Milliarden nicht einmal dazu benutzt, ihr Land wettbewerbsfähiger zu machen, sondern das Geld für soziale Wohltaten verpulvert, die sie sich aus eigener Kraft nie hätten leisten können. Eine Bundesregierung, die sich vor diesem Hintergrund zu weiteren Zahlungen an Athen breitschlagen lässt, muss mit dem Zorn der deutschen Wähler rechnen.

Hinzu kommt die strategische Furcht vor einem Domino-Effekt durch das schlechte Beispiel: Andere Wackelkandidaten wie Spanien, Portugal oder Zypern könnten sich ermutigt sehen, ihre eigenen Anstrengungen zur Haushaltssanierung schleifen zu lassen in der Hoffnung, wie Griechenland schließlich „herausgekauft" zu werden. Doch würde ein „Bailout" im Falle des ungleich größeren Spanien die Belastungsfähigkeit selbst der stabileren Euro-Länder wie Deutschland oder Frankreich wohl übersteigen.

Flucht aus den Schuldpapieren droht

Das ebenfalls schwer in Schieflage geratene Irland ist ein erfreulicher Sonderfall: Die Iren nehmen klaglos hin, dass ihre Regierung drastische Kürzungen in allen Bereichen vornimmt und aktivieren so ihre Selbstheilungskräfte. In Griechenland hingegen haben schon erste Ankündigungen von Kürzungen, welche die Regierung von Giorgos Papandreou unter dem Druck der EU machen musste, zu Protesten geführt. Auch in Spanien oder Portugal schrecken die Regierenden vor schmerzlichen Einschnitten noch zurück.

Warum Deutschland dem Hilfeersuchen der Griechen dennoch mit höchster Wahrscheinlichkeit nachgeben wird? Schon jetzt ist der Euro aufgrund der Gerüchte über einen möglichen Staatsbankrott Griechenlands unter Druck geraten. Der Zusammenbruch eines Euro-Landes (das hieße, dass Griechenland seine Staatsanleihen nicht mehr bedient, diese womöglich vollständig verfallen lässt) könnte die gesamte Einheitswährung gefährden.

Zumal auch hier ein Domino-Effekt droht: Aufgeschreckt durch die Verluste von Anlegern, die durch einen griechischen Staatsbankrott alles verloren haben, könnten Investoren aus den Schuldpapieren Spaniens, Portugals und Italiens fliehen. Das würde auch diese Länder an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führen – für den Euro eine tödliche Gefahr.

Allein deshalb wird Berlin einspringen, sei es durch direkte Kredite Deutschlands an Athen oder andere, womöglich etwas versteckte Instrumente der Finanzhilfe. Um den erstgenannten Domino-Effekt möglichst zu vermeiden, möchte man die Griechen jedoch offenkundig erst einmal zappeln lassen. Das Kalkül: Kein potenzieller Nachahmer soll sich einbilden, dass der Weg zu Beihilfen durch stärkere Euro-Partner ein leichter wäre. Somit soll Athens Regierung zunächst durch ein Stahlbad radikaler Etatkürzungen und heftiger sozialer Proteste gejagt werden, ehe die Partner, Deutschland voran, ihre Geldbörsen öffnen.

Hans Heckel

KURZ NOTIERT

Nach dem Rekordminus von 1,6 Billionen Dollar – das die Pro-Kopf-Verschuldung auf rund 35 000 Euro erhöht – im Staatshaushalt will US-Präsident Barack Obama fast alle Posten für die nächsten drei Jahre einfrieren. Einzige Ausnahmen sind die staatliche Rente, die Krankenversicherung samt noch durchzusetzender Reform, Verteidigung und nationale Sicherheit. Andere Bereiche hingegen sollen sogar Kürzungen erfahren. Trotz des Hinweises, dass er Wirtschaftskrise, Kriege und Schulden von seinem Vorgänger George W. Bush geerbt habe, steht Obama nun massiv in der Kritik. *Bel*

„Wegen des brutalen Kostendrucks und weil zuletzt nur das lupenrein Kaufmännische zählte, sind andere Ziele vernachlässigt worden – etwa, dass die Bahn dem Gemeinwohl verpflichtet ist", kritisiert Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) den Staatskonzern Deutsche Bahn. Der wird nun wohl auf seinen Druck hin heruntergekommene Bahnhöfe sanieren und den Kundenservice verbessern müssen. *Bel*

Der weltgrößte Autozulieferer Bosch setzte ein Zeichen und kündigte an, Geschäftsbeziehungen mit Banken abzubrechen, die übertrieben hohe Boni an ihre Manager zahlen. Das im Privatbesitz befindliche Unternehmen kann sich diese Politik leisten, da es kaum Kredite bei Banken aufnimmt, diese fast nur für den Zahlungsverkehr nutzt und sich über Anleihen und Schuldverschreibungen Geld für Investitionen leiht. Außerdem hilft dieser PR-Feldzug gegen das „Feindbild" Bankmanager, vom Milliardenverlust der Firma abzulenken. *Bel*

Als Pleitekandidat Nr. 1 weltweit sehen Investoren Venezuela. Der Großteil der Einnahmen des Landes stammt vom Ölexport, doch der größte Kunde, die USA, nimmt immer weniger ab. Damit beraubt Washington Venezuelas Präsidenten Hugo Chavez seiner wichtigsten Devisenquelle für seine sozialistische Revolution in Südamerika. *Bel*

Brüssel prüft Swift

Kontroverse um Datenweitergabe an die USA schwelt weiter

Das Europäische Parlament steht vor einer Glaubwürdigkeitsprobe. Nun wird sich zeigen, ob die größeren Kompetenzen, die ihm mit Inkrafttreten des „Reform-Vertrags" zu Jahresbeginn angeblich eingeräumt wurden und die ein Hauptargument der Vertragsbefürworter waren, in der Praxis existieren.

Konkret geht es um das Bankenüberweisungssystem Swift und darum, wer darauf legalen Zugriff haben soll. Die Transaktionsdaten von Swift waren nämlich über einen Swift-Server in den USA mindestens seit dem „11. September" systematisch „abgeschöpft" worden, angeblich um die Finanzierung von Terrororganisationen zu durchleuchten und zu unterbinden.

Tatsächlich aber war und ist das Hauptinteresse der USA – und aller Staaten mit Finanzproblemen – die Aufdeckung von Steuerhinterziehung. Dafür ist man sogar bereit, gestohlene Daten zu „kaufen", wie die jüngste deutsch-schweizerische Kontroverse zeigt.

Als der Skandal 2006 aufflog, konnte die EU den Missbrauch zwar nicht stoppen. Sie schloss aber ein Abkommen mit den USA, in dem sich Washington zu Datenschutzauflagen verpflichtetet, die den europäischen Normen entgegenkommen. Ein von der EU in Auftrag gegebener Bericht Anfang 2009 soll zwar besagen, dass die USA das Abkommen eingehalten hätten – doch der Bericht selbst blieb unter Verschluss.

Parlamentarier fühlen sich von Regierungen bewusst übergangen

Das belgische Unternehmen Swift seinerseits beschloss, auf ein neues Kodierungssystem umzustellen und nur mehr über Server in Europa zu arbeiten. Dieses neue System ging 2009 in Betrieb – und prompt kam Druck aus den USA, auch den Zugriff darauf zu gestatten. Die EU-Kommission gab dem „Wunsch" erwartungsgemäß nach, und die EU-Innenminister peitschten den Vertrag noch vor Ende 2009 durch. Also noch vor Inkrafttreten des Reformvertrags, denn es ist eben leichter, ein paar Dutzend Kommissare und Minister auf Linie zu bringen als die Masse der Abgeordneten.

Unter EU-Parlamentariern herrscht daher jetzt einige Erregung. Denn nicht nur dass man sie umgangen hatte: Der Text des mit 1. Februar bereits in Kraft getretenen Vertrags ging ihnen erst Ende Januar zu, angeblich wegen der Übersetzungen. Jetzt wird gedroht, den Vertrag, der vorläufig bis Oktober gilt und danach durch ein dauerhaftes Abkommen ersetzt werden soll, nachträglich zu kippen.

Was wird also am 10. Februar geschehen, wenn darüber abgestimmt werden soll? Schon regen sich Stimmen, vor allem in der EVP, die auf die „Nützlichkeit" des Abkommens bei der Terrorbekämpfung oder auf die „Nachteile" einer Ablehnung verweisen. Man denkt wohl auch an den Schlammassel der Schweizer Regierung, weil sich das Bankdatenabkommen, das ihr von den USA aufgezwungen wurde, als verfassungswidrig entpuppte. Außer Zweifel steht, dass unter dem Etikett "Terrorbekämpfung" Souveränitäts- und Persönlichkeitsrechte laufend weiter eingeschränkt oder gestrichen werden. Ersatzlos. *Richard G. Kerschhofer*

Neuer Exportschlager

Weg von der Rohstoffabhängigkeit – Wege führen nach China

Zweistellige Rückgänge in der Industrie- und Bauproduktion sorgten für den stärksten Einbruch des russischen Bruttoinlandsprodukts seit 15 Jahren. Der Kampf gegen die Inflation scheint verloren. 2009 lag die Inflationsrate mit 8,8 Prozent sechsmal höher als die der Europäischen Union (1,4 Prozent), für das laufende Jahr sagen Experten neun bis zehn Prozent voraus. Nicht nur die Wirtschaftskrise ist schuld daran, sondern die Ursachen liegen in der Wirtschaftsstruktur Russlands. Vor allem die Monopolisierung, das Fehlen von Konkurrenz und der staatliche Protektionismus verhindern eine positive Entwicklung. Weil der Staat einheimische Unternehmen durch Handelsbarrieren vor Konkurrenz schützt, ändern diese nichts an ihrer ineffizienten Produktion.

Der Plan Dmitrij Medwedews, die Abhängigkeit von Rohstoffen zu verringern und die Wirtschaft zu diversifizieren, indem Medizin, Energie- und Informationstechnologie, Weltraum- und Satellitentechnik staatlich gefördert und Privatunternehmen vermehrt zugelassen werden, ist nicht neu. Allerdings basieren die vom Präsidenten als wichtig erachteten Branchen auf der wissenschaftlichen Tradition der Sowjetunion. Weltraumtechnik und Kernenergie können den Nachholbedarf Russlands auf nahezu allen technischen Gebieten nicht wettmachen. Welche Branche der russischen Wirtschaft mit dem Ölsektor mithalten könnte, bleibt unklar.

Russische Politiker richten ihren Blick verstärkt nach Osten. Als Vorbild wird China gesehen, das als Billiglohnland mit noch ungesättigtem Markt Investoren anlockt. Gazprom wird seinen Export nach Asien ausdehnen und ab 2015 China jährlich mit 60 Milliarden Kubikmeter Gas versorgen. Weil Russland sich als Partner im Westen nicht angenommen fühlt, schielt die Regierung vermehrt in die entgegengesetzte Richtung. Die jüngste Schaffung einer Freihandelszone zwischen China und dem Verband Südostasiatischer Staaten (ASEAN) wird in Moskau mit viel Interesse beobachtet, da diese als drittgrößte Freihandelszone nach EU und Nafta für Russland eine Alternative zu den westlichen Märkten bietet.



Foto: pa

Mehr als nur Gas? Russische Wirtschaft sucht Alternativen.

Große Hoffnung liegt auf dem Export von Flugzeugen. Im vergangenen Jahr machte er die Hälfte aller russischen Exporte aus. Neuester Exportschlager soll der neue Tarnkappen-Jet T-50 werden, das Pendant zum amerikanischen Jagdflugzeug F-22 Raptor, das allerdings um einige Dutzend Millionen Dollar billiger ist. Die Weiterentwicklung des T-50 geschieht in Kooperation mit Indien. Sollten zunächst die russische und die indische Luftwaffe 350 bis 400 Maschinen dieses Typs kaufen, rechnen die Entwickler damit, dass bald auch arabische und andere asiatische Länder zu den Abnehmern zählen. *M. Rosenthal-Kappi*

Widerspruch

Von Rebecca Bellano

Die Verlängerung der Vätermonate von zwei auf vier ist ein Widerspruch in sich. Denn schließlich soll doch die Elternzeit auf kein Geschlecht mehr festgelegt werden, weil ja alles gleichberechtigt und absolut nicht diskriminierend ablaufen soll. Also, warum dann „Väter“-monate? Doch das nur nebenbei.

Das Ganze ist auf jeden Fall ein Luxusprojekt. Bei aller Liebe für die zusätzlichen gemeinsamen Monate, die der Vater nun durchgehend mit seinem Kind verbringen darf, so stellt sich doch die Frage, wieso die gesamte Gesellschaft derartig individuelle und kurzfristige Momente bezahlen soll, wenn so viele offene Baustellen vorhanden sind.

80 Millionen Euro sollen die zusätzlichen Vätermonate kosten. 4,5 Milliarden kostet das Elterngeld 2010 insgesamt. Mit 112 Milliarden Euro soll der Staat laut Zahlen, die noch unter der vorherigen Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) ermittelt wurden, die Familien unterstützen. Doch warum merken die davon nicht wirklich etwas? Wahrscheinlich weil es ihnen erst weggenommen und dann in kleinen, ideologisch motivierten Projekten kleckerweise wieder zugeteilt wird. Es lebe der mündige Bürger!

Profil? Statur?

Von Hans Heckel

Wer wegen einer umstrittenen Entscheidung ins Feuer geraten ist, darf alles Mögliche machen, nur eines nicht: die Entscheidung mitten im Getöse ängstlich selbst in Frage stellen. Aufgeschreckt von schlechten Umfragewerten und dem drohenden Machtverlust hat Andreas Pinkwart, Vize-Ministerpräsident von NRW und stellvertretender FDP-Bundeschef, aber genau das getan. Die umstrittene Mehrwertsteuerentlastung für Hotelübernachtungen, seiner Partei als spendenfinanzierte Günstlingswirtschaft der übelsten Sorte ausgelegt, solle „ausgesetzt“ werden, forderte er.

Die Fehlleistung passt in das verheerende Gesamtbild, das die eben noch verwöhnte und gefeierte FDP derzeit abgibt. Da der Geruch des Meerestieres von seinem Haupte herrührt, sollte der Blick zuvörderst auf den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle gerichtet sein bei der Frage, warum die Liberalen von ihren stolzen 14,6 Prozent auf neun abgerutscht sind.

Westerwelle leidet offenkundig noch immer schwer unter dem Verdacht, ein dauerjugendliches Leichtgewicht zu sein. Um jeden Preis ist er daher bemüht, „Profil“ zu zeigen, „Statur“ zu gewinnen. Doch was er als Profil verkauft, kommt allzu oft als Mätzchen an, als eine Kaskade flotter Sprüche. Sein Verständnis von Statur hat sich, etwa in der Causa Steinbach oder in der Afghanistanfrage, als bloße Bockigkeit entpuppt. So kann es kaum verwundern, dass die bürgerliche Klientel, die vor allem Prinzipienfestigkeit und Gleichmaß ersehnt, den Liberalen in Scharen den Rücken kehrt.

Im Fahrwasser der SED

Von Konrad Badenheuer

Der eine oder andere in der CDU würde wohl vor Scham erstarren, wenn er sich einen einfachen Vergleich bewusst machen würde. Was unterscheidet die SED des Jahres 1952 von der nordrhein-westfälischen CDU des Jahres 2009? Die Antwort: Selbst die SED zu Lebzeiten Stalins hat die geflohenen und vertriebenen Deutschen aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen nicht als „Menschen, die nach 1945 ihre polnische Heimat verlassen mussten“ bezeichnet. Die nordrhein-westfälische CDU des Jahres 2009 hingegen hat mit dieser Orwellschen Verdrehung der Wahrheit nicht nur kein Problem, sie hat sie als Regierungspartei in dem 18-Millionen-Land in amtlichen Publikationen bis vor wenigen Tagen sogar selbst verbreitet.

Eine reine Panne ist ausgeschlossen, denn an zwei verschiedenen Stellen ist dieser Unsinn aufgetaucht, und Monate gingen ins Land, bis diese Peinlichkeit abgestellt wurde. Misst man Wahlaussagen der CDU über die Solidarität mit den deutschen Vertriebenen und die Unterstützung ihrer Anliegen – etwa der Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin – an solchen Fehlleistungen, dann kann man sich ausmalen, wie die Ausstellungen in einem solchen Zentrum, wenn es denn eines schönen Tages mit Gottes Hilfe endlich eröffnet werden sollte, aussehen könnten.

> Diese Verdrehung hat noch nicht einmal Ulbricht gewagt

Der Vergleich der Positionen der großen demokratischen Parteien mit derjenigen der SED der frühen 50er Jahre ist auch sonst interessant. Die SED hat die Vertreibung der Deutschen meist „Umsiedlung“ genannt und als „endgültig und gerecht“ qualifiziert. CDU und SPD hingegen sprichen heute natürlich nicht von „gerechten Umsiedlungen“, sie geben aber überdeutlich zu verstehen, dass auch sie deren Ergebnisse für endgültig halten: Es gibt keinen nennenswerten Einsatz mehr für das Recht auf die Heimat, keine Forderung nach Bestrafung der noch lebenden Täter, keinen Einsatz für Volksgruppenrechte der Heimatverbliebenen. Die Frage nach einem – und sei es symbolischen – Ausgleich in der Eigentumsfrage wird geradezu kämpferisch verneint. Gruppen und Initiativen wie die Europäische Union der Flüchtlingen und Vertriebenen (EUFV), die hier noch etwas bewirken wollen, werden bekämpft.

Fragt man nach den Gründen, so bleibt die letzte Antwort, dass die Vertreibung ihre Ursache im deutschen Nationalsozialismus gehabt habe. Der Hinweis, dass ein Unrecht nie das andere rechtfertigen könne und der Nationalsozialismus seinerseits Ursachen hatte, bleibt ohne Antwort – es gäbe ja auch keine. Bitter aber wahr: Ein Blick in politische Publikationen der frühen 50er Jahre belegt, dass dieses Argument damals nur von SED und KPD verwendet wurde.



Hilfsbereite Afghanen oder Unterstützer der Taliban, die die Soldaten in eine Falle locken sollen? Für die Alliierten vor Ort sind Freund und Feind nur schwer zu trennen. Theoretische Debatten in ihren Heimatländern helfen ihnen im Einsatz wenig.

Bild: pa

Moment mal!



Gemäßigte Taliban – gibt es die?

Von Klaus Rainer Röhl

Letzte Woche diskutierten sie bei Maybrit Illner über den Afghanistan-Krieg: der „Zeit“-Herausgeber Josef Joffe, der neue FDP-Entwicklungsminister Dirk Niebel, der einst bei der Kinderolympiade in meinem Garten noch keine Medaille errang, die Grüne Claudia Roth, der ZDF-Reporter Uli Gack, der lange Jahre in Afghanistan verbracht hat, und mein kluger Danziger Landsmann Rupert Neudeck, der immer auf der Seite der kleinen Leute steht und nie Angst vor großen Leuten hat. Vor allem Neudeck war besonders überzeugend. Aber eigentlich doch alle gut. Doch was lernten wir über Afghanistan? Nichts.

Der Vorhang zu und alle Fragen offen. So deutlich mochte das nicht einmal Neudeck sagen: Der „Strategiewechsel“, mit dem sich Westerwelle so staatsmännisch aufgebrezelt hatte, als wenn er das Rad noch einmal erfunden hätte, ist nichts weiter als das Ende. Der Abzug der Westmächte aus Afghanistan. Sogar mit ziemlich genauem Abzugstermin, zwischen 2012 und 2015. Eine Niederlage, die als Kompromiss verkauft werden soll, wie einst in Korea, wie in Vietnam. Die USA gewinnen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs keine Feldzüge mehr. Da der Termin 2015 mit dem Ende der Regierungszeit des ohnehin bei den afghanischen Stammeshäuptlingen unbeliebten und nur durch sehr fragwürdige Wahlen legitimierten Präsidenten Hamid Karsai zusammenfällt, können die Taliban in aller Ruhe auf den endgültigen Abzug der US-Truppen warten. Schon jetzt können sie sich über die von Deutschland versprochenen Waffen und Polizeiausrüstungen freuen und auch noch das von Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Außenminister zugesagte Geld kassieren, das an „gemäßigte Taliban-Kämpfer“ ausgezahlt werden soll. Viel ist es nicht, als dass es bei den Rieseneinnahmen, die die Organisation aus dem illegalen Drogenanbau und -verkauf zieht, Eindruck machen würde. (Afghanistan liefert 90 Prozent des weltweit gehandelten Opiums.) Aber das deutsche Geld wird sicher gern genommen. Die arbeitslosen Bauernjungen heuern, wie man hört, ja schon für 80 Euro bei den Taliban an und zeigen dann voll Stolz ihre Kalaschnikow und ihre in China produzierte Panzerfaust vor den Kameras: dazu die entschlossenen Mienen. Nichts auf der Hacke, aber stolz. Das waren die Afghanen immer, schon zur Zeit Alexanders des Großen (in Afghanistan seit 322 vor (!) Christus, und viel hat sich in den Bergdörfern seit damals nicht geändert).

> Das deutsche Geld wird – trotz Drogen-Millionen – sicher gern genommen

Wer sind eigentlich die Taliban? Sie sind eine politische Vereinigung, die sich auf den Islam beruft, zunächst waren sie nichts weiter als eine unbedeutende Sekte innerhalb Afghanistans und Pakistans, die vom US-Geheimdienst ab 1980 gegen die russischen Besatzer des Berglandes in Stellung gebracht, bezahlt und mit modernen Waffen ausgerüstet wurde. Sie zwangen 80000 bis an die Zähne bewaffnete, aber schlecht motivierte russische Soldaten zum Abzug, übernahmen die Macht und zeigten der Welt, was sie für eine radikalislamische Republik hielten. Sie sprengten in der Welt einmalige Buddha-Statuen in die Luft und schossen mit Schnellfeuer-Kanonen den Rest weg wie ein Glasröhrchen in der Schießbude auf dem Jahrmarkt. Sie schlossen alle Mädchenschulen und verboten Frauen zu studieren oder zu arbeiten und verbannten die weibliche Hälfte der Bevölkerung in die Burka, ein tragbares Dunkelzelt mit Sehschlitzen. Ihre Sache? Aber sie stellten das von ihnen eroberte Afghanistan als Schutzraum und Trainingslager für die größte Terrororganisation Al Kaida und ihre Selbstmord-Kommandos zur Verfügung. Sie griffen schon seit ihrer Machtübernahme in Kabul über die Grenze nach Pakistan und damit nach den dort stationierten Atomwaffen.

Nicht die Kulturfeindlichkeit der Taliban oder die unterdrückten Frauen, sondern die Al-Kaida-Anschläge auf New York waren für die Amerikaner Grund genug, Afghanistan militärisch anzugreifen, unter Berufung auf das Recht auf Selbstverteidigung nach Artikel 51 der UN-Charta.

Den Staat Afghanistan militärisch in die Knie zu zwingen war verhältnismäßig leicht. Die Taliban aber wurden nie besiegt. Sie wichen in die unzugänglichen Berglandschaften aus und sickerten vor allem in die Grenzgebiete zu Pakistan ein, wo sie in den letzten Jahren immer erfolgreicher operierten. Von hier aus eroberten sie die Macht in ganz Afghanistan wieder zurück. Gleichzeitig forderten die Massenmedien in den USA und den verbündeten Staaten immer stärker den Abzug aller Truppen aus dem Land am Hindukusch. Die Stimmung in den USA schlug um. In Deutschland befürworteten in einer kürzlich durchgeführten Umfrage 69 Prozent der Bundesbürger den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Von Präsident Obama erwarteten seine Wähler die Beendigung des Krieges am Hindukusch. Die deutschen Soldaten, ursprünglich zum Schutz der Bevölkerung und zum Aufbau des Landes bestimmt, sind nur noch mit der Rettung ihrer eigenen Haut beschäftigt, müssen inzwischen selbst von 6000 US-Soldaten geschützt werden. Schießen oder gar den Gegner angreifen sollen sie nach dem Zwischenfall mit dem Tankwagen bei Kundus am liebsten gar nicht mehr. Wo aber ist der Unterschied zwischen einem Taliban und einem Zivilisten? Taliban-Kämpfer tragen keine Uniform, die Deutschen aber sind leicht zu finden und durch Sprengfallen, Attentate, Selbstmordkommandos oder durch direkten Beschuss anzugreifen.

> Taliban-Kämpfer tragen keine Uniform – wie will man sie da erkennen?

Was tun, Deutschland? Für die evangelische Landesbischöfin und EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann ist die Anwort sehr einfach: abziehen. Es gibt keinen gerechten Krieg, verkündete sie. Zum Krieg gegen Hitler sagte sie, statt Deutschland gewaltsam zu befreien, hätten die Alliierten lieber vorher Strategien entwickeln und „die Opposition in Deutschland stärken sollen“. Donnerwetter. Vielleicht gab es ja tatsächlich gemäßigte Nationalsozialisten? Wenn das so ist? Also her mit den sanften Taliban. Westerwelle hat den Traum fest im Visier. Wie eine Fata Morgana. Doch wir halten uns lieber an seinen – militärischen – Chef.

Was tut Obama? Er tut zunächst einmal gar nicht gemäßigt, sondern beschloss die Stationierung weiterer Truppen in großer Anzahl. Amerikas Hilfsvölker folgen, wenn auch zögernd. Zunächst 850 deutsche Soldaten gehen zusätzlich in das Land am Hindukusch. Unterstützt von den mit 80 Euro pro Bart von Deutschland besänftigten Taliban.

Machen wir uns nichts vor: Der Krieg ist verloren, und die afghanischen Frauen und Mädchen werden die Schulen und Universitäten wieder verlassen und die Burka anziehen. Oder in den Westen flüchten und dort mit Frau Käßmann über gerechte Kriege diskutieren, Plakate basteln und Handzettel verteilen. Und dann werden sie gut integrierte Migrantinnen sein.

Vielleicht hofft Obama auf ein Wunder. Er ist ja gläubig. Gottes Wege sind unergründlich. Eines allerdings noch sehr fernen Tages haben die Taliban ein Einsehen und schließen ein Abkommen mit den USA und laden US-Touristen ins Land, die zusammen mit chinesischen, indischen und russischen Urlaubern das Land friedlich erobern und sich die vielen Berg-Bunker und Unterstände zeigen lassen und den Schlupfwinkel von Bin Laden – so, wie heute die Vietcong-Tunnel in Vietnam besichtigt werden. All inclusive. Gott und Frau Käßmann werden siegen.

Oder aber doch Allah? Dann allerdings – gnade uns Gott.

Mehr in Klaus R. Röhls „Die Verbotene Trauer“ (Neuauflage). Vorwort von Erika Steinbach.

»Jude, reich und talentiert«

Max Liebermann wurde zum führenden deutschen Impressionisten – Zuvor aber empörte er die Bürger

Er hat mit seiner Kunst die Gemüter bewegt, und er hat die Kunst in Deutschland ein Stück weit nach vorn gebracht. Max Liebermann, der Künstler und Kunstpolitiker, starb vor 75 Jahren.

Die Empörung war groß: Der Sohn Gottes ein schmutziger, „naseweiser Juden-Bengel"? Unerhört! Kaum ein Liebermann-Gemälde hat solch einen deutschlandweiten Skandal hervorgerufen wie „Der zwölfjährige Jesus im Tempel" von 1879. Man entrüstete sich über die ungewohnt naturalistische Darstellung des Jesusknaben. Und überhaupt: Wie konnte er als jüdischer Maler es überhaupt wagen, das christliche Thema zu malen? Die öffentliche Empörung war so groß, dass sich sogar der Bayerische Landtag damit beschäftigte. Liebermann selbst war letztendlich so „beeindruckt", dass er mehr oder weniger Abstand von religiösen Themen nahm. Anerkennung dagegen fand er in der Haltung des Prinzregenten Luitpold aus dem Hause Wittelsbach, der den Maler in seinem Münchner Atelier besuchte. Kurz nach der Eröffnung der Ausstellung der Münchner Sezession, auf der das umstrittene Gemälde zum ersten Mal zu sehen war, bat er um einige Erläuterungen zur Kunstbetrachtung. Liebermanns Kollegen hätten das Bild so hoch gepriesen, dass er dessen künstlerische Besonderheiten kennenlernen wolle.

»Arme-Leute-Maler« empört mit unmöglichen Motiven

Eine Ausstellung in der Liebermann-Villa am Berliner Wannsee präsentiert derzeit das Skandalbild erstmals zusammen mit allen erhaltenen Vorarbeiten, Ölstudien, Skizzen und Zeichnungen. Sie gibt Aufschluss über seine Entstehung und zeigt Liebermanns Vorbilder: Werke von Adolf Menzel, Rembrandt und anderen Künstlern. Dokumente und Texttafeln veranschaulichen die historische Kontroverse. Auf außergewöhnliche Art und Weise verbindet die Ausstellung damit Kunst-, Kultur- und Zeitgeschichte.

Es war nicht das erste Bild, mit dem Max Liebermann das Publikum erschreckte. Schon 1872 hatten seine „Gänserupferinnen" Entrüstung bei den Besuchern einer Ausstellung in der Hamburger Kunsthalle hervorgerufen. Frauen bei einer solchen Arbeit darzustellen – undenkbar. Liebermann war bald als „Arme-Leute-Maler" verschrien. Und gar erst das Porträt, das er 1890 im Auftrag des Kunsthallendirektors Alfred Lichtwark von Bürgermeister Carl Friedrich Petersen malte! Die Hamburger Kunstwelt – und auch der Porträtierte – waren derart entsetzt von der Darstellung, dass Liebermanns Werk jahrelang (bis 1905) hinter einem Vorhang in der Kunsthalle verborgen bleiben musste.

Bald aber wuchs das Interesse der Sammler und Kunstfreunde am Schaffen des Malers, hatte Liebermann doch mittlerweile neue Themen und die Sichtweise der Impressionisten für sich entdeckt. Seine Freundschaft mit Alfred Lichtwark, der ihn erst mit der Stadt an der Elbe und ihren Menschen bekanntmachte, tat das ihre. Lichtwark war es, der für seine Sammlung von Bildern aus Hamburg Werke von Max Liebermann einforderte. Im Juli / August 1902 war Liebermann dann auf Einladung Lichtwarks in Hamburg, wo er in dem schon damals vornehmen Hotel Jacobs an der Elbchaussee wohnte. Es entstanden Skizzen und Studien für Arbeiten, die er später in seinem Berliner Atelier ausführte, darunter auch die berühmte Ansicht der Terrasse im Restaurant Jacobs.



Max Liebermann: Der zwölfjährige Jesus im Tempel (Öl, 1879) Bild: Archiv

Insgesamt 23 Arbeiten entstanden, und alle – Gemälde, Pastelle und Zeichnungen – wurden von der Hamburger Kunsthalle angekauft. Lichtwark war froh, „denn dem in Liebermanns Art nicht Eingeweihten erleichtern sie den Zugang, und dem Freunde seiner Kunst gewähren sie den Genuss des Miterlebens".

Ausgedehnte Studienreisen hatten den 1847 in Berlin geborenen Spross einer großbürgerlichen jüdischen Unternehmerfamilie schon früh nach Frankreich (1873–78) geführt. Holland wurde ihm über 40 Jahre hinweg zur jährlich besuchten „Malheimat". Statt sozialer Anklage suchte Liebermann unverstellte Natürlichkeit und fand dabei die „Poesie des einfachen Lebens". Um die Mitte der 1890er Jahre begann Liebermanns aktive Auseinandersetzung mit dem Impressionismus. In den holländischen Seebädern Scheveningen und Noordwijk malte er vor der Weite der unendlichen Dünenlandschaft und des Meeres mit lockeren Pinselstrichen und leuchtenden Kreidefarben, oft nur skizzenhaft angedeutet, die bunte Ferienwelt städtischer Sommerfrischler, Szenen und Panoramen, die seinen Ruf als führenden deutschen Impressionisten begründen. Der Stellung Liebermanns im Kreise der deutschen Impressionisten kann der Besucher einer Ausstellung im Dortmunder Museum für Kunst und Kulturgeschichte nachgehen. Sie zeigt Werke von Mitgliedern der 1898 gegründeten Berliner Sezession aus dem Bestand der Alten Nationalgalerie, darunter solche von Max Slevogt, Lovis Corinth und Walter Leistikow. Bereits 1892 hatte Max Liebermann sich mit dem Bromberger Leistikow zusammengefunden

Max Liebermann wurde zum »heimlichen Kaiser«

und die „Gruppe der XI" gegründet, einen Vorläufer der Berliner Sezession. 1899 stand er als Präsident dieser Vereinigung vor, die sich vor allem gegen den akademischen Malbetrieb im Kaiserreich, dominiert von Anton v. Werner, wandte. Unter Liebermanns Leitung wurde die Berliner Sezession mit ihren richtungsweisenden Ausstellungen zur wichtigsten Kraft im Berliner Kunstleben und Liebermann zum „heimlichen Kaiser" – geachtet und gefürchtet. „Ich hatte zu viele Feinde", hat der Malerfürst einmal gesagt, „ich bot ja auch drei Angriffsflächen. Ich war erstens Jude, zweitens reich und drittens hatte ich auch Talent. Eines davon hätte doch genügt." – Max Liebermann starb am 8. Februar 1935 in Berlin. *Silke Osman*

Die Ausstellung in der Liebermann-Villa ist bis zum 1. März täglich außer dienstags von 11 bis 17 Uhr zu sehen, Eintritt 6 / 4 Euro. Die Ausstellung im Museum für Kunst und Kulturgeschichte der Stadt Dortmund, Hansastraße 3, ist bis Mitte April dienstags, mittwochs, freitags und sonntags von 10 bis 17 Uhr, donnerstags von 10 bis 20 Uhr sowie sonnabends von 12 bis 17 Uhr geöffnet.

IN KÜRZE

Alfred Partikel in Ahrenshoop

Im Kunstkaten von Ahrenshoop sind bis 16. März Werke von Alfred Partikel (1888–1945) zu sehen. Von 1921 bis 1945 lebte und arbeitete der im ostpreußischen Goldap geborene Maler jeden Sommer in Ahrenshoop. Kein anderer Maler der Klassischen Moderne war wie er in dem Fischer- und Künstlerdorf zu Hause. Die Liebe hatte ihn in das Ostseebad auf der Halbinsel Fischland-Darß-Zingst geführt, wo die Eltern seiner Frau Dorothea Körte ein Sommerhaus besaßen. 1925 baute das Paar dort ein eigenes Haus in der Dorfstraße 32. Im Februar 1945 war der Künstler mit dem Fahrrad aus Königsberg, wo er als Professor für Landschaftsmalerei arbeitete, nach Ahrenshoop geflüchtet. Wenige Monate später verschwand er auf mysteriöse Weise beim Pilzesammeln. Gerhard Marcks widmete seinem Freund einen Gedenkstein. Eine Kopie steht vor dem Kunstkaten. *H.S.*

Hommage an Schumann

In diesem Jahr wird der 200. Geburtstag von Robert Schumann gefeiert. Das Mecklenburgische Staatstheater Schwerin erinnert in dieser Spielzeit am 22., 23. und 24. Februar mit dem 4. Sinfoniekonzert an den berühmten Musiker. In Leipzig, wo der Komponist einen Großteil seines Lebens zubrachte, ist die Liste der Veranstaltungen entsprechend lang. In seinem ehemaligen Wohnhaus, Inselstraße 18, ist man dem Komponisten und seiner Familie besonders nah. Es ist Veranstaltungsort für viele Konzerte, Liederabende und Lesungen. Besonderer Höhepunkt ist die Schumann-Festwoche vom 9. bis 19. September; das Eröffnungskonzert dazu findet im Gewandhaus, das Abschlusskonzert in der Peterskirche statt. Informationen im Internet unter www.schumann-verein.de oder www.schumannjahr2010.de. *H.S.*

Grenzen überwunden

Schweizer Ausstellung zeigt Henri Rousseau als Pionier der Moderne

Sie sind Hausfrauen, Landwirte, Handwerker, Beamte und Ärzte. Sie malen aus Liebe zur Kunst, haben allerdings nie Kunstunterricht gehabt, und ihre Arbeiten entstehen ohne Kenntnisse von Anatomie und Perspektive. Die Themen sind Familienleben, Darstellungen des Alltags und des Berufs, biblische Szenen. Mensch, Tier und Pflanze, Stadt und Land sind die Motive. Die künstlerischen Stile gleichen sich.

Autodidakt wird bewunderter Maler

Sie zählen sich zu den „naiven Künstlern" und beziehen sich auf Henri Rousseau, den Zöllner. Ob der Franzose tatsächlich in diese Kategorie einzuordnen ist, dieser Frage geht im 100. Todesjahr des Künstlers eine Ausstellung der Fondation Beyeler in Riehen bei Basel nach. Etwa um 1900 wurde die Kunst der Laien in Paris zuerst von modernen Künstlern entdeckt. Heute weiß man, dass Henri Rousseau (1844–1910) mit seiner Malerei Grenzen überwunden und neues Terrain betreten hat. Er, der keine Kunstschule besucht hatte und zunächst nur in seiner Freizeit Bilder malte, die außerhalb der akademischen Tradition lagen, schaffte den Durchbruch in den Pariser Salons erst spät. Dichter wie Apollinaire und Künstler wie Picasso, Léger und Delaunay erkannten als erste seine herausragende Begabung. Die Baseler Ausstellung mit rund 40 seiner Meisterwerke zeigt die Bedeutung des Pioniers der klassischen Moderne. Neben Porträts und poetischen Bildern französischer Stadtlandschaften sind es vor allem die Dschungelbilder, die faszinieren. Auch wenn Rousseau nie einen Urwald gesehen hat (er malte im zoologischen Garten, auch diente ihm ein Tierbilderbuch als willkommene Vorlage), so hat er sich den Dschungel und seine Bewohner in seiner Malerei erschaffen. Philipp Büttner, Kurator der Fondation Beyeler, sieht in Rousseau alles andere als einen naiven Künstler: „Rousseau negierte die Fläche nicht, er gestaltete sie. Er malte die Dinge nicht ab, sondern ließ sie auf seinen Leinwänden neu entstehen … Keiner gestaltete den Raum so bedingungslos wie Rousseau. Das ist sein Verdienst, und das hat rein gar nichts mit Naivität zu tun." *os*



Henri Rousseau: Urwaldlandschaft mit untergehender Sonne (Öl, um 1910) Bild: Kunstmuseum Basel

Die Ausstellung im Beyeler Museum, Baselstraße 101, Riehen / Schweiz, ist vom 7. Februar bis 9. Mai täglich von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 20 Uhr geöffnet.

Klassiker der Filmkunst

Auf der 60. Berlinale wird Original von »Metropolis« gezeigt

Nimm zehn Tonnen Grausen, gieße ein Zehntel Sentimentalität darüber, koche es mit sozialem Empfinden auf und würze es mit Mystik nach Bedarf; verrühre das Ganze mit Mark (sieben Millionen) und du erhältst einen prima Kolossalfilm", schrieb der „Simplicissimus" 1927 verhöhnend nach der Premiere des Films „Metropolis". Selbst der Regisseur Fritz Lang (1890–1976) soll später bekannt

»Ein prima Kolossalfilm«

haben: „Ich mochte den Film nie wirklich gerne." Trotz der allseits vernichtenden Kritik gilt „Metropolis" heute als ein Klassiker der expressionistischen Filmkunst. Auf der 60. Berlinale wird er nun nach mehr als 80 Jahren erstmals wieder in (fast) voller Länge gezeigt. Für alle, die in Berlin nicht dabei sein können, überträgt Arte den Film am 12. Februar ab 20.15 Uhr.

Die Geschichte, die Thea von Harbou, die Ehefrau des Regisseurs, schrieb, war in der Tat abenteuerlich: Der alleinige Herrscher über Metropolis, einer Stadt mit Hochhäusern, die von Arbeitern tagein, tagaus bewirtschaftet werden, ist Joh Fredersen, der Gründer der Stadt. Sein Widersacher ist sein ehemaliger Weggefährte, der Erfinder eines weiblichen Roboters Rotwang. Der



Bei den Dreharbeiten: Brigitte Helm als Maria in den Katakomben von Metropolis Bild: Deutsche Kinemathek

Roboter wiegelt die Arbeiter zum Sturm auf die Maschinen auf. Bevor Metropolis vollkommen zerstört wird, versöhnen sich der Herrscher und die Arbeiter.

Noch abenteuerlicher als diese Geschichte ist die Geschichte des Films. Mit seinen drei Millionen Nettokosten brachte er die Ufa an den Rand des Ruins. Außerdem hatte Lang sich mit der Produktionsfirma überworfen. Obwohl 40 Kopien des Films gezogen waren, wurde „Metropolis" nur in einem Berliner Kino gezeigt und bald wegen geringen Interesses wieder abgesetzt. Auch die um eine halbe Stunde gekürzte Fassung fand kein Publikum. Erst später interessierten sich Fachleute für die ursprüngliche Fassung. Und so war man froh, als vor zwei Jahren in Argentinien eine Originalfassung gefunden wurde. Mit allen technischen Finessen gelang es, den Film wieder herzustellen und auch die ursprüngliche Körnigkeit zu erhalten. Und so wird man dieses von Experten als cineastisches Meisterwerk gerühmte Epos in etwa so betrachten können wie die Zuschauer 1927 im Kino am Nollendorfplatz. *os*

Wie Dresden zerstört wurde

Vor 65 Jahren fiel Sachsens Hauptstadt vier Terrorangriffen zum Opfer – Die Zahl der Toten ist bis heute ein Politikum

Am 25. Januar 1945 gab der britische Ministerpräsident Winston Churchill seinem Luftfahrtminister Sir Archibald Sinclair den Befehl, Städte in Mitteldeutschland anzugreifen. Der Air Chief Marshal Charles Portal hatte zunächst gezögert, weil er keinen militärischen Sinn darin sah; für Dresden zumal, der größten dieser Städte, gab es nicht einmal Zielkarten. Dennoch folgte er der Weisung des Premierministers.

Am 8. Februar startete die 1. Ukrainische Front eine Großoffensive aus den Oderbrückenköpfen Steinau und Leubus. Die Rote Armee begann, die schlesische Hauptstadt Breslau einzuschließen. Am 17. Februar nahm sie Liegnitz ein. Bis zur sächsischen Landeshauptstadt Dresden waren es noch 170 Kilometer.

Am 13. Februar wurde um 21.40 Uhr in Dresden Fliegeralarm gegeben. Von 22.09 bis 23.28 Uhr warfen 235 viermotorige „Lancaster"-Bomber, die entwickelt worden waren, um große Bombenmengen über weite Entfernungen zu transportieren und als Bombenteppiche beispielsweise über Wohngebieten abzuwerfen, 198 Minen-, 120 Spreng- und 205 428 Brandbomben auf die Altenstädter Innenstadt. Sie stießen kaum auf Luftabwehr, weil die Flakgeschütze im Februar an die Ostfront verlegt worden waren. Die schweren Sprengbomben („Wohnblock-Knacker") erzeugten Druckwellen, die Dächer abdeckten, Fenster eindrückten und Brandmauern einstürzen ließen. In die so aufgerissenen Häuser regneten dann die Brandbomben, die das Mobiliar, die Dachstühle und so weiter in Brand setzten. Die dann folgenden Sprengbomben zwangen die Menschen, in den Luftschutzkellern zu bleiben und so zu ersticken oder zu verbrennen. Lösch- und Bergungstrupps wurden getroffen, Wasserleitungen zerstört, Feuerwehren vernichtet. Die Folge waren unkontrollierte Großbrände, die sich rasch zu einem nicht zu löschenden Feuersturm über eine Fläche von 15 Quadratkilometern vereinigten.

Von 1.30 bis 1.45 Uhr folgte ein weiterer Angriff mit Spreng- und Brandbomben. Da die Alarmanlagen zerstört waren, konnte die Bevölkerung nicht einmal mehr gewarnt werden. Am Mittag des 14. Februar griff schließlich die 8. US-Luftflotte mit 311 B-17-Bombern („Flying Fortress") und zirka 200 Jagdbombern vom Typ „Mustang" an. Sie warfen schwere Sprengbomben und Container mit je 110 Stabbrandbomben auf das brennende Dresden. Einen Tag später warfen kurz vor 12 Uhr mittags 210 US-amerikanische „Fliegende Festungen" und 141 Begleitjäger weiträumig verstreut etwa 3700 Sprengbomben. Diese vierte Angriffswelle bleibt in vielen Berichten über die Zerstörung Dresdens merkwürdigerweise unerwähnt. Die zahlreichen Kasernen am Stadtrand Dresdens wurden ebenso wie viele Rüstungswerke verschont. Ziel war offenkundig, möglichst viele Frauen und Kinder zu töten, um die Kampfmoral der Deutschen zu erschüttern.

Von nah und fern wurden Rettungskräfte in Marsch gesetzt: Feuerwehr, Soldaten, Hitlerjungen und BDM, Organisation Todt, Rotes Kreuz – sie spannten alle Kräfte an, um so viele Menschen wie möglich aus der Flammenhölle zu retten. In vielen Fällen blieb nur noch übrig, die Toten zu bergen und in Massengräbern beizusetzen.

Die große Zahl war in der kurzen Zeit nicht zu bewältigen; Tausende mussten daher zwischen dem 20. Februar und dem 3. März verbrannt werden. Ihre Anzahl ist umstritten. Offiziell betrug sie 6 858. Wolfgang Schaarschmidt kommt in der neuesten, überarbeiteten Ausgabe seines überaus gründlichen Buches „Dresden 1945 – Daten, Fakten, Opfer" zu einer höheren Zahl.



Dresden nach den Angriffen: Eine Stadt voller Leichen und Trümmer Bild: Getty

Die Ermittlung der Verluste konnte durch das Kriegsende nicht abgeschlossen werden. Knapp ein Vierteljahr nach den Angriffen besetzte die Rote Armee Dresden. Die bis dahin zuverlässig geführte Verlustkartei der Vermisstennachweiszentrale ist nicht mehr vollständig erhalten. Man muss davon ausgehen, dass ein Teil davon in die Sowjetunion verbracht worden ist. In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer wieder unterschiedliche Todeszahlen genannt. Vor Kriegsende wurden keine Zahlen veröffentlicht, auch wenn das immer wieder fälschlich behauptet wird. Während der DDR-Zeit richteten sich die genannten Zahlen nach dem Stand des Kalten Krieges. Sie schwankten zwischen „mehr als 300 000" (Hans Loch, stellvertretender Vorsitzende des DDR-Ministerrats, 1955) und 35 000 identifizierten Leichen (Bürgermeister Berghofer 1988). Das Statistische Bundesamt im Westen, das die Gesamtverluste im Luftkrieg 1962 mit 635 000 Luftkriegstoten bezifferte, davon 570 000 deutsche Zivilisten, 32 000 ausländische Arbeiter und alliierte Kriegsgefangene, 25 000 Wehrmachtangehörige und 32 000 Angehörige von Polizei, Feuerwehr und Sicherheits- und Hilfsdienst (SHD), ging von 60 000 toten Dresdnern aus. Als der damals noch in Dresden lebende ehemalige Leiter der Abteilung Tote in der Vermisstennachweiszentrale, Hanns Voigt, der es wohl wissen musste, von 40 000 identifizierten Toten sprach und die Ansicht vertrat, insgesamt dürften 135 000 Tote ungefähr die richtige Zahl sein, wurde er von den DDR-Behörden heftig angegriffen – inzwischen hatte sich die politische Lage im Kalten Krieg offenbar verändert – und als „Nazi-Funktionär" verleumdet, was, wie Schaarschmidt nachweist, nicht stimmt. Erwiesen hat sich, dass der lange nach Kriegsende in zwei Versionen aufgetauchte angebliche „Tagesbefehl" des Befehlshabers der Ordnungspolizei Dresden, in dem von über 200 000 Toten die Rede war, eine plumpe Fälschung war.

Eine vom damaligen Dresdner Oberbürgermeister Ingolf Roßberg eingesetzte Historikerkommission unter der Leitung des Professors Rolf-Dieter Müller vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt sollte, so der offizielle Auftrag, die Verlustzahlen so ermitteln, dass „rechtskonservativen und neonationalistischen Kreisen" der Wind aus den Segeln genommen werde. Sie forscht nun seit mehr als fünf Jahren. Müller nannte immer mal wieder von ihm festgestellte Zahlen, die immer weiter schrumpften. Inzwischen liegt Müller bei mindestens 18 000 und höchstens 25 000. Das Ergebnis soll im Frühjahr der Öffentlichkeit übergeben werden.

Im Frühjahr soll eine neue Opferzahl verkündet werden

Wolfgang Schaarschmidt belegt seine Forschungsergebnisse mit einer Unzahl von Quellen. Er kommt zu dem Schluss: „Im Februar und März 1945 (sind durch) angloamerikanische Terrorangriffe mindestens 100 000 Menschen (in Dresden) getötet worden. Schätzungen von 100 000 bis 150 000 sind begründet."

Hans-Joachim von Leesen

Paris und die Bombe

1960 explodierte die erste französische Atombombe, 1968 folgte die Wasserstoffbombe

Am 13. Februar 1960 um 6.30 Uhr explodierte in der algerischen Sahara 50 Kilometer südwestlich von Reggane das Ergebnis der Operation „blaue Wüstenspringmaus". Es besaß mit 70 Kilotonnen fast die vierfache Sprengkraft der Hiroshima-Bombe. So trat die „Force de frappe" in die Welt, die „Macht, um zuzuschlagen". Und Frankreich hatte, nach den Worten seines Staatschefs Charles de Gaulle, „ein politisches Mittel, um mit am Tisch der Großmächte zu sitzen".

Für de Gaulle war die Verfügungsgewalt über Atombomben eine unabdingbare Voraussetzung nationaler Unabhängigkeit. Im Juni 1944 hatte er erfahren, dass die USA eine Atomwaffe entwickelten. Wollte er nach dem Kriege, seinem Lebensziel folgend, Frankreich wieder zu alter Größe erheben, dann musste es Mitglied des Klubs der Atommächte werden. Schon am 18. Oktober 1945 ließ er das „Commissariat a l'Energie Atomique" (CEA) gründen, das nicht nur zivilen Zwekken diente und außerhalb des ordentlichen Staatshaushaltes abgerechnet wurde.

Nach seinem einstweiligen Rücktritt als Ministerpräsident der provisorischen Regierung im Januar 1946 machte sich die Vierte Republik seine Zielsetzung vollständig zu eigen. Frankreichs Machtpotential war deutlich geschrumpft, und nun bot ihm die Atombombe einen Ersatz für den Verlust seiner Kolonien, für die dabei in Indochina und Algerien erlittenen Niederlagen seiner Armee, für die in der Suez-Krise eingesteckte Demütigung. Nachdem de Gaulle im Mai 1958 wieder an die Macht gekommen war, trieb er die Entwicklung verstärkt voran und drang auch, ohne Rücksicht auf die Kosten, auf den Bau einer Wasserstoffbombe. Aber erst im August 1968 konnte die erste französische H-Bombe gezündet werden.

De Gaulles Ziel waren Unabhängigkeit und Großmachtstatus

Ende 1959 erklärte de Gaulle in einem seiner legendären Fernsehansprachen die Gründe für Frankreichs Atomrüstung. So bestehe zwar zwischen Ost und West ein friedenserhaltendes Gleichgewicht des Schreckens, aber das könnte einmal kippen. Zudem könnten sich die Supermächte über den Kopf der Kleinen hinweg einigen, und dies am Ende gar darauf, einen Atomkrieg auf den europäischen Kriegsschauplatz zu beschränken. Würden zur Rettung von Paris oder Rom die USA wirklich sowjetische atomare Vergeltungsangriffe auf ihre Ballungszentren riskieren, fragte de Gaulle rhetorisch. Mit seinen Atomwaffen, so de Gaulles Quintessenz, diene Frankreich also der friedenserhaltenden Abschreckung. Gegen den Einwand, das französische Potenzial falle wegen seiner geringen Dimension nicht ins Gewicht, führten die Befürworter der „Force de frappe" ins Felde, dass es immer noch groß genug sei, einem Angreifer einen Schaden zuzufügen der größer sei als jeder Vorteil, den ihm eine atomare Auslöschung Frankreichs bringen könne.

Paris bleiben zwei »Großmachtsymbole«: Uno-Sitz und Bombe

Die höchste Steigerung erfuhr der atomare Ehrgeiz Frankreichs durch das Streben nach der „defense tous azimuts" (Rundum-Verteidigung). So verfocht de Gaulle das Ziel, dass sein Land mit seiner Atommacht überall auf dem Globus zuschlagen könne, um allen Eventualitäten zukünftiger politischer Entwicklungen gewachsen zu sein. Daraufhin wurde der Franzose des senilen Größenwahns bezichtigt. Angesichts der sich dabei aufdrängenden Frage, ob „tous azimuts" auch gegen die USA gerichtet sei, wurde in den offiziösen Verlautbarungen ziemlich schnell zurückgerudert. 1968/69 war dann nur noch von einem hypothetischen Angriff aus dem Osten die Rede.

Die Atomtests erfolgten bis 1967 in der Sahara, dann lief die mit dem seit 1962 unabhängigen Algerien ausgemachte Frist aus. Nun mussten im pazifischen Französisch-Polynesien die Atolle von Mururoa und Fangataufa für Probe-Explosionen herhalten. Im März 1996 trat Frankreich dem Vertrag von Rarotonga bei, der den Südpazifik zur atomwaffenfreien Zone erklärte. Einen Monat später unterschrieb Präsident Jacques Chirac den „Comprehensive Test Ban Treaty", der Atomversuche gänzlich verbot und nur noch die Computer-Simulation zuließ.

Die „Force de frappe" bleibt ein Herzstück französischen Stolzes, egal, ob der Präsident gerade Gaullist ist oder nicht, denn nach dem Ende der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes bleiben Frankreich nur noch zwei Trumpfkarten weltweiter Geltung: seine Veto-Macht als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates – und seine Atomwaffen.

Bernd Rill

Rübergeschwappt

Die Boy Scouts of America werden 100

Vor 100 Jahren schwappte die ursprünglich britische Pfadfinderbewegung über den Großen Teich nach Amerika rüber. Am 8. Februar 1910 gründete der Unternehmer und Philanthrop William D. Boyce gemeinsam mit weiteren Geschäftsleuten die Boy Scouts of America.

Einer Gründungslegende nach hatte Boyce die Pfadfinderbewegung auf einer Reise in deren Ursprungsland kennengelernt. Als der US-Amerikaner im berüchtigten Londoner Nebel die Orientierung verloren hatte, war es ein bis heute unbekannter Pfadfinder, der ihn zu seinem Ziel führte. Als der Erwachsene den Jungen hierfür materiell belohnen wollte, lehnte dieser ab. Beeindruckt von diesem Engagement informierte sich Boyce über die Pfadfinder und traf sich auch mit deren Gründer Robert Baden-Powell. Überzeugt von der Idee, hat er dann mit Gleichgesinnten etwas Vergleichbares in seiner Heimat aufgezogen: die Boy Scouts of America.

Es gibt allerdings auch die profanere These, dass den Verlagsbesitzer an den Pfadfindern weniger deren gute Taten als deren Konsumverhalten beeindruckt habe. Immerhin waren im damaligen Großbritannien die Pfadfinderzeitschriften die erfolgreichsten und auflagenstärksten Jugendzeitschriften des Landes.

In einem Jahrhundert über 100 Millionen Mitglieder

Wie dem auch sei, die von ihm gegründeten Boy Scouts of America wuchsen schnell. Sowohl bereits existierende als auch später gegründete vergleichbare Zusammenschlüsse wurden absorbiert. Dieses wird darauf zurückgeführt, dass die Organisation bereits frühzeitig die Nähe und Unterstützung des Staates suchte. So wurde bereits bei der Gründung dem amtierenden Staatspräsidenten der Ehrenvorsitz angetragen, eine Tradition, die bis heute ungebrochen ist. Weitere Unterstützung erfahren die Scouts durch religiöse Gemeinschaften, Schulen, Unternehmen und Gewerkschaftsverbände, die den gut 122 000 örtlichen Gruppen Treffpunkte zur Verfügung stellen und auch finanzielle Unterstützung gewähren.

Heute haben die Boy Scouts of America rund drei Millionen Mitglieder. Um die Jahrtausendwende überschritt die Gesamtzahl aller Mitglieder seit 1910 die 100-Millionen-Grenze.

Manuel Ruoff

Brücke zwischen Reich und Exklave

Der vor 90 Jahren eingerichtete Seedienst Ostpreußen umging den »polnischen Korridor«

Für die Gründung einer Schifffahrtslinie gibt es gemeinhin wirtschaftliche Gründe. Bei dem am 29. Januar 1920 ins Leben gerufenen Seedienst Ostpreußen waren dagegen politische Erwägungen ausschlaggebend. Die „weiße Brükke über die Ostsee" warf kaum Gewinn ab und florierte doch fast 20 Jahre lang.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Ostpreußen infolge des Versailler Vertrages durch den „polnischen Korridor", der Polen einen Zugang zum Meer verschaffte, vom Restreich getrennt. Der Verkehr zu Lande zwischen dem Deutschen Reich und seiner Exklave war in beiden Richtungen mit erheblichen Unannehmlichkeiten verbunden, da er über polnisches Territorium verlief. Der Bahnverkehr durch den Korridor musste in verplombten Zügen erfolgen, bei denen teilweise sogar die Fenster verhängt wurden. Im Straßenverkehr mussten sich die Reisenden schikanösen Kontrollen und Behinderungen durch die polnischen Behörden unterwerfen. Auch der Güter- und Posttransport wurde von polnischer Seite immer wieder behindert. Flugzeuge, die von und nach Ostpreußen flogen, wurden wiederholt von Polen beschossen. Ein gesicherter Verkehr zwischen Ostpreußen und dem Kernland des Deutschen Reiches war damit nur auf dem Seeweg möglich.

Um die Exklave Ostpreußen verkehrsmäßig besser an das Mutterland anzubinden, den Reisenden den beschwerlichen Landweg durch den Korridor zu ersparen und die Versorgung der Provinz sicherzustellen, richtete das Reichsverkehrsministerium den Seedienst Ostpreußen ein, der zunächst die Häfen Pillau und Zoppot mit den Häfen in Pommern verband. Anfänglich verfügte der Seedienst Ostpreußen über keine eigenen Schiffe. Vielmehr wurde die Linie im Charterbetrieb von privaten Reedereien bedient. Bereits am 31. Januar 1920 lief die „Hansa" der Hapag von Swinemünde nach Pillau aus. Bald darauf setzte die Reederei auch das Dampfschiff „Helgoland" auf der Strecke ein, die in 15 Stunden zurückgelegt wurde. Die Stettiner Dampfschiff-Gesellschaft J.F. Braeunlich beteiligte sich mit der „Odin", und der Bremer Norddeutsche Lloyd entsandte seinen Tender „Grüßgott" in die Ostsee. Zunächst verpflichteten sich die Hapag und Braeunlich zu vier wöchentlichen Fahrten. Doch schon bald sah der Sommerfahrplan gegen die Garantie einer Mindestfahrgastzahl tägliche Fahrten vor. Im Winter gab es wöchentlich vier bis fünf Fahrten zwischen Swinemünde und Pillau beziehungsweise Zoppot.

Nachdem die neue Verbindung von den Reisenden angenommen worden war, beteiligten sich auch das Königsberger Eisenbahn- und Schifffahrtsunternehmen Erich Haslinger, die Stettiner Reederei Gribel und die Reederei Meyhoefer aus Königsberg an dem Liniendienst. Im Jahre 1927 wurde die Strecke bis Elbing und Memel, 1930 bis Tilsit und Libau verlängert. Ab 1933 führte der Verkehr in der westlichen Ostsee weiter nach Warnemünde, Lübeck-Travemünde und Kiel und sogar bis Helsinki (schwedisch: Helsingfors).



Der Seedienst Ostpreußen: Eine „politische Schifffahrtslinie, die nie Gewinn erzielte und doch florierte" (Kurt Gerdau) Bild: Wikipedia

Schon nach wenigen Jahren zeigte es sich, dass die anfangs eingesetzten kleinen Schiffe dem Passagieraufkommen und auch den Ansprüchen an Komfort und Reisezeit nicht mehr gewachsen waren. So erhielt der Seedienst Ostpreußen im Jahre 1926 erstmals auch eigene Schiffe. Das Reichsverkehrsministerium kaufte die Passagierschiffe „Preußen" und „Hansestadt Danzig" und ließ sie durch die Reederei Braeunlich und den Norddeutschen Lloyd bereedern. Die beiden Neubauten waren mit über 2200 Bruttoregistertonnen gleich groß und konnten etwa 1400 Passagiere aufnehmen, für die über 1100 Kabinenplätze vorhanden waren. In der Hafffahrt konnten sie sogar knapp über 2000 Fahrgäste aufnehmen. Außerdem verfügten beide Schiffe über Einrichtungen zum Güter- und Pkw-Transport. Im Jahre 1935 kam mit der 5504 Bruttoregistertonnen großen „Tannenberg" das neue Flaggschiff hinzu, das von der Hapag betrieben wurde und 2000 Passagiere befördern konnte.

Die schneeweißen Schiffe mit dem markanten Schriftzug am Rumpf erfreuten sich beim Publikum großer Beliebtheit. Sie dienten nicht nur dem Linienverkehr zwischen Ostpreußen und dem Mutterland, sondern wurden auch für Ausflugs- und Vergnügungsfahrten genutzt.

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges beendete das kurze, aber erfolgreiche Dasein des Seedienstes Ostpreußen. Durch den Wegfall des Korridors war der Landweg nach Westen wieder frei, so dass eine sichere Seeverbindung von Ostpreußen nach der westlichen Ostsee nicht mehr erforderlich war. Der Linienverkehr wurde deutlich reduziert und 1944 endgültig eingestellt. Die „Preußen", die „Hansestadt Danzig" und die „Tannenberg" wurden von der Kriegsmarine vereinnahmt und zu Hilfsminenschiffen umgerüstet. Am 9. Juli 1941 gerieten die drei Schiffe östlich der Südspitze von Öland in eine schwedische Minensperre und sanken. Die anderen Schiffe des Seedienstes Ostpreußen traten wieder zu den Reedereiflotten und wurden in anderen Bereichen eingesetzt. Einige von ihnen kamen ebenfalls zur „grauen Dampferkompanie" und gingen in den Wirren des Krieges verloren. Die letzten beteiligten sich in der Endphase des Krieges an der Evakuierung der von der Roten Armee bedrohten Provinzen. Die Menschen, die nur wenige Jahre zuvor glückliche Stunden an Bord verlebt hatten, strebten jetzt auf den Schiffen in Todesangst nach Westen. Von sowjetischen Bomben in den Häfen zerschlagen oder von Torpedos auf See versenkt, hat letztendlich kaum eines der Fahrzeuge des Seedienstes Ostpreußen den Krieg überstanden. *Jan Heitmann*

Vielseitig in vielerlei Beziehung

Werner Hinz war ein ungemein vielseitiger Schauspieler. Über Jahrzehnte begleitete er das deutsche Publikum. Auf der Bühne war er ebenso zu sehen wie in Spielfilmen und Fernsehproduktionen – und das eine wie das andere überzeugend, eindringlich, bemerkenswert.

Hinz kam aus gutem Hause, wie man zu sagen pflegt. Der Vater war Kaufmann, er selber besuchte in Berlin eine Oberrealschule. Danach begann er eine kaufmännische und landwirtschaftliche Lehre. Wie so viele Künstler vor und nach ihm brach er jedoch die Ausbildung zum Brotberuf ab, um sich den Künsten zuzuwenden. Seiner Ausbildung an der Theaterschule von Max Reinhardt folgte eine erfolgreiche Bühnenkarriere mit Hauptrollen der Weltliteratur, die ihn schließlich in der Ära Gustaf Gründgens ans Deutsche Schauspielhaus in Hamburg führte.


Werner Hinz Foto: pa/akg

Bereits in seinem ersten Film, dem NS-Streifen „Der alte und der junge König" (1935), spielte er mit Friedrich dem Großen eine historische Persönlichkeit. Weitere folgten, wie Kronprinz Friedrich Wilhelm (Foto) oder Erwin Rommel bis hin zu Generaloberst Ludwig Beck in der Nachkriegsdokumentation „Der 20. Juli" (1955). Doch auch in anspruchsvollen Literaturverfilmungen wie „Buddenbrooks" (1959) spielte er tragende Rollen. Daneben besaß er Humor, wie er in Spielfilmen wie „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull" (1957) oder dem bezaubernden Film „Rheinsberg" (1967) bewies.

Über Kino und Theater sollte man das Fernsehen nicht vergessen. Außer in Klassikern wie „Der Maulkorb" spielte er auch hier wieder historische Persönlichkeiten wie Wilhelm II. oder Otto von Bismarck in „Dokumente deutschen Daseins".

Vor 25 Jahren, am 10. Februar 1985, verstarb der am 18. Januar 1903 in Berlin Geborene Mime in Hamburg. *M. R.*

Motoren für Luft-, Land- und Wasserfahrzeuge

Vor 50 Jahren starb der Konstrukteur und Unternehmer Karl Maybach – Zeppelin und Daimler prägen sein Leben und Werk

Karl Maybach war der älteste Sohn Wilhelm Maybachs und trat in mancherlei Hinsicht in dessen Fußstapfen. Wie sein Vater machte auch er sich als Konstrukteur und Unternehmer um den Motoren- und Automobilbau verdient. Konstruierte sein Vater den ersten schnelllaufenden Benzinmotor für Fahrzeuge aller Art, so schuf er den ersten raschlaufenden Dieselmotor.

Und wie bei seinem Vater zieht sich auch durch sein Leben die Zusammenarbeit mit Daimler beziehungsweise Daimler-Benz. Schon bald nach dem Erwerb des Maschinenbaudiploms fand er wie sein Vater zu Daimler und wurde dessen Mitarbeiter. 1907 wechselte er allerdings nach Frankreich, in dessen Hauptstadt er einen Kraftwagen mit brandsicherem Vergaser konstruierte.

Eine ähnlich große Bedeutung wie Daimler hat Zeppelin für Maybachs Leben und Wirken. Als Ferdinand Graf von Zeppelin nach der Katastrophe von „LZ 4" am 5. August 1908 den Mangel an leichten, leistungsstarken Motoren für seine Luftschiffe beklagte, konstruierte Maybach einen Motor mit einem sehr viel günstigeren Leistungsgewicht, unter drei Kilogramm pro PS statt fünf. Zur Herstellung dieses Motors gründeten sein Vater und Zeppelin 1909 die Luftfahrzeug-Motorenbau GmbH. Technischer Direktor wurde Karl Maybach.

Innovative Flug- und Dieselmotoren

Maybachs Spezialhöhenmotor fand jedoch nicht nur beim Luftschiff-, sondern auch beim Flugzeugbau Verwendung. Im Ersten Weltkrieg gelang Maybach mit dem überverdichtenden Flugmotor MB IV a eine wichtige Innovation.

Als Folge des Versailler Vertrages lag in Deutschland nach dem Krieg die Luftfahrt erst einmal darnieder und Maybach wandte sich dem Dieselmotor zu. Nach Luftschiffen und Flugzeugen waren es nun Schienenfahrzeuge und Schiffe, in denen Maybachs Motoren Verwendung fanden. So wurde auch der „Fliegende Holländer" von Maybach-Motoren angetrieben. Berühmt wurde Maybach in der Zwischenkriegszeit auch für seinen gleichnamigen Personenwagen, der außer durch seinen Motor auch dadurch zu überzeugen wusste, dass er als erstes deutsches Auto eine ausgeglichene und betriebsfähige Vierradbremse besaß. Nachdem sich der Luftschiffbau in Deutschland berappelt hatte, baute Maybach für die Transatlantikroute dann auch wieder Luftschiffmotoren, doch gewann diese Sparte im Unternehmen nicht wieder ihr altes Gewicht. Diesem durch das Versailler Diktat erzwungenen Trend weg von Luft-, hin zu Land- und Seefahrzeugen trug das Unternehmen bereits 1918 mit der Umbenennung in „Maybach-Motorenbau GmbH" Rechnung.



Karl Maybach Bild: pa

Nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" kamen dann verstärkt Rüstungsaufträge hinzu. So trieben Maybach-Motoren Panzer und Zugmaschinen ebenso an wie U-Boote. Die Erfahrungen im Panzermotorenbau machten Maybach dann nach dem Weltkrieg für die Franzosen interessant. Das vor dem Ersten Weltkriege ganz bewusst beim damaligen Hauptkunden Zeppelin in Friedrichshafen errichtete Werk war nach dem Zweiten Weltkrieg zwar durch Bomben und Demontage verloren. Doch hatte Maybach die Möglichkeit, zumindest einen Kern des Mitarbeiterstammes über die Nachkriegszeit zu retten. Mit ihm ging er nach Frankreich, das er ja bereits aus den Anfängen seiner Berufstätigkeit kannte, um für die französische Armee Panzermotoren zu entwickeln.

Schließlich durfte er dann auch in Friedrichshafen wieder den Motorenbau aufnehmen. 1950 lief die Produktion von Dieselmotoren wieder an. Wie nach dem Ersten Weltkrieg fing es mit Motoren für zivile Fahrzeuge wie Polizei- und Zollboote, Fährschiffe, Diesellokomotiven und Triebwagen an. Nach Deutschlands Remilitarisierung kamen dann Schiffsmotoren für Einheiten der Bundesmarine hinzu.

1952 zog sich Maybach, mittlerweile weit über 70, aus seinem Unternehmen zurück. Vorher hatte er es an Daimler-Benz angebunden, den Nachfolger des Unternehmens, für das er zu Beginn seiner Berufslaufbahn gearbeitet hatte. 1960 starb Maybach bei einem Verwandtenbesuch in Friedrichshafen, seiner wichtigsten Wirkungsstätte.

Daimler hat die Tradition aufgegriffen

Im selben Jahr übernahm Daimler-Benz sein Unternehmen und integrierte es so weit in seinen Konzern, dass es „Maybach-Motorenbau" mittlerweile nicht mehr gibt. Daimler ließ den Namen „Maybach" jedoch insofern wieder aufleben, als es seit 2002 seine nobelsten Karossen unter diesem Markennamen verkauft und damit an die große Pkw-Bau-Tradition von Maybach-Maschinenbau aus der Zwischenkriegszeit anknüpft. *Manuel Ruoff*

Merkels Machtstreben ist der Schlüssel

Zu: „Lauter Krisentreffen“ (Nr. 2)

Endlich ist Frau Merkel Thema. Sie sei die „Inkarnation von Profillosigkeit“ zitiert Anton Heinrich in seinem glänzenden Artikel Stammwähler der CDU und habe einen „Mangel an Gespür für konservative Themen“. Dem Ersten stimme ich zu, dem Zweiten widerspreche ich: Gespür ist sensibel vorhanden, ein Eingehen aber nicht gewollt; beide sind Absicht aus Analyse und Ziel.

Frau Merkels Streben nach dauerhafter Macht ist der Schlüssel, die Zerstörung zweier Volksparteien der Weg: Die CDU ist entkernt, die SPD durch Übernahme von Zielen zur Hälfte zerstört (die andere Hälfte des Totalschadens führte die SPD selbst herbei durch Außer-Kraft-Setzen der Agenda Schröders, die schnell erste Erfolge zeitigte und jetzt täglich angebrachter erscheint).

Frau Merkel war keine Dissidentin. Ich werfe das nicht vor: Das ist schwer. Sie hat sich jedoch systemkonform verhalten, ja sich stützend eingegliedert. Ihr jetziges Verhalten spricht für die Annahme einer Grundprägung, die sich auch unter veränderten Bedingungen offenbar nicht verlassen möchte. Diese Möglichkeit gewährt unsere Freiheit, aber dieser Blick erklärt.

Die FDP war mitnichten für Frau Merkel ein Traumpartner, sondern eine Kröte. Merkel erkannte, dass mit der SPD kein Staat mehr zu machen sein würde, also blieb nur die FDP, um wieder Kanzlerin zu werden.

Machtworte stören das weit vorausschauende persönliche Konzept, sie identifizieren, sind irgendwann im Wege.

Gudrun Schlüter, Münster

TV-Firma sucht Zeitzeugen

Betr.: Willy Brandts Ostpolitik

Wie kein zweiter spaltete und polarisierte Willy Brandt die Öffentlichkeit durch seine Ostpolitik. 1970 gilt als das Jahr eines radikalen politischen Kurswechsels in der Bundesrepublik: Als erster westdeutscher Kanzler bereist Willy Brandt 1970 die DDR, wenig später kniet er vor dem Ehrenmal für die Opfer des Aufstandes im jüdischen Ghetto in Warschau nieder. Gesten, die die Welt bewegten, zugleich aber seine Kritiker auf den Plan riefen. Seine Anhänger feierten Brandts Versöhnungspolitik frenetisch, während Gegner seine Ostpolitik eher kritisch beurteilten.

Zum 40. Jahrestag des Kniefalls von Warschau produzieren der MDR und Arte zusammen mit der Kölner Produktionsfirma Broadview TV eine 90-minütige Dokumentation, die 2010 ausgestrahlt werden wird. Im Film soll gezeigt werden, welche Auswirkungen Brandts Ostpolitik, auf die Menschen in beiden deutschen Staaten hatte. Daher werden ab sofort Zeitzeugen gesucht: Waren Sie Anhänger oder Gegner der Ostpolitik und wie hat sich diese auf Ihr Leben ausgewirkt? In welcher Weise waren Sie persönlich betroffen? Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die **Firma Broadview TV GmbH**, Ubierring 61a, 50678 **Köln**, Telefon (0221) 57 96 430.

Zur Klientel

Zu: „SPD ohne Ideen“ (Nr. 52/53)

Jetzt wäre es an der Zeit, dass sich die SPD auf ihre ureigene Klientel besinnt. Die ehemalige große Volkspartei sollte wieder auf ihre linken Themen zurückkommen, und damit bei den kommenden Wahlen mit einem satten Plus punkten. Die momentan geschwächte Linke könnte sie damit ausbremsen. Und die unsägliche Diskussion, ob sie mit der Partei der Linken koaliert oder nicht, könnte damit abgewendet werden.

Das ist aber die ureigene Entscheidung der Partei, die ihr keiner abnehmen kann.

Jürgen Schultz, Soest

Und schwups war ich wieder Ostpreußin

Zu: Ostdeutscher Geburtsort

Mein Personalausweis lief ab, ich beantragte einen neuen mit der Geburtsortangabe „Neuhausen/Ostpreußen“. Im neuen Ausweis stand nur Neuhausen. Ich reklamierte mit dem Argument, dass im Postleitzahlenbuch 20 x Neuhausen steht, und bekam brieflich zur Antwort, man wolle ausnahmsweise gegen 13 Euro Gebühr einen neuen Ausweis machen lassen.

Ich beanstandete bei persönlicher Vorsprache die erneute Gebührenforderung mit Hinweis auf die Weglassung des nötigen Zusatzes. Frau B. strich die Gebührenangabe und setzte Stempel und Unterschrift zu der Änderung.

War das schnelles Einsehen, oder wirkte meine Erwähnung des Amtsgerichts?

Dorothea Blankenagel, Duisburg

»Heute das Gestern für Morgen bewahren«

Zu: „Abstimmungssieg zum Todestag“ (Nr. 3)

Noch ist die Entscheidung um den Namen der Greifswalder Ernst-Moritz-Arndt-Universität nicht gefallen. Mein Dank gilt der *PAZ* für eine engagierte Stellungnahme im Sinne großer Persönlichkeiten der preußischen Geschichte.

„Viel Feind, viel Ehr“, selten trifft ein Satz für eine Persönlichkeit der Geschichte so zu, wie für Ernst Moritz Arndt. Ein Leben im Untergrund gegen den napoleonischen Imperialismus, ein Kampf gegen adlige Gutsbesitzer und für die Aufhebung der Leibeigenschaft und ein Kampf gegen die Reaktionäre des Vormärz in Preußen. Und wieder wird der Schriftsteller, Theologe und Demokrat angegriffen.

Im langen Streit um den Namen Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald stehen sich Befürworter des Namens und Gegner immer härter gegenüber. „Gesellschaftskritiker auf Piratenkurs“ überschreibt eine regionale Zeitung ihren Beitrag zu Sebastian Jabbusch, dem Motor der Initiative „Uni ohne Arndt“. Dieser ist im siebenten Studienjahr Student für Politikwissenschaften, Öffentliches Recht und Geschichte an der Hochschule. Und inzwischen sitzt er in Schlüssel-Gremien der Greifswalder Universität, im Senat und im Studierenden-Parlament.

Der Hochschulsenat wird in der Sitzung vom 17. März endgültig über den Namen der Hochschule befinden. Eine gewisse Befangenheit darf dem „studierenden Piraten und Gesellschaftskritiker“ Jabbusch bescheinigt werden. Die Öffentlichkeit gewinnt ohnehin den Eindruck, dass die Anhörungen an der Uni so lange wiederholt werden, bis das Ergebnis passt.

Von angesehenen deutschen Zeitungen wird auf das Votum der Basis, sprich der Studentenschaft, verwiesen, welche sich bei einer Urabstimmung im Januar 2010 mit 53 Prozent für die Beibehaltung des Namens Ernst Moritz Arndt entschieden hat.

Warum Maria-Theresia-Schafmeister, Professorin und Senatsvorsitzende, das klare demokratische Votum gar in ein „Unentschieden“ relativiert und Sebastian Jabbusch die Niederlage nicht recht eingestehen will, bleibt im Nebel der Political Correctness.

„Heute das Gestern für Morgen bewahren“, soweit es seinen berechtigten Anspruch hat, ist das Ziel seriöser Historiker. Dazu bedarf es keiner Piraten. Möge dieses auch die Greifswalder Universität begreifen und zu ihrer Aufgabe des Lehrens und Forschens weiter finden. Dieses ist preußische und deutsche Tradition.

Aus informierten Kreisen wird nun bekannt, dass die Gegner von Ernst Moritz Arndt eine weitere Attacke vorbereiten. Den Namen der Universität soll ein berühmter Maler der Romantik übernehmen. Auch er ein großer Preuße. Zum richtigen Zeitpunkt gesetzt, soll es ein Schlag in das Gesicht der Konservativen sein. Diese kontern nun allerdings rechtzeitig. Wir ehren beide Größen der preußischen und deutschen Geschichte. Allerdings bleibt Ernst Moritz Arndt der würdige Namensgeber für eine Universität in Mecklenburg-Vorpommern, die auch international ihren guten Ruf beibehalten möge.

H.-J. Nehring, Neubrandenburg

Erneut Affront gegen Miegel

Zu: „Abstimmungssieg zum Todestag“ (Nr. 3)

Zu der Verteufelung von Ernst Moritz Arndt durch die „Zeit“ 1998 gibt es eine Parallele in Delmenhorst. Einige Gutmenschen hintertrieben die Benennung einer neuen Straße auf den Namen „Agnes Miegel“. Grund: Sie sei „eine glühende Verehrerin Hitlers“ gewesen. (Vermutlich nur „punktuell“ wie bei Arndt bezüglich der Juden.)

An zu tilgenden Namen nennt ein Leserbriefschreiber unter anderem Paul von Hindenburg. Für uns Vertriebene ein Affront: Immerhin bewahrte er 1914 Ostpreußen vor der Eroberung durch die Russen. Zur Ernennung Hitlers zum Kanzler war er von Rechtswegen gezwungen, und gewogen war er ihm sicher auch nicht. Seine abwertende Äußerung vom „böhmischen Gefreiten“ ist bekannt.

Es fehlte nur noch, dass man die mit deutschen Städtenamen aus den Vertreibungsgebieten benannten Straßen tilgt. Die Tilsiter Straße würde dann vielleicht „Sowjetskaja“ und die Breslauer Straße „Wroclawa“ heißen. Das könnte auch Herrn Westerwelle gefallen.

Horst Redetzky, Delmenhorst

Weiter so!

Zu: *PAZ*

Ihre Artikel werden von meiner Frau und mir immer mit dem größten Interesse gelesen. Bitte machen Sie weiter so wie bisher.

Uwe B. Motzkuhn, Bad Bodenteich

Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 6. Februar 2010

Philharmoniker ehren Otto Nicolai am Dom

Die Wiener Philharmoniker haben sich entschlossen, zum 200. Geburtstag ihres ostpreußischen Gründers Otto Nicolai im Jahre 2010 seine Reise von Wien nach Königsberg zu wiederholen und am 15. Juli 2010 im Sportpalast am Pregelufer unweit des Königsberger Doms ein Konzert zu geben. Sie reisen aber nicht wie Otto Nicolai mit Eisenbahn und Postkutsche, sondern mit allem Komfort auf einem Kreuzfahrtschiff, das im Mai dieses Jahres in Hamburg auf den Namen „Mein Schiff" getauft wurde. Die Reise beginnt am 7. Juli 2010 in Kiel und endet am 17. Juli 2010 auch wieder dort. „Mein Schiff" wird in Reval (Tallinn), St. Petersburg, Helsinki und Stockholm anlegen, und die Wiener Philharmoniker werden dort Konzerte geben. Höhepunkt der Kreuzfahrt wird das Jubiläumskonzert der Wiener Philharmoniker zu Ehren ihres Gründers am 15. Juli 2010 in Königsberg sein. Das Orchester wird dort von Christian Thielemann dirigiert, dem weltbekannten Dirigenten, der sich selbst als Preuße empfindet und vor Kurzem ein Buch über Friedrichstein, das Schloss der Grafen Dönhoff, herausgegeben hat. Nähere Informationen über die Möglichkeiten, an Kreuzfahrt und/oder Konzert teilzunehmen, erteilt Natalia Romanova, Mühlendamm 84 a, 22087 Hamburg, Telefon (040) 22697074. *PAZ*

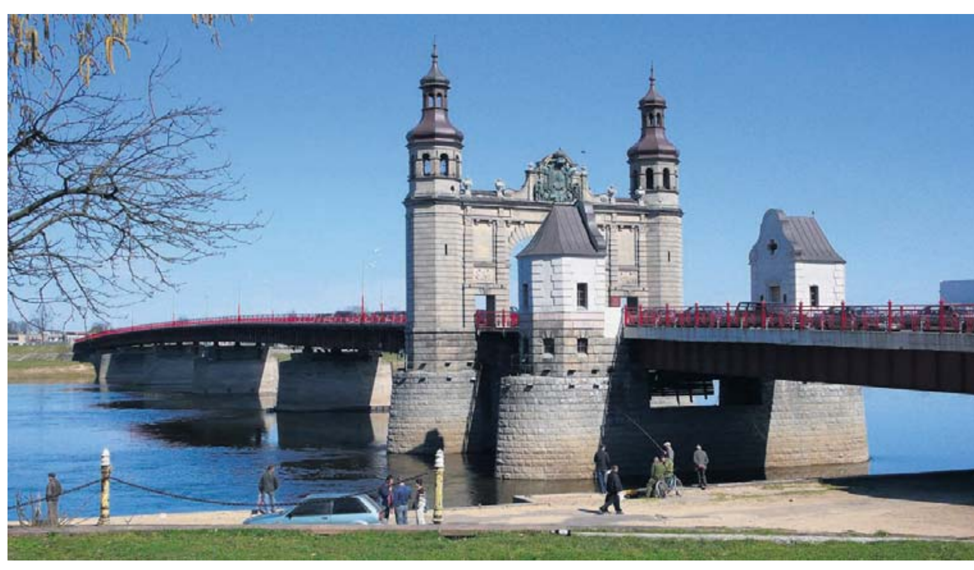

Otto Nicolai Foto: Internet

Luisenbrücke wird entlastet

Umgehungsstraße mit zusätzlicher Grenzbrücke geplant – Russen und Litauer über Bezahlung einig

Schon bald könnte die berühmte Königin-Luise-Brücke, die das Königsberger Gebiet mit dem Memelland verbindet, eine moderne Schwester bekommen: Die Pläne für eine Umgehungsstrecke für Tilsit mit einer neuen Grenzbrücke haben Gestalt angenommen.

Wenn es nach den Verkehrsplanern im Königsberger Gebiet geht, soll schon bald eine neue Brücke über die Memel den russischen Teil Ostpreußens mit dem litauischen verbinden. Sie ist notwendig, weil die altersschwache Königin-Luise-Brücke – als historische Sehenswürdigkeit weltbekannt – auch für künftige Generationen erhalten bleiben soll. Das Datum ihrer Eröffnung 1907 fiel zeitlich mit der Unterzeichnung des Tilsiter Friedens 100 Jahre zuvor zusammen. Zur Zeit ihrer Fertigstellung hatte die Brücke eine Länge von über 400 Metern und galt sogleich als größte Schönheit der Stadt. Im Krieg zerstört, wurde sie 1947 wieder aufgebaut. Ursprünglich waren die Brückenbögen aus Holz, im Jahr 1965 hat man sie durch solche aus Beton ersetzt.


Königin-Luise-Brücke: Der Schwerlastverkehr setzt dem 103 Jahre alten Baudenkmal arg zu. Bild: Tschernyschew

Die Brücke war seit Jahren durch die hohe Belastung in ihrer Substanz bedroht. Täglich befahren sie bis zu 250 Lastkraftwagen, obwohl die Brücke für diese Belastung gar nicht ausgelegt ist. Da der gesamte Schwerlastverkehr über den Grenzposten auf der Brücke Richtung Litauen zunächst die Stadt Tilsit passieren muss, wurde auch der Bau einer Umgehungsstraße beschlossen, um die kleine Stadt ökologisch zu entlasten.

Zunächst wollten Russland und Litauen sich die Kosten für den Bau einer neuen Grenzbrücke hälftig aufteilen, doch schon nach den ersten Planungen kamen die Litauer zu dem Schluss, dass ihre Ausgaben mit über 20 Millionen Euro wesentlich höher ausfallen würden als die der russischen Seite. Weil auf litauischer Seite bei Ragnit ein Schwemmgebiet liegt, wird hier zum Hochwasserschutz eine ausgedehnte Überführung notwendig.

> Das Doppelprojekt kostet insgesamt knapp 36 Millionen Euro

Nach einigem Tauziehen hat Russland Ende des vergangenen Jahres in einer gemeinsamen Entscheidung des russischen Außenministeriums und des Verkehrsministeriums beschlossen, die Kosten für die Brücke von Tilsit über die Memel ganz zu übernehmen. Die Baugenehmigung liegt von russischer Seite bereits vor, und sobald das Dokument auch von Litauen unterschrieben ist, soll mit dem Bau begonnen werden.

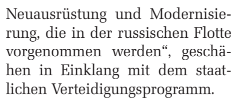
Die Umgehungsstraße für Tilsit mit der Brücke über die Memel an der Strecke von Tapiau (Gwardejsk) über Ragnit (Neman) bis zur litauischen Grenze hat eine Länge von zwölf Kilometern und wird aus dem russischen Staatshaushalt finanziert. Die Gesamtsumme beträgt 1,5 Milliarden Rubel (35,5 Millionen Euro). Auch die Grenzbrücke wird allein aus dem Haushalt der Russischen Föderation finanziert. *Jurij Tschernyschew*

Nun doch Wettrüsten?

USA wollen »Patriots« in Ostpreußen stationieren, Moskau reagiert

Im Frühling könnten im südlichen Ostpreußen US-amerikanische „Patriot"-Raketen stationiert werden. Eine Batterie dieser Luftabwehrraketen soll im nur 100 Kilometer von der Grenze zum Königsberger Gebiet entfernten Mohrungen aufgestellt werden. Das berichtet die polnische Presse unter Berufung auf das Verteidigungsministerium des Landes.

Schon während der Präsidentschaft von George Bush junior hat es eine Vereinbarung Polens mit den Vereinigten Staaten über die Stationierung US-amerikanischer Flugabwehrraketen in dem mittelosteuropäischen Nato- und EU-Mitgliedsstaat gegeben. Auch als Reaktion darauf hatte der russische Präsident Dmitrij Medwedew Ende 2008 die Stationierung russischer „Iskander"-Raketen auf ostpreußischem Gebiet angekündigt für den Fall, dass die USA ihren Raketenschutzschild in Polen installieren. Doch nach neuen US-amerikanischen Plänen soll das iranische Atompotenzial nun von der Türkei und Bulgarien aus überwacht werden, ebenso wie von einer Basis im Mittelmeer. Daraufhin erklärte Russland, auch keine „Iskander"-Raketen im Königsberger Gebiet aufzustellen. Ursprünglich hätten die „Patriot"-Raketen und das zugehörige Personal in Zentralpolen stationiert werden sollen, rund 300 Kilometer von der russischen Grenze entfernt. Bei der aktuellen Variante rücken die Raketen dichter an russisches Territorium heran. Der polnische Verteidigungsminister Bogdan Klich meinte, die Aufstellung könnte der Region Mohrungen nutzen. Die Raketen sollen schon im April eintreffen.


MIM-104 „Patriot" Bild: Wikipedia

Das russische Verteidigungsministerium reagierte prompt auf diese Nachricht. Zunächst erklärte ein Sprecher der russischen Kriegsmarine, dass diese ihre U-Boot- und Korvettenflotte sowie die Marineflieger verstärken werde. In einer später veröffentlichten Pressemitteilung des Verteidigungsministeriums hingegen hieß es, „dass keine Vergrößerung der Baltischen Flotte in Verbindung mit der Stationierung der amerikanischen ‚Patriot'-Rakete in Polen geplant ist". Darin hieß es weiter, „alle Maßnahmen zur Neuausrüstung und Modernisierung, die in der russischen Flotte vorgenommen werden", geschähen in Einklang mit dem staatlichen Verteidigungsprogramm.

Darüber hinaus wurde bekannt, dass im Königsberger Gebiet erstmals eine mobile Messstation für Satellitenüberwachung für das gesamte Gebiet eingerichtet wurde. Dieses könne auch für zivile Navigationszwecke genutzt werden. Präsident Medwedew hatte schon im Sommer 2009 von der Notwendigkeit einer Stärkung der im Königsberger Gebiet stationierten Aufklärungsmittel, der Verbindungen und der Frühwarnsysteme gesprochen. Zur Zeit befindet sich die im Königsberger Gebiet stationierte Unterabteilung der Luftwaffe noch im Versuchsstadium. Außenminister Igor Lawrow erklärte, Russland interessiere sich für die Frage der militärisch-technischen Zusammenarbeit Polens mit anderen Ländern und für Raketenabwehrsysteme, die das strategische Gleichgewicht beeinflussen könnten *J.T.*

Soziale Spannung nimmt zu

12 000 protestierten in Königsberg – Regierung alarmiert

Steuererhöhungen, die Reform der Krankenversicherung, Schulschließungen in entlegenen Dörfern des Gebiets, die Erhöhung von Wohnnebenkosten, Zölle, die Willkür der Beamten und noch viel mehr! Alles hatten die Demonstranten zum Anlass genommen, um ihrer Unzufriedenheit mit der Regierung von Gouverneur Georgij Boos Ausdruck zu verleihen. Es half nicht, dass die Regierung die angekündigte Erhöhung der Kfz-Steuer für Pkw und Lkw bereits wieder zurückgenommen hatte. Die Sprüche auf den Bändern waren im Vergleich zur Dezember-Kundgebung radikaler geworden. „Ihr Frauen korrupter Beamter, sagt Euren Männern nein" und „Autos werden vergoldet, aber das Leben bleibt erbärmlich" war auf den Spruchbändern zu lesen. Die Demonstranten gingen schließlich von wirtschaftlichen Forderungen zu politischen über. Sie traten für den Rücktritt von Abgeordneten der Regierungspartei in der Gebietsduma auf und forderten sogar den Rücktritt von Gouverneur Georgij Boos und Premierminister Wladimir Putin.

Wieder hatten sich am vergangenen Sonnabend im Königsberger Stadtzentrum Menschen zu einer Massenkundgebung versammelt, nachdem schon im Dezember etwa 5000 gegen die Erhöhung der Kfz-Steuer protestiert hatten. Diesmal sollen es nach Angaben der Veranstalter 12 000 Teilnehmer gewesen sein. Erstmals nahmen alle oppositionellen Parteien und Bürgerbewegungen geschlossen daran teil. Kommunisten, Liberale, Jabloko, Gerechtes Russland, Solidarität und Patrioten Russlands demonstrierten. Nur von der Regierungspartei „Einiges Russland" und der Partei „Gerechtes Russland" war niemand zugegen. Die jüngste Kundgebung in Königsberg hat Wirkung gezeigt. Alle wichtigen Zeitungen berichteten darüber, sogar überregionale wie „Kommersant" und „Nesawissimaja Gazeta" sowie westliche Tageszeitungen.

> Rücktritt von Boos und Putin gefordert

Dabei hatte der Gouverneur Georgij Boos alles unternommen, um die für ihn peinliche Versammlung noch abzuwenden, denn am 1. Februar wurde eine Revisionsdelegation der Präsidialverwaltung aus Moskau unter der Leitung von Ilja Klebanow, dem Präsidialbevollmächtigten für die Nordwestregion, erwartet. Boos traf sich mit Vertretern des Militärs, mit Fischern, Beamten und Rentnern. Er ließ eilends ein Informationsschreiben über die Rücknahme der Kfz-Steuererhöhung aufsetzen und an alle Haushalte verteilen.

Zu der Kundgebung waren auch Prominente aus Moskau wie Boris Nemzow, Wladimir Milow und Ilja Jaschin, die führenden Mitglieder der politischen Bewegung „Solidarität", angereist. Boris Nemzow war jahrelang an der Spitze der liberalen Partei „Union rechter Kräfte" tätig, die sich in der Jelzin-Ära für die Einführung der Marktwirtschaft eingesetzt hatte. 1997 wurde Nemzow Vize-Premier und später zum Energieminister ernannt. Während dieser Zeit erlangte er große Popularität. Beobachter glauben, dass die Anwesenheit der Oppositionspolitiker zum großen Menschenauflauf bei der Königsberger Demonstration beigetragen hat. In Königsberg könnten nach diesem Vorfall Köpfe rollen. Georgij Boos hofft, dass Präsident Medwedew ihn im Herbst dieses Jahres für eine zweite Amtszeit vorschlägt. Er ist um Schadensbegrenzung bemüht.. *M. Rosenthal-Kappi*

In die Heimat

Grzimek-Ausstellung kommt nach Beuthen

Mit einer großen Sonderausstellung gratulierte das Oberschlesische Landesmuseum dem charismatischen Zoologen, Tierarzt und Verhaltensforscher Bernhard Grzimek im vergangenen Jahr zu seinem 100. Geburtstag. Nun wird „Mein Leben für die Tiere – Bernhard Grzimek zum 100. Geburtstag“ unter dem Namen „Bernhard Grzimek – z Nysy do Serengeti“ (Bernhard Grzimek – von der Neisse in die Serengeti) vom 12. Februar bis 30. April 2010 auch im Oberschlesischen Museum in Beuthen (Muzeum Górnośląskie w Bytomiu) zu sehen sein.

Das Beuthener Museum wurde 1929/30 als Landesmuseum für das deutsche Oberschlesien errichtet. Heute ist es eines der wichtigsten Museen für Oberschlesien und wird vom Marschallamt der Woiwodschaft Schlesien getragen. Bei den Sammlungen ist ein Schwerpunkt die regionale Naturkunde.

Neue Exponate kommen hinzu

Die Konzeption der Ausstellung und zahlreiche Leihgaben wurden aus Ratingen übernommen. Vor Ort kann außerdem auf eigene Sammlungsbestände zurückgegriffen werden – nicht zuletzt besitzt das Beuthener Museum ein afrikanisches Streifengnu und ein Zebra. Diese seltenen Präparate schlagen den Bogen in die Serengeti und damit zu Grzimeks Arbeit in Afrika.

Weitere Informationen dazu und zur Ausstellung gibt es in Kürze unter mgb.nazwa.pl/nowa und unter www.oslm.de. *PAZ*

Zehn Prozent

CR: Polen haben es besser als Deutsche

Noch gibt es rund ein Dutzend Orte, darunter die Stadt Weipert/Vejprty in Nordwestböhmen, den Geburtsort Theodor Kardinal Innitzers, in denen sich bei der letzten Volkszählung mehr als zehn Prozent der Einwohner als Deutsche bekannt haben. „Weder die österreichischen noch die deutschen Regierungsvertreter stehen derart hinter der deutschen Minderheit, dass diese es wagen würde, Anträge auf zweisprachige tschechisch-deutsche Ortstafeln zu stellen.“

Ortstafeln in Schlesien beschmiert

Hintergrund dieser Kritik des Bundesobmanns der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Gerhard Zeihsel, an den Regierungen der beiden deutschsprachigen Staaten war ein Staatsbesuch des polnischen Präsidenten Lech Kaczynski in Prag, auf dem er die Zerstörung zweisprachiger Ortstafeln im tschechischen Teil des Teschener Schlesiens („Olsa-Gebiet“) kritisiert hatte. In der Tschechischen Republik (CR) haben Volksgruppen bei einem Anteil ab zehn Prozent in einem Ort das Recht, durch ihre örtliche Vertretung beim Bürgermeister zweisprachige Ortstafeln zu beantragen. Die polnische Minderheit hat dies schon in einigen Orten durchgeführt.

Daher appelliert Zeihsel an Prag, zweisprachige Schilder von sich aus aufzustellen, wenn die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Antrag gegeben sind. *PAZ*

Handstreich

Zweisprachige Schule vor Schließung

An der bilingualen Grundschule in Ratibor-Studen, der einzigen im polnischen Bezirk Schlesien, ist der zweisprachige Unterricht eingestellt worden. Wie aus Informationen der „AGMO e.V. – Gesellschaft zur Unterstützung der Deutschen im Bezirk Schlesien, Ostbrandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen“ beziehungsweise dem Kreisverband Ratibor des Deutschen Freundschaftskreises im Bezirk Schlesien hervorgeht, wurde die Lehranstalt auf Betreiben des Studener Schuldirektors in eine normale polnische Schule umgewandelt. Begründet wurde die Einstellung der Zweisprachigkeit des Unterrichts mit der „Unvereinbarkeit mit den rechtlichen Vorschriften“. Es verbleiben drei Wochenstunden Deutschunterricht.

Einzige bilinguale Grundschule

Am 15. Januar teilte der Schuldirektor den Schülern die Umstellung während eines sogenannten „Appells“ in der Schule mit. Drei Tage später wurden die Eltern informiert, dass sie am darauffolgenden Tag bei einer Versammlung des Elternrates Näheres erführen.

Inzwischen hat sich Widerstand formiert. Die Eltern haben am 24. Januar einen Protestbrief verfasst und ihn am darauffolgenden Tag im Rahmen einer Elternversammlung dem Schuldirektor übergeben. Die AGMO wurde ebenfalls informiert. Ihr Vorsitzender Peter Oprzondek hat sich daraufhin am 29. Januar an den deutschen Konsul in Oppeln gewandt mit der Bitte zu intervenieren. Eine Antwort steht noch aus. *PAZ*



Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

es gibt Fragen, die nach der Veröffentlichung in unserer Kolumne wie ein Komet weiterziehen, einen langen Schweif hinterlassend. So muss ich noch einmal auf das Thema, das wir in Folge 51/2009 lediglich in wenigen Zeilen zu einem Foto – kaum mehr als eine verlängerte Bildunterschrift – brachten, zurückkommen. Es handelte sich um das 1939 aufgenommene Foto eines Mannes in Reichsarbeitsdienstuniform mit der Armbinde „Deutsche Wehrmacht“. Das hatte sich auf die Frage des Einsenders nach der für ihn rätselhaften Uniform aus mehreren Leserbriefen ergeben. Trotzdem zweifelten dies doch einige Landsleute an, und deshalb bin ich froh, eine sehr ausführliche Zuschrift zu diesem Thema bekommen zu haben, in der die Einsätze der Reichsarbeitsdienstmänner im Rahmen des Polenfeldzuges behandelt, aber auch die so genannten „Baubataillone“ erklärt werden. Unser Landsmann **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach beschreibt dies anhand eines Beispiels aus seinem Heimatkreis Angerburg sehr präzise und authentisch.

Zuerst weist Herr Skroblin auf das Buch „Keine besonderen Vorkommnisse“ von G. G. Mollowitz hin, dem er folgenden Satz entnimmt: „In Polen 1939 waren die beiden Freunde, wenn auch getrennt als Arbeitsdienstmänner dabei mit der Armbinde Deutsche Wehrmacht.“ Er geht dann ausführlich auf den Reichsarbeitsdienst (RAD) in seinem Heimatkreis ein, in dem sich mehrere Lager befanden, deren Männer vor allem zu Straßenbauten und Entwässerungsarbeiten eingesetzt wurden. Mit drohender Kriegsgefahr wurden sie auch zu militärischen Projekten herangezogen, wie zum Bau des Feldflughafens Jürgenfelde. Dass vor der Mobilmachung vom RAD die Aufstellung von Baubataillonen und deren Unterbringung vorbereitet wurde, kann einer Vereinbarung entnommen werden, die zwischen RAD und einem Gastwirt aus dem Kirchdorf Wilhelmsberg am 13. Juli 1939 geschlossen wurde. Es wurde darin festgelegt, welche Personen während der Zeit des Einsatzes der RAD-Abteilung 7/76 im Gasthaus untergebracht werden sollten – vom 1. Zugführer bis zur Schreibkraft –, darüber hinaus wurde der Saal zur Einrichtung einer Schreibstube angemietet. Auch die Verpflegungskosten wurden festgesetzt. Heute klingen diese kaum glaubhaft: Morgenkaffee und Frühstück pro Person 0,70 Reichsmark (RM), Mittagessen 1,– RM, Abendessen 0,80 RM. Aber zweifellos hätte der Wilhelmsberger Gastwirt den schwer schanzenden Männern dafür eine kräftige Kost vorgesetzt, wenn es dazu gekommen wäre. Warum – das erklärt Herr Skroblin so:

„Als es zur Mobilmachung kam und die Reservisten eingezogen wurden, mussten sich andere nicht wehrfähige Männer an bestimmten Orten einfinden. Im Kreis Angerburg wurden die Männer zuerst im Pfarrhof Gahlen, später auf dem Gut Dalheimer in Gleisgarben untergebracht. Sie erhielten keine Uniformen, bekamen aber Spaten und Gewehre zum Eigenschutz. Die Männer, meist Bauern aus der Umgebung, lagen dort untätig herum, sie waren bedrückt, dass das Getreide auf dem Halm stand und sie nicht auf ihre Höfe durften. Schließlich wurde es ihnen erlaubt, den Bäuerinnen der umliegenden Höfe bei der Ernte zu helfen. Gegen Ende des Polen-Feldzuges wurden sie entlassen wie die RAD-Männer, die in Polen eingesetzt waren. Sie waren für die Sicherheit und Instandhaltung der Verkehrswege in Polen benötigt worden. Deswegen wurden sie auch mittels der Armbinde den Soldaten gleichgestellt. Nach ihrer Rückkehr – nicht im Urlaub – wurden die Fotos der RAD-Männer mit der weißen Armbinde aufgenommen. Die im Land verbliebenen Baubataillone waren wahrscheinlich für den Fall aufgestellt worden, dass Verbindungen auf ostpreußischem Boden zerstört wurden. Sie wurden nun nicht mehr gebraucht. Das mag auch der Grund dafür gewesen sein, dass der Stützpunkt in Wilhelmsberg, für den eine tägliche Kündigung festgelegt worden war, nicht benötigt wurde.“



Im nördlichen Ostpreußen entdeckt: RAD-Gedenkstein an der Straße nach Birkenmühle/Mehlkehmen Bild: Dauskardt

Soweit die sehr ausführlichen Ausführungen zu diesem Thema, für die ich Herrn Herbert Skroblin (Mittelweg 2/4 in 63607 Wächtersbach, Telefon 06053 / 601443) herzlich danke. Sie werden vor allem von den Lesern aufmerksam gelesen werden, die sich auch dazu geäußert hatten. Es sind nicht nur die Älteren, die sich an ihre RAD-Zeit erinnern, sondern auch deren Kinder und Enkel, die mehr über die frühen Lebensjahre ihrer Väter und Großväter wissen wollen, weil sie bisher so wenig darüber in Erfahrung bringen konnten.

Da gibt es dann manchmal Unvorhergesehenes. Und vielleicht können wir mit dem Bild, das wir heute bringen, einem unserer älteren Leser eine Überraschung bereiten, aber es ist überhaupt auch als solche zu bewerten. Denn es handelt sich bei dem RAD-Gedenkstein nicht etwa um eine alte Aufnahme, sondern um eine taufrische aus den letzten Oktobertagen. Und das im Königsberger Gebiet, wo die Straßenschilder heute russische Namen aufweisen. „Kalinino“ nennen die Russen den Ort Birkenmühle, der früher Mehlkehmen hieß, als diese Straße gebaut wurde. – Von der RAD Abt 6/12 in den Jahren 1934 bis 1936. Das besagt der Stein. Der wie frisch geputzt aussieht, und das ist er auch. Aber von wem? Doch das ist nicht die Frage, die Herrn **Bernd Dauskardt** bewegte, als er den Stein entdeckte und ihn für unsere Leser fotografierte. Er wollte einmal erneut beweisen, welche Relikte aus der Zeit vor Flucht und Vertreibung in diesem weiten Land noch immer zu entdecken sind, damit hat er uns schon oft überrascht, und das ist ihm auch diesmal gelungen. Sicher werden alte Mehlkehmer oder Landsleute aus dem Kreis Ebenrode/Stallupönen über den RAD-Stein etwas zu sagen haben. Für Bernd Dauskardt, der das Land seiner Vorfahren so liebt, dass er immer wieder hinfahren muss, ist er wie ein Meilenstein in seiner Reisebiographie. Als er ihn auf einer Fahrt ohne festes Ziel, nur von einem russischen Fahrer begleitet, durch diese einsame Landschaft am Rand der Rominter Heide entdeckte, „da war auf einmal wie aus dem Nichts heraus ein kleiner Hund da und baute vor mir Männchen. Ich war zutiefst berührt, wissend, dass mir so etwa nie wieder begegnen wird. Wollte das Tierchen mich in Ostpreußen begrüßen, als jemanden, dessen Vorfahren hier gelebt haben? Das sind die Überraschungen auf solch einer stillen Reise. Nichts Weltbewegendes. Es sind die kleinen Dinge in diesem stillen Lande fernab jedes Touristentrubels ...“ Und für die dankt Ihnen unsere Ostpreußische Familie, lieber Herr Dauskardt (Eichenweg 8 in 21279 Hollenstedt, Telefon 04165 / 80343).

Nun zu einer aktuellen Frage, die wahrscheinlich nur durch unsern Leserkreis zu erfüllen ist. Es handelt sich um ein Buch, das 1928 in Königsberg erschien. Ein Fachbuch: „Kurze Winke für den technischen Praktiker im Lokomotivdienst“. Geschrieben hat es der damalige Vorsteher des Bahnbetriebswerks Königsberg, **Karl Hellmig**, der auch Abnahmelokführer im Reichsbahnausbesserungswerk Königsberg war. Verleger und Herausgeber war die Bezirksleitung der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GdL) in Königsberg. Das Buch ist vorhanden und soll wieder verlegt werden. Der betreffende Verlag sucht deshalb die Nachfahren beziehungsweise Erben des Verfassers Karl Hellmig aus Königsberg. Wer kann diesbezügliche Hinweise geben? Da der Autor durch seine Stellung bei den damaligen Eisenbahnern sehr bekannt war, könnten auch ehemalige Kollegen mit ihm und seiner Familie nach dem Krieg in Verbindung gestanden haben, so dass sich der mögliche Informantenkreis nicht nur auf die Familie Hellmig und ihre Umgebung beschränkt. Da die Neuauflage bereits im Frühjahr erfolgen soll, ist dem Verlag an einer schnellen Beantwortung der Frage gelegen. (Paul Pietsch Verlage GmbH & Co., Leitung Rechte und Lizenzen Frau **Patricia Hofmann**, Olgastraße 86 in 70180 Stuttgart, Telefon 0711 / 2108013, Fax 0711 / 23904, E-Mail: p.hofmann@motor-buch.de)

Es sind nur wenige Angaben, die mir Frau Dr. **Edeltraut Fritz** über ihren vermissten Vater mitteilte, aber ich glaube, es wird weniger daran liegen, dass zu diesem Suchwunsch kaum Zuschriften kommen, sondern dass es nur wenige Menschen geben wird, die dem Vermissten im Nachkriegs-Königsberg oder später begegnet sind. Wir wollen es aber dennoch versuchen. Es handelt sich um den Oberzollsekretär **Eduard** Fritz, * 27. Mai 1886, der Anfang 1945 beim Volkssturm in Königsberg eingesetzt wurde. Er muss die Kampfhandlungen überlebt haben und in Königsberg geblieben sein, wie auch seine Tochter Edeltraut, die im Krankenhaus der Barmherzigkeit tätig war. Sie erfuhr am 12. August 1946 von einer Putzfrau, dass ihr Vater als „Anstreicher“ in der Cranzer Allee arbeite. Er ließ seine Tochter grüßen und ihr mitteilen, dass er auf seine Entlassung warte. „Fand diese statt und wann und wohin?“, fragt nun die Tochter, die vermutet, dass Eduard Fritz in die von den Sowjets besetzte Zone entlassen wurde. Bis heute konnten Frau Dr. Fritz und ihre Schwester nichts über den Verbleib ihres Vaters erfahren. Da Eduard Fritz damals schon 60 Jahre alt war, dürfte er auch nach der Entlassung hauptsächlich mit Menschen in Kontakt gekommen sein, die heute ebenfalls nicht mehr leben. Die Hoffnung aber bleibt. (Frau Dr. Edeltraut Fritz, Küstriner Weg 6 in 21465 Reinbek.)

Wieder einmal fordert Frau **Sigrid Matthee-Kohl** aus Rohrbach unsere Familie heraus, denn sie hat auf ihrer Ahnensuche im Kirchenbuch von Judtschen gestöbert und da allerhand herausgefunden – auch Unerklärliches.


Ruth Geede Foto: Pawlik

Für sie wie für mich, denn manche Angaben betreffen auch meine eigene Familiengeschichte, die ich wahrscheinlich umschreiben oder zumindest korrigieren muss. Aber hier nun zu der Frage, die ich auf Wunsch von Frau Matthee-Kohl an unsern Leserkreis weiterreichen soll. Sie schreibt:

„Bei der ersten Frau meines 1867 in Plimballen geborenen Großvaters **August Friedrich Matthee** aus Groß Wersmeningken komme ich nicht weiter. Sie hieß **Wilhelmine** (**Mina**) **Urbszat**, heiratete Anfang oder vor 1897 und verstarb bereits 1904. Aus welchem Ort bzw. Kirchspiel könnte sie stammen? Jetzt hoffe ich auf unsere Ostpreußische Familie. Sie hat schon so vielen geholfen.“

Es kann ja sein, dass in den Stammbäumen anderer Familien, vor allem aus dem Kreis Schloßberg/Pillkallen, dieser Name auftaucht. (Sigrid Matthee-Kohl, Hauptstraße 15 in 76865 Rohrbach, Telefon 06349 / 7450.)

Vielleicht haben wir ja Erfolg wie Frau **Annelies Trucewitz** mit ihren bisherigen Suchmeldungen, die – wie sie schreibt – zum wesentlichen Gelingen der verschiedenen Chroniken über Orte und Güter aus dem Kreis Goldap beigetragen haben. Nun hofft sie sehr, dass unsere Leserinnen und Leser ihr wieder helfen können. Frau Trucewitz benötigt für eine Chronik über die Dörfer des Kirchspiels Neue Kirche Goldap Fotos aus der Zeit vor 1944 von folgenden Orten: Amberg, Morathen/Bergesruh, Skötschen/Grönfleet und Sutzken/Hitlershöhe sowie von den Gütern Abrahamsruh, Schöneberg und Eckberg. Aus der Stadt Goldap werden Aufnahmen von der Arnswalder und Johannisberger Siedlung gesucht. Wer hat noch Bilder von den genannten Dörfern aus der Heimat gerettet und stellt sie Frau Trucewitz zur Verfügung? Die Rückgabe der Fotos ist selbstverständlich. (Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37 in 21720 Mittelnkirchen, Telefon 04142 / 3552.)

Da wir gerade bei ostpreußischen Orten sind: Mir liegt eine Anfrage von Frau **Inge Prydzuhn** aus Bremervörde-Hesedorf vor, die auf der Suche nach einem Ort in Ostpreußen ist, den sie nicht finden kann. Deshalb sind wir ihre letzte Hoffnung, wobei ich die nun auf meine Familie übertrage, denn ich habe ihn bisher auch nicht finden können, selbst nicht in meinem so verlässlichen Ortsverzeichnis von Dietrich Lange. Dabei handelt es sich nicht um einen außergewöhnlich schwierigen Namen, sondern schlichtweg um „Groß Thierenbach“. Dort ist laut Sterbeurkunde ihr Onkel **Hans-Joachim Schulz** am 15. Januar 1913 geboren. Da er 1941 in Kruglanken geheiratet hat, vermutet Frau Prydzuhn den Geburtsort im Kreis Angerburg. Nun gibt es aber ein Groß Thierbach im Kreis Preußisch Holland, ein Kirchdorf, zu dem auch ein Gut gehörte. Es ist anzunehmen, dass es sich um den gesuchten Ort handelt, und das werde ich auch unserer Leserin mitteilen. Trotzdem lasse ich mich eines Besseren belehren, denn es ist durchaus möglich, dass es vor dem Ersten Weltkrieg auch ein „Groß Thierenbach“ in Ostpreußen gab.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 100. GEBURTSTAG

Bortzick, Helene, aus Eisermühl, Kreis Lötzen, jetzt Bergstraße 4, 65555 Limburg, am 10. Februar

Karlisch, Gertrud, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, jetzt Blechhofweg 3a, 41540 Dormagen, am 13. Februar

Schmidt, Gertrud, geb. **Kerrinnis**, aus Ebenrode, jetzt Waldstraße 5, 67373 Dudenhofen, am 10. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Trampenau, Frieda, geb. **Scherello**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Bischof-Fischer-Straße 49, 73430 Aalen, am 11. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Huber, Auguste, aus Regeln, Kreis Neidenburg, jetzt Friedenstraße 18, 06729 Tröglitz, am 8. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Oleschkowitz, Marie, geb. **Mucha**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt Grabower Weg 8, 39291 Reesen, am 8. Februar

Radtke, Hildegard, geb. **Sklaweit**, aus Lindenhof, Kreis Wehlau, jetzt Lübecker Chaussee 20, 23858 Reinfeld, am 12. Februar

Rothgänger, Elfriede, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Bahnwinkel 11, 49163 Bohmte, am 9. Februar

Zink, Anna, geb. Roggon, aus Treuburg, jetzt Wacholderweg 9, 38112 Braunschweig, am 11. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Lammert, Bruno, aus Kahlholz, Kreis Heiligenbeil, jetzt Erz-Hütten-Straße 91, 67659 Kaisers-lautern, am 14. Februar

Papajewski, Friedrich, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Sichingmühler Straße 214, 45722 Marl, am 10. Februar

Pfarrherr, Anna, geb. **Feierabend**, aus Königsberg Tönningwalde, jetzt Philosophenweg 6, 58540 Meinerzhagen, am 11. Februar

Tillert, Franz, aus Blumenthal, Kreis Lyck, jetzt Schwanmanweg 3, 21614 Buxtehude, am 8. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Broschk, Elfriede, geb. **Grabowski**, aus Struben, Kreis Neidenburg, jetzt Im Bredderkamp 19, 58285 Gevelsberg, am 9. Februar

Freyer, Siegfried, aus Lyck, Bismarckstraße 38, jetzt Bierbacher Straße 60, 66424 Homburg/Saar, am 11. Februar

Hermann, Hilde, geb. **Lopens**, aus Gr. Hoppenbruch (Rensegut), Kreis Heiligenbeil, jetzt Musfeldstraße 64, 47053 Duisburg, am 2. Februar

Lahnke, Christel, geb. **Zimmermann**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, jetzt Postfach 22, 19273 Stixe, am 8. Februar

Leiner, Else, geb. **Kramer**, aus Milken, Kreis Lötzen, jetzt Steinstraße 5, 26441 Jever, am 2. Februar

Loke, Frieda, geb. **Minkfitz**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Querstraße 4, 21502 Geesthacht, am 8. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Hansen, Herta, geb. **Weber**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Friedrichstraße 8, 25704 Meldorf, am 9. Februar

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Meisenweg 11, 23843 Bad Oldesloe, am 8. Februar

Mielke, Oskar, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrichstraße 19, 45470 Mülheim, am 13. Februar

Schemionek, Hedwig, geb. **Lankeit**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Auf dem Bruch 85b, 51381 Leverkusen, am 12. Februar

Schulz, Erna, geb. **Hoffmann**, aus Stobingen, Colm, Kreis Wehlau, jetzt Nordweg 106, 32130 Enger, am 10. Februar

Starke, Lieselotte, geb. **Krispin**, aus Marienwerder / Westpreußen, jetzt Seilerstraße 10, 45473 Mülheim an der Ruhr, am 10. Februar

Waschk, Horst, aus Neidenburg, jetzt Mühlheimer Straße 13, 63179 Obertshausen, am 9. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Heimann, Frieda, geb. **Seel**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Unterlindau 79, 60323 Frankfurt/Main, am 11. Februar

Hoffmann, Martha, geb. **Frank**, jetzt Blumenheckstraße 33, 75177 Pforzheim, am 8. Februar

Löwe, Käthe, geb. **Lenkeit**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Voßrather Straße 8, 47441 Moers, am 11. Februar

Schwarznecker, Erna, geb. **Merten**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Rhinstraße 3, 7/1, 10315 Berlin, am 8. Februar

Weinz, Berta, geb. **Schulz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Voerste-Dieckhof-Straße 1, 44357 Dortmund, am 13. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Harnack, Martha, geb. **Dehn**, aus Goythenen, Kreis Samland, jetzt Duntweiler Straße 27, 66914 Waldmohr, am 13. Februar

Heyduck Elfriede, geb. **Marrek**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Heidland 9, 33100 Paderborn, am 14. Februar

Hornberger, Elfriede, geb. **Tiedmann**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Popitzweg 11, 37075 Göttingen, am 11. Februar

Jäger, Gertrud, aus Gumbinnen, jetzt Hans-Böckler-Straße 28, 34121 Kassel, am 11. Februar

Kania, Martha, aus Kutzen, Kreis Lyck, jetzt Fontanestraße 2, 42549 Velbert, am 13. Februar

Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Reesenberg 94, 24145 Kiel, am 8. Februar

Ruskowski, Erich, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt August-Bebel-Straße 11, 07580 Ronneburg, am 14. Februar

Schlicht, Otto, aus Königsberg/Lauth, jetzt Pommernring, 23744 Schönwalde am Bungsberg, am 13. Februar

Thierl, Hildegard, geb. **Kohlke**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Buchholzstraße 49, 06618 Naumburg, am 10. Februar

Tobies, geb. **Annies**, aus Hohenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schulstraße 20a, 52531 Übach-Palenberg, am 11. Februar

Tonat, Herbert, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Seldeweg 13, 37154 Northeim, am 14. Februar

Volkmann, Willy, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, jetzt Zur Ils 15, 32469 Petershagen-Weser, am 11. Februar

Werner, Erika, geb. **Apfelbaum**, aus Ortelsburg, jetzt Steigziegelhütte 8, 89143 Blaubeuren-Seissen, am 10. Februar

Wiemer, Elfriede, geb. **König**, aus Lehmau, Kreis Ebenrode, jetzt Talstraße 6, 01474 Weißig, am 14. Februar

Wittorf, Hedwig, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Echternstraße 21, 31222 Peine, am 11. Februar

Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, jetzt Sperberweg 7, 45772 Marl-Hamm, am 14. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Alzuhn, Karl, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Königsberger Ring 14, 38442 Wolfsburg, am 11. Februar

Belau, Egon, aus Irglacken, Kreis Wehlau, jetzt Dammgartenfeld 21, 31303 Burgdorf, am 13. Februar

Duwe, Gertrud, geb. **Smolenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, jetzt Kremelstraße 53a, 55758 Hettenrodt, am 9. Februar

Fischer, Lydia, geb. **Schulz**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 32, 82229 Seefeld, am 13. Februar

Grigo, Kurt, aus Lauken, Kreis Lötzen, jetzt Leublinger Straße 4, 93053 Regensburg, am 7. Februar

Hardt, Alfred, aus Treuburg, jetzt Rolandstraße 6, 76135 Karlsruhe, am 8. Februar

Heinecke, Eva, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, jetzt Neissestraße 5b, 37269 Eschwege, am 12. Februar

Hölscher, Edith, geb. **Schröder**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Mühlenhofsweg 4, 26125 Oldenburg, am 12. Februar

Juszkiewicz, Margarete, aus Lyck, jetzt Hägerweg 7, 37627 Stadtoldendorf, am 12. Februar

Kleszewski, Erich, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, jetzt Pansheiderweg 7, 33818 Leopoldshöhe, am 11. Februar

Köhle, Herta, geb. **Bartsch**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, jetzt Fürstenauer-Damm 2, 49626 Berge, am 11. Februar

Kokott, Ida, geb. **Salenga**, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Rütliweg 14, 32427 Minden, am 13. Februar

Kons, Hildegard, geb. **Engel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Nussbergstrasse 77, 58638 Iserlohn, am 9. Februar

Maaß, Anneliese, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, jetzt Mönkeweg 30, 33659 Bielefeld, am 9. Februar

Meilahn, Gertraud, geb. **Neumann**, aus Langendorf, Kreis Wehlau, Seefelder Straße 6, 26969 Butjadingen, am 12. Februar

Meitza, Otto, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg und Kallisten, Kreis Mohrungen, jetzt Auf dem Scheid 36, 40668 Meerbusch, am 11. Februar

Nagusch, Friedrich, aus Neidenburg, jetzt Angerweg 2, 45897 Gelsenkirchen, am 13. Februar

Noock, Elly, geb. **Klein**, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, jetzt Burggrund 3a, 34466 Wolfhagen, am 10. Februar

Pfeiffer, Irmtraud, geb. **Kunze**, Tapiau, Schleusenstraße, Kreis Wehlau, jetzt An der Ochsenwiese 10, 63450 Hanau, am 9. Februar

Poot, Elisabeth, aus Schönhorst, Kreis Lyck, jetzt Burgbongert 27, 41199 Mönchengladbach, am 10. Februar

Pulla, Heinz, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Poststraße 23, 21255 Königsmoor, am 13. Februar

Rautenberg, Alfred, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Steinmetzstraße 4, 46284 Dorsten, am 14. Februar

Reihs, Gerhard, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Windmühlenstraße 125a, 47800 Krefeld, am 11. Februar

Schulz, Margarete, geb. **Laupichler**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Fischdiek 16, 25524 Itzehoe, am 10. Februar

Stralla, Johann, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Eichendorffweg 1, 42859 Remscheid, am 12. Februar

Wnuck, Georg, jetzt Stangenmühle, 23684 Scharbeutz

Zarski, Hedwig, geb. **Heldt**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Buchholzkamp 6, 31785 Hameln, am 9. Februar

Ziege, Elfriede, geb. **Gayk**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Seestraße 16, 15838 Sperenberg, am 10. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Annus, Alfred, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Martin-Luther-Straße 2, 46284 Dorsten, am 14. Februar

Bubienko, Hildegard, geb. **Czypull**, aus Montzen, Kreis Lyck, jetzt 1502 W. St. Andrew I, Santa Anna, CA 92704-4822, USA, am 12. Februar

Czerwinski, Günter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 27, jetzt Liblarer Straße 13, 50321 Brühl, am 10. Februar

Dewor, Heinrich, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Moselstraße 12, 56567 Neuwied, am 8. Februar

Dommasch, Gerhard, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Stromstraße 3, 47226 Dui-sburg, am 14. Februar

Erdt, Reinhold, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Boverter Kirchweg 4, 40670 Meerbusch, am 11. Februar

Frei, Erna, geb. **Jortzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Schwarzadlerstraße 29, CH-8200 Schaffhausen, Schweiz, am 9. Februar

Gronwald, Hilde, geb. **Gerhard**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Brölweg 48, 40625 Düsseldorf, am 14. Februar

Günther, Horst, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, jetzt Rudolf-Breitscheid-Straße 7, 23946 Boltenhagen, am 11. Februar

Hansen, Charlotte, aus Ebenrode, jetzt Flurstraße 2, 24939 Flensburg, am 9. Februar

Hebing, Käthe, geb. **Koslowski**, aus Suleiken, Kreis Treuburg, jetzt Am Abtskamp 2, 31719 Wiedensahl, am 12. Februar

Hinz, Horst, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Müllerstraße 2, 88045 Friedrichshafen, am 6. Februar

Jeschke, Lisbeth, aus Bartenhof, Rauschnicken, Kreis Wehlau, jetzt Anklamer Straße 8, 16515 Oranienburg, am 9. Februar

Kallweit, Hans, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Grillostraße 42, 45881 Gelsenkirchen, am 14. Februar

Kays, Heinz Kurt, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, jetzt Pfalzstraße 9, 97078 Würzburg, am 12. Februar

Kroll, Gerhard, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt 53404 Racine Wl., 1786 Domanik DR., USA, am 8. Februar

Lenkeit, Hans-Joachim, aus Lissen, Kreis Angerburg, jetzt Stichlerweg 9, 39112 Magdeburg, am 12. Februar

Lippach, Edith, aus Königsberg, jetzt Akazienweg 11, 34599 Neuental, am 11. Februar

Loosen, Horst Wilhelm, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, jetzt Am Hermannshof 5, 50996 Köln, am 10. Februar

Mossakowski, Walter, aus Schöndamerau und Skurpien und Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Strumannstraße 15, 45891 Gelsenkirchen, am 10. Februar

Mundt, Christel, geb. **Fischer**, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Wittenberger Straße 2, 33330 Gütersloh, am 8. Februar

Neumann, Erich, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Paul-Ehrlich-Straße 12a, 50126 Bergheim, am 14. Februar

Nößler, Ruth, geb. **Poesze**, aus Kurwensee, Kreis Elchniederung, jetzt Grüne Trift 149, 12557 Berlin, am 11. Februar

Nowinski, Willi, aus Magdalenz und Lahna, Kreis Neidenburg, jetzt Allensteiner Straße 10, 59229 Ahlen, am 8. Februar

Pannwitz, Hildegard, geb. **Przygodda**, aus Tapiau, Markt, Kreis Wehlau, jetzt Glasbachweg 23, 79410 Badenweiler, am 11. Februar

Pendzig, Inge, geb. **Littek**, aus Roggen, Kreis Neidenburg, jetzt Wüllers Weg 25, 45768 Marl, am 14. Februar

Praetorius, Gerd, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Beim Rauhen Hause 21, Stock 1, Haus Weinberg, 22111 Hamburg, am 8. Februar

Prietzel, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Karamagstraße 24b, 46483 Wesel, am 10. Februar

Riedzewski, Elfriede, geb. **Dora**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Am Einbäumchen 7, 45525 Hattingen, am 14. Februar

Scharfschwerdt, Armin, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Mozartstraße 10, 47225 Duisburg, am 8. Februar

Schlicht, Kurt, aus Pobethen, Kreis Samland, jetzt Hattorfer Straße 6, 38442 Wolfsburg, am 9. Februar

Schönfeld, Elfriede, geb. **Druba**, aus Bergenau, Kreis Treuburg, jetzt Eichelhäherweg 10, 44388 Dortmund, am 13. Februar

Schulz, Fritz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, jetzt Karl-Straße 14b, 04420 Markanstädt, am 11. Februar

Schwarz, Heinz, aus Holländerei, Kreis Wehlau, jetzt Kirchstraße 13, 31033 Brüggen, am 11. Februar

Stenzel, Kurt, Hartigswalde, Kreis Neidenburg, jetzt Am Westbach 24, 44625 Herne, am 11. Februar

Ströh, Ingetraut, geb. **Nasner**, aus Lyck, Hindenburgstraße 63, jetzt Am Langberg 70, 21033 Hamburg, am 11. Februar

Trinoga, Eva, geb. **Oppermann**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Guizettistraße 4, Pflegewohnstift, 29221 Celle, am 11. Februar

Wenin, Sieglinde, geb. **Lopez**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Ohrduferstraße 63, 99310 Arnstadt, am 2. Februar

Wiemann, Werner, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Schneller Ritt 39, 29308 Winsen, am 14. Februar

Zielonkowski, Günter, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Juistweg 17, 33334 Gütersloh, am 10. Februar

Zilius, Werner, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Grünenbäumchen 3, 51429 Bergisch-Gladbach, am 10. Februar

Zimmermann, Heinz, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Dornbusch 13, 44789 Bochum, am 10. Februar



Melzer, Werner, und Frau Ursula, aus Ketzwalde, jetzt 06842 Dessau, am 28. Januar

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?" auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Lahr – Sonnabend, 20. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen mit Tombola im Gasthaus Zum Zarko.

Ulm/Neu-Ulm – Donnerstag, 11. Februar, 13 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum traditionellem Fischessen in den „Ulmer-Stuben". Anmeldung bei Frau Stegmaier, Telefon (0731) 54223. – Sonnabend, 20. Februar, 14.30 Uhr, Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben".

Weinheim/Bergstraße – Mittwoch, 10. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Wolf. Der Nachmittag steht unter dem Motto: Lachende Heimat – Quiddern und Grienen mit vielen Zatzkes. Ausklang wie jedes Jahr im Februar mit dem traditionellem Heringsessen.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 17. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. Thema: „Herkunft der Ostpreußenhymne und des Masurenliedes".

Hof – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Grützwurstessen im Restaurant am Kuhbogen, Marienstraße, Hof.

Ingolstadt – Sonntag, 21. Februar, 14.30 Uhr. Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

München Nord/Süd – Freitag, 12. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Freitag, 12. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus". Es wird ein neuer Film über Königsberg gezeigt. Gäste willkommen. Die Faschingsfeier muss leider krankheitsbedingt entfallen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Heilsberg – Sonnabend, 6. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Faschingsfeier". Anfragen: Elisabeth Müller, Tel.: (030) 69357; Benno Böse, Tel.: (030) 7215570; Ernst Michutta, Tel.: (05624) 6600.



Lyck – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Tel.: (030) 8245479.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



Rößel – Sonnabend, 6. Februar, 16 Uhr, Clubhaus Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12249 Berlin, „Faschingsfeier". Anfragen: Ernst Michutta, Telefon (05624) 6600; Elisabeth Müller, Telefon (030) 69357; Benno Böse, Telefon (030) 7215570.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 6. Februar, 15 Uhr, Ratskeller, Rathaus Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon 2751825.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 10. Februar, 13.30 Uhr, „Besondere Veranstaltung" in der Gaststätte „Die Wille", Wilhelmstraße 102, 10963 Berlin. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 771235.



Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Heimatgruppen im Restaurant „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen im Hotel Airport, Flughafenallee 26, Bremen. Zum „Aufwärm" gibt es zunächst ein Stück Kuchen mit Kaffee/Tee/Kakao. Für das Zwischenprogramm tritt erstmals die „Bremische-Männer-Chorgemeinschaft" mit 50 Sängern unter der Leitung von Anna Koch auf. Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Um die ordnungsgemäße Fleck-Zubereitung kümmert sich Vorstandsmitglied Hans Rummel. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, 23 Euro für Nichtmitglieder, Eintritt ohne Essen 11 Euro (darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten). Anmeldungen mit Nennung des Speisewunsches bei Frau Reiter, Kiebitzbrink 89, Telefon (0421) 271012, oder in der Geschäftsstelle der Gruppe, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718. Das Geld kann auch überwiesen werden.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 7. März, 13 Uhr, Besuch der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird die Komödie „Sturmgeselle Sokrates" von Hermann Sudermann. Tagesablauf: 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld; 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee, gegenüber Hamburg Hauptbahnhof; 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang; 16 Uhr, Theateraufführung; 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 6. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder mit der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche etwa sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich willkommen. Es erwartet Sie eine Kaffeetafel und ein fastnachtliches Programm.



Heiligenbeil – Sonnabend, 13. Februar, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab der U-Bahnstation Hammer-Kirche, Wandsbek Markt oder Billstedt. Von der Bushaltestelle Bauerbergweg sind es nur noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Der Vorstand würde sich freuen, wenn viele Mitglieder der Jahreshauptversammlung erscheinen würden. Anmeldung bis zum 12. Februar beim Vorsitzenden K. Wien, Telefon (040) 30067092. – **Neuntägige Ostpreußenreise** in den Kreis Heiligenbeil vom 24. April bis 2. Mai 2010. Es werden alle Kirchspiele besucht, also auch Ihr Heimatort. Reisepreis ab 20 Teilnehmern 764 Euro; ab 30 Teilnehmern 714 Euro; ab 40 Teilnehmern 664 Euro pro Person im DZ. Im Preis enthalten: HP, Reiserücktrittversicherung, Krankenversicherung im russischen Teil des Kreises, Erlaubnis für den grenznahen Bereich im russischen Teil, Reiseleitung, Stadtführungen, Grenzgebühren und Visakosten. Reiseunterlagen ab sofort bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 3. März, 13 Uhr, Frühlingsfeier mit heimatlichen Gedichten und gemeinsamen Lieder im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123-125. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 27. Februar, 15 Uhr, Kappenfest im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlstorf. Bei Musik zum Mitsingen soll in fröhlicher Runde in den Karneval geschunkelt werden. Es beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel. Gäste mit und auch ohne Kappe sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.



Sensburg – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 2. März, 14.30 Uhr, Kulturveranstaltung der Gruppe im Café Winter, Möllner Landstraße 202, 22120 Hamburg, nahe Bahnstation U3 Steinfurter Allee. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 22. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Filmvortrag von Manfred Samel: „Der deutsche Osten in alten Bildern aus den Jahren 1920/30". Zum Teil noch nie gezeigte Bilder aus Kultur und Tradition.

auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 13. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend".

Wiesbaden – Dienstag, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstr. 35. Auf dem Programm steht „Kreppelkaffee" – ein Nachmittag mit allerlei Lustigem zur närrischen Zeit. – Donnerstag, 18. Februar, 12 Uhr, Stammtisch der Gruppe in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstr. 46, Wiesbaden-Rambach. Es wird Schmandhering serviert. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Für die Platz- und Essensdisposition unbedingt anmelden – bis spätestens 12. Februar – bei Familie Schetat, Tel.: (06122) 15358.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Delmenhorst – Dienstag, 2. Februar, 15 Uhr, Heimatnachmittag der Frauen- und Männergruppe im Restaurant Riva.

Göttingen – Dienstag, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Junkernschänke", Barfüßerstraße 5. Charlotte Eimer hält einen Vortrag über „die Aufgaben der Frauen-Union".

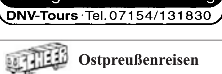
Hannover – Freitag, 19. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem gemütlichen Beisammensein. Klaus Lunau hält einen Vortrag über „das Ostseebad Cranz, das Samland und die Kurische Nehrung – früher und heute". Lm. Luna hat seinen zweiten Wohnsitz in Cranz.

Helmstedt – Donnerstag, 11. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111. – Donnerstag, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte Schützenwall 4. – Donnerstag, 18. Februar, 8.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur wöchentlichen Wassergymnastik im Hallenbad. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Ratskeller, Markt 1, Hildesheim.

Oldenburg – Mittwoch, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Diavortrag: „Mit dem Fahrrad in Litauen und Lettland – von Memel (Klaipeda) bis Riga". Von ihrer geführten Radtour erzählen Renate und Detlef Lubenau. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 17





Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 16

Osnabrück – Dienstag, 16. Februar, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.

Rinteln – Donnerstag, 11. Januar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Friedhelm Gorski zeigt den Film „Danzig – Stadt der stolzen Kaufleute". Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen zum Programm und zur landsmannschaftlichen Arbeit bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386. – Nach der erfolgreichen Memellandreise 2009 ist nun vom 11. bis 20. Mai 2010 – wieder gemeinsam mit Professor Heinz Schürmann, Bielefeld – eine zehntägige Studienreise ins (heute russische) Königsberger Gebiet geplant. Entdeckungen und Begegnungen abseits der Hauptrouten: Königsberger „Provinz" – Die ganz andere Ostpreußenreise. Kultur, Natur, Literatur und Spurensuche. Mythos einer faszinierenden Landschaft. Hinreise über Posen (Übernachtung), Ostseebad Rauschen / Samland (zwei Übernachtungen), Insterburg (fünf Übernachtungen), zurück über Stolpmünde / Ostsee (Übernachtung). Kleine Städte, vergessene Dörfer, alte Gutshöfe, verfallende und erneuerte Kirchen, lauschige Alleen und Spurensuche in der historischen Landschaft der „dunklen Wälder" sind Ziele dieser außergewöhnlichen Studienreise. Sie führt vor allem zu wenig bekannten Orten und Gebieten im nördlichen Ostpreußen abseits der gängigen touristischen Hauptrouten in eine Welt, die vielfach anders ist als unser gewohntes Europa. Das Königsberger Gebiet, einst Ordensland und deutsche Kornkammer, scheint weithin von der Natur „zurückerobert". Es besticht durch eindrucksvolle, oft als magisch bezeichnete Landschaften, darunter die Rominter Heide, Teil der Großen Wildnis, das Frische und das Kurische Haff, die Kurische Nehrung und die Memelniederung. Das storchenreiche Land mit seinen immer noch imposanten, oft schon verfallenen gotischen Ordensbauten und seiner unverwechselbaren, glazial geprägten Natur zählt zu den interessantesten und spannendsten Regionen Europas. Eingeplant sind auch Kontakte vor Ort. Ausgewählte literarische Texte zur Region werden uns unterwegs begleiten. Soweit integrierbar, wird auch Gelegenheit zur Spurensuche sein, weil oft gerade dadurch Geschichte unmittelbar erlebbar wird. Die Leitung der Reise liegt wieder in den Händen von Prof. Dr. Heinz Schürmann und Joachim Rebuschat, die beide mit dem Raum durch viele gemeinsame Studienreisen und eigene Forschungen seit langem bestens vertraut sind, zusätzlich deutschsprachige russische Begleitung vor Ort. Weitere Informationen: Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, Telefon (05751) 5386, Mobil (0176) 53439843, E-Mail: j.rebuschat@web.de



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Sonnabend, 6. Februar, 20 Uhr, traditioneller Winterball der Landsmannschaften Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Sudetendeutsche und Bessarabiendeutsche im kleinen Saal der Stadthalle Bonn-Bad Godesberg. Musikalische Unterhaltung durch das Duo „Ha-Si". Die Teilnehmer erwartet ein buntes kulturelles Programm, unter anderem mit Mundartvorträgen, Kurt Delander als Zarah Leander, Zauberer Manfred Dekker sowie eine große Tombola. Der Eintritt beträgt 15 Euro im Vorverkauf und an der Abendkasse, Schüler, Studenten und BJO zahlen 10 Euro. Alle Landsleute und Ostpreußen-Gruppen sind herzlich dazu eingeladen. Auskünfte erteilt Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Bielefeld – Donnerstag, 11. Februar, 15 Uhr, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Schabberstunde in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. Referat: Das Sozialwerk Stukenbrock in der Zeit von 1948–1970". – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 2. Februar, 19 Uhr, ein Film über Ostpreußen im „Haus am Rhein", Elsa-Brändström-Straße 74.

Dortmund – Montag, 15. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den ostdeutschen Heimatstuben Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 12. Februar, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im HDO.

Düsseldorf – Freitag, 12. Februar, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62. – Dienstag, 16. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 18. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube zur Jahreshauptversammlung. Anschließend gibt es Grützwurst nach Monikas Art.

Essen – Freitag, 19. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Matjes-Essen in der „Stern Quelle", Schäferstraße 17, 45127 Essen, Nähe des RWE Turmes.

Gevelsberg – Freitag, 19. Februar, 16.15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Wahlen im Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gütersloh – Montag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütesloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Montag, 15. Februar, 15 Uhr, Treffen vom Ostpreußischen Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. Anmeldung ist nicht erforderlich. Interessierte „Drosseln", die gerne singen, sind herzlich willkommen. Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Lüdenscheid – Vom 29. Mai bis 8. Juni führt die Gruppe eine elftägige Reise nach Ostpreußen durch. Die Reise geht in den südlichen und nördlichen Teil unserer Heimat bis auf die Kurische Nehrung nach Rossitten und auf Wunsch aller Teilnehmer auch nach Nidden und Schwarzort. Interessierte Landsleute und Gäste, die die Sehenswürdigkeiten unserer Heimat kennenlernen möchten, melden sich bitte umgehend bei Dieter Mayer oder Waltraud Lange, Telefon (02351) 81942 an.

Neuss – Sonntag, 7. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit anschließendem Grützwurstessen im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss.

Wesel – Sonntag, 21. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Der Erste Vorsitzende Kurt Koslowski und der Vorstand bitten um rege Teilnahme der Landsleute und Heimatfreunde an einer schönen Kaffeetafel. Im Anschluss daran wird der Film „Vom Kurfürstentum zum Königreich – von 1640 bis 1730" gezeigt.

Witten – Donnerstag, 25. Februar, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Herr Weigand referiert über Vertriebenen-Fragen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

Mainz – Freitag, 12. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 19. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 62. Thema: „Ostpreußischer Humor" – es werden humorvolle Geschichten, Anekdoten und Lebensweisheiten hören.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung auf Seite 18

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Donnerstag, 11. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben. Es gibt einen Vortrag über Aschersleben. – Mittwoch, 17. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hecknerstraße 6, 06449 Aschersleben.

Giersleben – Donnerstag, 11. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der „Alten Schule“.

Tangermünde – Busreise im Sommer 2010 nach Ostpreußen, ins Baltikum und nach St. Petersburg. Dr. Günter Lange plant auch in diesem Jahr wieder eine mehrtägige Reise, vom 9. bis 21. Juli 2010 wird es mit dem Bus über Ostpreußen nach Litauen, Lettland, Estland und Helsinki gehen. Von dort mit der Fähre nach Rostock. Jeweils ein bis zwei Tage Übernachtung sind geplant: in Danzig, Königsberg, Insterburg, Wilna, Riga, Reval, St. Petersburg mit Stadtführungen. Der Preis beträgt etwa 1300 Euro (Übernachtung, HP), abhängig von der Teilnehmerzahl. Nähere Auskünfte unter Telefon (039322) 3760. Es sind noch einige Plätze frei.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Zum Preußentag konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 68 Teilnehmer begrüßen. Im Anschluss an die Begrüßung hielt er den Vortrag: „Die humanitäre Bilanz Preußens – ein Vorbild für die Welt“. Bis zum Mittagessen unterhielt Jochen Gawehns die Anwesenden mit mundartlichen Beiträgen aus Ostpreußen, nachdem er kurz über die Gründe des Ersten Weltkrieges vortrug. Nach dem Mittagessen begeisterte H.-J. Kämpfert mit dem Diavortrag: „Danzig – einst und heute“. Nach einer Kaffeepause machte der Alleinunterhalter B. Kark-Carlson aus den Gästen Schauspieler für einen humorvollen Einakter.

Bad Schwartau – Sonnabend, 6. Februar, Winterfest der Ostpreußen im Waldhotel Riesebusch, Sonnenweg 1, 23611 Bad Schwartau,

Burg/Fehmarn – Dienstag, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“. Ingelore Spaeth wird heitere Geschichte in Mundart lesen, für die musikalische Umrahmung sorgt Brigitte Asbahr auf ihrem Akkordeon.

Kiel – Donnerstag, 18. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat. Bunter Nachmittag: „Kurz nach Aschermittwoch ist noch nicht alles vorbei“.

Neumünster – Sonnabend, 13. Februar, 18 Uhr, traditionelles Königsberger Klops-Essen in der Stadthalle am Kleinflecken. Anmeldung bis zum 9. Februar unter Telefon (04321) 82314.

Pinneberg – Sonnabend, 20. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem fröhlichen Nachmittag im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Autorenlesung

Göttingen – Eine Autorenlesung von und mit Ursula Dorn findet am Freitag, 12. Februar, 18 Uhr, im Hotel Rennschuh, Kasseler Landstraße 93, Göttingen, statt. Die Autorin liest weitere Kapitel ihrer Autobiografie „Ich war ein Wolfskind aus Königsberg“. Veranstalter dieser Lesung ist der Verein „Brücke Göttingen-Kaliningrad e. V.“

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Eine Reise auf den Spuren der „Stationen von Flucht und Vertreibung“ *(Fortsetzung aus Folge 4/Teil IV)* Die Rückreise führte vorbei an Königsberg sowie am Frischen Haff bis Heiligenbeil und weiter bis zur russisch-polnischen Grenze. Der Bereich von Heiligenbeil erinnert noch heute an die schweren Kämpfe und die vielen Versuche, über das Haff zu entkommen. Nach Überquerung der Grenze, die ohne Probleme verlief, ging es zunächst weiter bis Braunsberg. Hier war eine kurze Besichtigungspause auf dem Domparkplatz angesagt. Danach führte die Fahrt direkt nach Frauenburg, wo den Teilnehmern in der beeindruckenden Burganlage eine Führung durch den Dom erwartete. An dieser Stelle wirkte auch Nikolaus Copernicus und noch heute kann man den Turm und das dazugehörige Museum besichtigen. Frauenburg war zudem Sammel- und Ausgangspunkt für viele Flüchtlinge, die von hier über das damals zugefrorene Frische Haff unterwegs waren. Dieses geschah in langen Trecks und unter größten Opfern, ständig attackiert von feindlichen Jagdflugzeugen wie auch der Gefahr zu ertrinken. Ziel war Kahlberg auf der Frischen Nehrung, die Ausfälle bzw. Verluste der Überquerung wogen schwer. Zum Gedenken derer, die diesen Weg gegangen sind, aber auch der unzähligen Opfer, erfolgte auf gleichem Weg eine Überfahrt mit dem Schiff. Der Bus wurde dazu eigens rechtzeitig in Marsch gesetzt, so dass die Aufnahme in Kahlberg ohne Probleme verlief. Danach Weiterfahrt auf der Frischen Nehrung über Stutthof, ehemals KZ-Lager, später Sammelpunkt von Flüchtlingen sowie durch das Weichseldelta. Hier wurde bis zum 8. Mai 1945 noch ein deutscher Brückenkopf verteidigt, über den eine Vielzahl von Flüchtlingen und Soldaten zur Halbinsel Hela verbracht werden konnten. Schon bald wurde Gdingen/Gotenhafen erreicht, wo für die Gruppe unweit der Hafenanlage Hotelunterkunft bereit stand. Der nächste Tag war mit Besichtigungen der Dreistadt Danzig, Zoppot und Gdingen ausgefüllt. Auch wurde ein Ausflug per Schiff zur „Westerplatte“ unternommen. Hier begann am 1. September der Zweite Weltkrieg mit all seinen schrecklichen Folgen. Am Vormittag des folgenden Tages erfolgte das Übersetzen mit dem Schiff von Gdingen/Gotenhafen durch die Danziger Bucht bis zur Halbinsel Hela. Die gleiche Fahrtroute, die auch das Kreuzfahrtschiff „Wilhelm Gustloff“ seiner genommen hatte. Die Halbinsel Hela war bis Kriegsende hart umkämpft und bot in den letzten Wochen die einzige Möglichkeit des Abtransports der aus den ostdeutschen Gebieten geflohenen Zivilisten und Truppen über See nach Westdeutschland. So wurden von Danzig-Gotenhafen-Hela folgende Transporte durch die Marine und deren Hilfskräfte bewältigt: Januar 1945: 62 000 Flüchtlinge, Ende Januar bis Ende April: 900 000 Flüchtlinge und mindestens 300 000 Verwundete und Truppen, 2. bis 8. Mai: etwa 85 000 weitere Personen. Die Gedanken während der Überfahrt mit Blick auf das zurückliegende Festland konnten nicht annähernd das Ausmaß der Tragik derer erfassen, die unter diesen Umständen zurückbleiben mussten. Auch hier war der Bus pünktlich zur Stelle, so dass die Fahrt zum Festland fortgesetzt werden konnte. Infolge ging es durch Westpreußen und Pommern, mit den Städten Stolp und Schlawe, bis nach Krag zur letzten Unterkunft der Reise weiter. Hier, in der gediegenen Anlage des restaurierten Schlosshotels der Podewils zu Krangen – aus dem 15. Jahrhundert stammend – fand in stilvoller und guter Atmosphäre der Ausklang der für alle Teilnehmer bemerkenswerten Reise statt. Der festliche Abend bei Kaminfeuer und Kerzenlicht wird bei dem einen oder anderen noch lange in schöner Erinnerung bleiben. Die eigentliche Rückreise nach Deutschland erfolgte dann über Köslin und Stettin sowie Berlin nach Hannover. Die hierbei gefahrene Gesamtstrecke betrug letztlich 3247 Kilometer, bei der es keine Vorkommnisse zu verzeichnen gab. Eine ähnliche Reise mit dem Titel „Busreise Elchniederung, Rauschen und Danzig mit Land, Nehrung, Haff und Meer“ ist für die Zeit vom 27. August bis 5. September 2010 als Sonderprogramm für die Kreisgemeinschaft Elchniederung geplant.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. 2. Stellvertreter: Michael Ochantel, Schulstraße 17, 84056 Rottenburg, Telefon (08781) 203164. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Neuntägige Ostpreußenreise: Kreis Heiligenbeil, Königsberg, Kurische Nehrung, Marienburg – 1. Tag: Anreise über Hamburg, Hannover, Michendorf (Berlin) nach Schneidemühl. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Schlochau, Konitz, Pr. Stargard nach Marienburg. Nach Besichtigung der imposanten Burganlage Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur Grenze Grunau/Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil/Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die ehemalige Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Kreisrundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. 6. Tag: Tagesfahrt auf die Kurische Nehrung mit Besichtigung der „Fringilla“ Station, Wanderung zur Düne „Epha“ und Aufenthalt am Ostseestrand. 7. Tag: zur freien Verfügung. 8. Tag: Heute verlassen wir Königsberg und fahren zum Grenzübergang Heiligenbeil/Grunau. Weiterfahrt vorbei an Elbing nach Schneidemühl oder Posen. 9. Tag: Schneidemühl/Posen – Heimreise. Termin: 27. Mai bis 4. Mai 2010. Fahrpreis pro Person: 735 Euro Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro, Visagebühr: zur Zeit 55 Euro – Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen, ab 35 Personen Fahrpreis pro Person 699 Euro / DZ. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut Programm, Gebühren Polen/Russland, Eintritt/Führung Marienburg, Na-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Freitag, 5. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Heil Hitler und Alaaf! – Karneval in der NS-Zeit.
Sonnabend, 6. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Hitlers Verbündete – Ungarn und Rumänien.
Sonnabend, 6. Februar, 21.45 Uhr, Phoenix: ZDF-History – Mielkes Menschenjäger.
Sonntag, 7. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 7. Februar, 20.15 Uhr, Arte: Hiroshima (1/2).
Sonntag, 7. Februar, 21.55 Uhr, Arte: Hiroshima (2/2).
Sonntag, 7. Februar, 23.10 Uhr, Arte: Schweres Wasser – Hitlers Traum von der Bombe.
Montag, 8. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Als die Deutschen weg waren (1/3).
Montag, 8. Februar, 23.15 Uhr, WDR: Die Narren und die Nazis.
Dienstag, 9. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Als die Deutschen weg waren (2/3).
Dienstag, 10. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Als die Deutschen weg waren (3/3).
Freitag, 12. Februar, 23.20 Uhr, Dmax: Sir! No Sir! – Widerstand der US-Militärs gegen den Vietnamkrieg.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

turschutzgebiet Kurische Nehrung, Führung „Fringilla“ Station, deutschsprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Wir bitten um frühzeitige Anmeldung, da für Fahrten ins grenznahe Gebiet im nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil eine Sondergenehmigung beantragt werden muss.

Neuntägige Ostpreußenreise der Stadtgemeinschaft Zinten 2010 – Wir besuchen Zinten am 5. Tag der Reise! Wer kommt mit? Erbitten umgehende Anmeldung bei Stadtvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, und Fax (035343) 61480, E-Mail: reyvio@web.de, oder Stadtvertreter Siegfried Dreher, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf, Telefon (04102) 61315, Fax (04102) 697794. E-Mail: M.S.Dreher@t-online.de Die vorgesehen Stationen: Besuch der Frischen Nehrung, Oberländischer Kanal, Frauenburg, Kreis Heiligenbeil, polnischer Teil mit den Orten Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee etc. und russischer Teil mit Heiligenbeil, Rosenberg, Bladiau, Ludwigsort, Brandenburg und natürlich Zinten, dann Königsberg, und den Städten Thorn, Posen. Das Programm: 1. Tag: Anreise von Itzehoe über Hamburg (ZOB), Michendorf nach Schneidemühl in Polen. 2. Tag: Nach dem Frühstück geht die Reise weiter durch Pommern: Schlochau, Konitz, Pr. Stargard, Tiegenhof auf die Frische Nehrung nach Kahlberg – Aufenthalt – am Spätnachmittag Weiterfahrt durch Elbing nach Frauenburg. 3. Tag: Nach einem gemeinsamen Spaziergang zum Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Frische Haff beginnt die Rundfahrt durch den südlichen Teil des Kreises Heiligenbeil. Ziele: Eisenberg, Lichtenfeld, Tiefensee, Eichholz. 4. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Frauenburg und fahren durch Braunsberg zur polnisch/russischen Grenze Grunau/Heiligenbeil. Rundfahrt durch Heiligenbeil/Rosenberg und Weiterfahrt nach Königsberg. Nach einer Stadtrundfahrt durch die Hauptstadt Ostpreußens Fahrt zum Hotel. 5. Tag: Rundfahrt durch den nördlichen Teil des Kreises Heiligenbeil: Ziel Zinten! 6. Tag: Zur freien Verfügung. 7. Tag: Nach dem Frühstück verlassen wir Königsberg und fahren über den Grenzübergang Heiligenbeil/Grunau nach Hirschfeld. Hier beginnt unsere Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal bis Buchwald. Erleben Sie auf dieser rund zweistündigen Fahrt vier geneigte Ebenen, auf dieser wohl schönsten Strecke des Kanals. Weiterfahrt vorbei an Osterode nach Thorn, einer sehr schönen, alten Stadt. 8. Tag: Nach einer Stadtführung durch Thorn, auch Königin der Weichsel genannt, verlassen wir gegen Mittag Thorn und fahren durch Hohensalza, Gnesen nach Posen. Auf Wunsch eine kleine Stadtführung in Posen. 9. Tag: Posen – von dort Heimreise. Termin: 27. April bis 5. Mai 2010, Fahrpreis: pro Person: 744 Euro, plus Visagebühr: zur Zeit 55 Euro. Einzelzimmerzuschlag: 137 Euro. Mindestbeteiligung: 25 Personen. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreiseomnibus, acht Hotelübernachtungen mit Halbpension, Rundfahrten laut obigem Programm, Gebühren Polen / Russland, Schiffsfahrt Oberländischer Kanal, Stadtführungen Königsberg, Thorn und Posen, deutsch sprechende Reiseleitung und Betreuung im Königsberger Gebiet, Hotelregistrierungsgebühren, Visabeschaffung, Reisebegleitung. Planung, Organisation, Reisebetreuung, Reiseleitung erfolgen durch das Ehepaar Gudrun und Bernd Schmidt (aus Plössen, Kirchspiel Zinten-Land).



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Gerda Kern verstorben – Mit großer Bestürzung erhielten wir die Nachricht, dass unsere Gerda Kern, geb. Pantel am Heiligabend 2009 verstorben ist. Geboren am 11. Juni 1934 in Schönwaldau im Kreis Insterburg, verzog die Familie recht bald nach Popelken, in den Kreis Labiau. Der Vater betrieb dort ein Gut und Gerda wuchs zusammen mit ihrer älteren Schwester behütet auf. Bis 1945 das Unvermeidliche kam, die Familie musste flüchten, wie viele andere ihre Heimat, Haus, Hof und Vieh verlassen. Nach schlimmen Erlebnissen kam die Familie nach Dellstedt in Schleswig-Holstein, wurde dort auf dem Hof Martens untergebracht. Der Vater war zur dieser Zeit noch in Gefangenschaft. Als er endlich entlassen wurde und die Familie wieder glücklich vereint war, fand er zunächst auch auf dem Hof Arbeit. Gerda und ihre Schwester gingen in Dellstedt zur Schule. Gerda wurde am 27. März 1949 in Tellingstedt konfirmiert. 1950 wurde die Familie in den Schwarzwald umgesiedelt. Dort fanden sie in Haslach i. K. ein neues Zuhause. Wie viele junge Mädels hat sie dort einen Burschen aus dem Nachbarort Hausach kennen und lieben gelernt. Im Januar 1954 heiratete sie dann Bernhard Kern und zog nach Hausach. Vier Mädels wurden geboren, die Gerda später eine große Stütze waren. Ihr gelang es auch, ihren Kindern die Liebe zu Ostpreußen, ihrer Heimat, weiterzugeben. Es war selbstverständlich für Gerda Kern, dass sie sich für ihre Heimat Ostpreußen engagierte. Sie trug ihre Geschichten und Erlebnisse und auch das Geschehen der Flucht sehr bildhaft vor. Sie wirkte aktiv in der Gruppe der Ost- und Westpreußen in Lahr mit, ebenfalls bei den Heimatfreunden in Hausach. Außerdem arbeitete sie intensiv daran, die ostpreußische Mundart zu erhalten. In der Kreisgemeinschaft Labiau, zu der Popelken gehört, brachte sie sich ebenfalls sehr aktiv ein. Als „Ostpreußische Madamsche“ trug sie mundartliche Sketche und selbst geschriebene Gedichte vor. Ihre Aktivitäten bei den Reisen unserer Kreisgemeinschaft in die Heimat waren einmalig, man scharte sich um sie, um Informationen zu bekommen, Anekdoten zu hören oder auch abends gemeinsam mit ihr zu singen. Die Liederbücher mit den heimatlichen Texten brachte sie gleich mit. Alle, die sie dabei kennengelernt haben, nahmen die Nachricht von dem doch plötzlichen Tod mit großer Bestürzung auf. Mit ihr geht eine engagierte Ostpreußin, die aus dem Kreis ihrer Landsleute höchste Anerkennung erhielt. Wir sind glücklich, ein Stück des Weges zusammen mit Gerda Kern gegangen zu sein und werden das Andenken an diese wunderbare Frau stets in uns tragen. Gerdas Lebensmotto war: „Diejenigen sind stark, die unter Tränen lachen, eigene Sorgen verbergen“. Brigitte Stramm, Kreisvertreterin.

Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums e.V.



Lüneburg – Auf seiner Mitgliederversammlung wählte der Verein „Freunde des Ostpreußischen Landes- und Jagdmuseums“ einen neuen Vorstand. Die satzungsgemäße Wahl ergab folgendes Ergebnis: Erster Vorsitzender Dr. Erik Dorff (Bildmitte), Zweiter Vorsitzender Dr. Alexander v. Knorre (rechts) und Dritter Vorsitzender wurde Rolf Liebeneiner (links). Weitere Mitglieder des Vorstandes wurden: Detlev Völkel und Karin Faulhaber. Eine schon angekündigte Mitgliederversammlung findet hingegen nicht statt.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen“. Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land“ (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen“ – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen“ von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens zehn Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt.

Bestellungen nimmt entgegen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer-Rupprecht, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400819, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

6./7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont
23./25. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont
24./25. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein
3.–5. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim, Bad Pyrmont
21./24. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
26. Juni: Deutsches Sommerfest der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein
24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont
29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont
8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Ermländische Begegnungstage

Bad Sassendorf – Vom Freitag, 28. bis Sonntag, 30. Mai finden die „Ermländischen Begegnungstage 2010“ im „Haus Düsse“, Ostinghausen, 59505 Bad Sassendorf, Telefon (02945) 9890 statt. Traditionsgemäß werden Gäste aus Westdeutschland sowie dem heutigen Ermland erwartet. Auch wird unter anderem der ermländische Visitator Dr. Schlegel diese Tage der Begegnung begleiten. Die diesjährigen ermländischen Begegnungstage stehen unter dem Thema: „Das unliebsame Kind“. Mit diesem Schwerpunkt wird der Blick nach innen, in die deutsche Gesellschaft gerichtet. Darin soll die heutige Arbeit und Seelsorge an Vertriebenen, die Jugendarbeit in Polen und Deutschland, die Begegnung mit der neuen polnischen Generation beleuchtet und dies der Tatsache gegenübergestellt, dass diese Aktivitäten stets in der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein Schattendasein fristen, das sie politisch ausgeblendet werden, ja unliebsam sind. Zum einen, weil der Blick nach Osten wegen des Wohlstandgefälles generell mit einer gewissen Zurückhaltung behaftet ist und zum anderen, weil das Geschehene in den Weltkriegen immer noch auf uns wie ein vorgehaltener Spiegel lastet. Diesem in der Völkergemeinschaft einzigartigen Verhalten der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland will man auf den Grund gehen.

»Wolfszeit« in Ostdeutschland

Ein Familienschicksal – Die fast vergessenen Opfer von Flucht und Vertreibung

Am 12. Januar, vor nunmehr 65 Jahren, brach mit dem Großangriff der Sowjets eine Apokalypse über die deutsche Bevölkerung östlich der Oder herein. Das Drama endete schließlich mit der Vertreibung von 14. Millionen Deutschen. Besonders betroffen war die Provinz Ostpreußen. Klaus Wulff schildert das Schicksal einer Familie seines einstigen Heimatortes Fuchsberg nahe Königsberg, das beispielhaft für das unbeschreibliche Leid ist.

In dem 1000 Seelen zählenden Dorf Fuchsberg, etwa 22 Kilometer südöstlich Königsbergs gelegen, beginnt am 24. Januar 1945 die Flucht. Am Tag darauf macht sich die fünfköpfige Familie des mittelbäuerlichen Hofes Karl Bartsch bei strengem Frost und Schneefall auf den Weg. Der Ehemann, im Polenfeldzug wegen seiner schweren Verwundung aus der Wehrmacht entlassen, war schon im August 1944 erneut eingezogen worden und stand irgendwo an der Ostfront. Mit dem bereits hergerichteten und beladenen Pferdewagen verlässt die Jungbäuerin mit dem sieben Monate alten Säugling Siegfried, der vierjährigen Tochter Helga und den betagten Schwiegereltern den Hof. Jan, der Pole, kutschiert das überladene Gefährt. Das durchfahrene Dorf ist fast menschenleer, als man es durch den noch freien „Hinterausgang“ nach Weißenstein, Richtung Frisches Haff verläßt. Obwohl der Wagen mit Teppichen dachartig abgedeckt ist, bietet diese Provisorium wenig Schutz bei -20 Grad Celsius Frost und Schneefall. Man kommt auf Feldwegen nur langsam vorwärts, denn die Hauptstraßen sind durch Trecks und das Militär verstopft.

Die Fahrtrichtung muss häufig gewechselt werden. Wertvolle Stunden gehen verloren. Bei Gollau, nach nur etwa 30 Kilometern, bahnen sich sowjetische Panzer rücksichtslos ihren Weg an dem kilometerlangen Treck vorbei. Die nachrückenden Einheiten hausen in bekannter Manier. Vergewaltigungen und Erschießungen nehmen auf der einstigen Reichsstraße 126 zwischen Golla und Mahnseld verheerende Ausmaße an. Die Geschundenen kommen überwiegend aus den Nachbarorten Fuchsberg und man kennt sich teilweise. Der übriggebliebene verängstigte Rest wird zusammengetrieben und Richtung Osten in Marsch gesetzt. So bleibt auch der Fluchtwagen mit dem letzten Hab und Gut mit dem Polen Jan zurück. Für die fünfköpfige Familie beginnt ein fünf Wochen währender strapaziöser Fußmarsch durch tiefen Schnee und klirrende Kälte. Der viele hundert Köpfe zählende Elendszug bewegt sich auf Feldwegen. Das Marschieren hat System. Der Zug der alten Leute, Frauen und Kinder kommt nur mühsam vorwärts. Säugling Siegfried wird in Tücher verpackt zunächst abwechselnd von den Erwachsenen getragen. Doch nach Tagen des Marschierens ohne ausreichendes Essen lassen die Kräfte der beiden Alten nach. Jeder hat in dem Chaos mit sich selbst genug zu tun. So bemerkt man das Zurückbleiben des Großvaters nicht. Was ist mit ihm geschehen? Überlebende berichten von Erschießungen der entkräftet Zurückgebliebenen am Rande des Weges. Genickschuss? Man wird es nie erwahren.

Mit letzter Kraft ist Interburg erreicht. Doch der Säugling hat die wochenlangen Strapazen ohne Milch oder wärmende Mahlzeit nicht überstanden und stirbt. Er wird hinter einer Scheune mehr verscharrt als begraben. Mehr lässt der tiefgefrorene Boden nicht zu. Der nicht enden wollende Marsch geht weiter. Es bleibt keine Zeit zum Abschied oder zur Trauer. Hier geht es ums Überleben. Die Auswirkungen des Marsches zeigen sich immer deutlicher. Besonders alte Menschen bleiben erschöpft am Wegesrand zurück, der Kälte preisgegeben Endlich nach Wochen gelingt es der nunmehr auf drei Personen geschrumpften Familie, sich heimlich abzusetzen. Man beschließt, zurück nach Fuchsberg zu wandern, wo Wärme, Nahrung und Geborgenheit vermutet werden. Doch der Weg ist trotz frühlingshafter Temperaturen beschwerlich und gefahrvoll. Man wandert in der Dunkelheit, um vor Vergewaltigungen sicher zu sein. Mutter und Großmutter tragen die vierjährige entkräftete Helga hängemattenartig in einer Decke. Mehr als fünf bis zehn Kilometer täglich vermögen die völlig Erschöpften nicht zurückzulegen, zumal man Straßen meidet. Durch ein ausgedehntes Waldgebiet nähern sie sich voller Hoffnung dem Hof. Sie erstarren vor Schreck angesichts der Zerstörungen des gesamten Anwesens. Hier gibt es keine Herberge mehr. So wandern sie zu dem Nachbarhof Riemann, auf dem auch weitere zurückgekehrte Dorfbewohner Unterschlupf gefunden haben. An ein Sattessen ist nicht zu denken. Vielmehr müssen alle Erwachsenen täglich schwere Arbeit für die Russen verrichten. Die Scheunen sind noch voller Getreide und müssen abgedroschen werden. Oma Bartsch, völlig abgezehrt und ohne Überlebenswillen, stirbt entkräftet. Sie wird auf dem Friedhof in Fuchsberg beerdigt.

Das Grauen kam über einen Landstrich – Gewaltexzesse bei der Eroberung Ostpreußens

Im Frühjahr 1947, als die Scheunen in Fuchsberg und Umgebung leer sind, werden alle Deutschen in ein berüchtigtes Lager nahe Norkitten, bei Insterburg, transportiert. Die Arbeit auf einer Kolchose ist schwer. Der Arbeitstag hat zwölf Stunden und mehr. Beim Wachpersonal scheinen sich Sadisten zusammengefunden zu haben. Das Urteil der Überlebenden dazu ist einhellig. Es ist oft die Hölle. Wer körperlich in der Lage ist, flieht heimlich. Die junge Frau Bartsch verfällt zusehends, erkrankt an Typhus und stirbt. Helga, mittlerweile sechs Jahre alt, ist nun Vollwaise. In dieser „Wolfszeit“ ist niemand mehr da, der sich nun um sie kümmert. Sie setzt sich immer häufiger von den Erwachsenen ab. Sucht sie ihren Opa, den sie noch am Leben glaubt? Die Spur verliert sich.

Spätere Nachforschungen ergeben, dass im Dezember 1947 ein sechsjähriges blondes Mädchen verlaust und verdreckt in ein Krankenhaus von Insterburg eingeliefert worden ist. Das verstörte Wesen reagierte nicht auf Fragen und antwortet auch nicht. Die Augen starren stumpf ins Leere. Sprachschock. Am ersten Weihnachtstag stirbt das Mädel an Unterernährung. War es Helga? Aussehen und Alter treffen zu. Doch eine genaue Auskunft ist nicht mehr erhältlich, denn die restlichen überlebenden Dorfbewohner waren schon im Herbst 1947 in die spätere DDR abgeschoben worden. Ohne Helga. So bleibt Ungewissheit. Der Vater des Kindes hatte eine erneute schwere Verwundung und Gefangenschaft überstanden. Auf seine Recherchen über den Verbleib seiner Familie erhielt er die vorstehend geschilderte Nachricht. Fast erblindet und sich auf Krücken fortbewegend starb Karl Bartsch wenig später. zerbrochen an dem grausamen Schicksal, das seiner Frau, den beiden Kindern und seinen Eltern widerfuhr.

So endete eine sechsköpfige ostpreußische Familie – eine Familie unter Millionen. Wer überlebte, wurde unter demütigenden brutalen Umständen aus der Heimat vertrieben. Doch dort, wo ihre Flucht endete, empfing man sie nicht immer mit offenen Armen. Man bot ihnen keine Asylunterkunft mit Sozialhilfe. Den vielen geschändeten Frauen konnte keine Therapie geboten werden, die ihnen dazu verhalf, die grausamen Erlebnisse zu verarbeiten.

Unser »Ännchen«

Vom Gelegenheitsgedicht zum Phänomen

Das Lied für die Frau und an die Frau, das jeder gern hört, das fast jeder mitsingen kann, ist wie selbstverständlich von einem Mann gewünscht, von einem Mann gedichtet, von einem Mann vertont, von einem Mann wiederentdeckt und auch noch von einem Mann gesungen worden.



Eine Darstellung des Ännchens von Tharau Bild: H.J.Will

So geht es nun schon seit mehr als 370 Jahren und ein Ende ist nicht abzusehen, denn die Melodie ist zu einem sehr hell leuchtenden Stern am Melodienhimmel aufgestiegen. Heute singen auch die Fischer-Chöre, der Sänger Heino und das Rosenau-Trio das Lied. Damit wird das Lied zu einem Phänomen, denn es war eigentlich nur ein Gelegenheitsgedicht, das im Jahre 1636 zur Hochzeit der Jungfrau Anke Neander mit dem Bräutigam Johannes Portatius als Hochzeitsreigen im Junkerhof zu Königsberg in Preußen aufgeführt wurde.

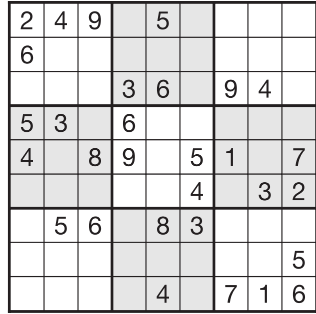
Lisa Will, die schon seit frühester Kindheit mit der Musik eng verbunden ist, immer gern diese Melodie auf ihrem von der Großmutter geerbten von A. Schulz, Hamburg, 1860 gebauten Klavier spielt heute im Hunsrück lebt, ist den vielen Fragen, die sich zu diesem Lied stellen, intensiv nachgegangen.

Herausgekommen ist dabei ein Buch, in dem über das Lied, das Ännchen und ihre Zeit, ihren Geburtsort, den Dichter Simon Dach, den Retter des Liedes Johann Gottfried Herder, den Komponisten und den Zusammenhängen von über 370 Jahren informativ und spannend berichtet wird. Einbezogen ist auch das Brunnen-Denkmal im ostpreußischen Memel mit dem schönen Mädchen Ännchen als krönende Figur obendrauf, das ja vor rund zehn Jahren auf Initiative des Vereins „Ännchen von Tharau e.V.“ aus Mainz in Memel (Kleipeda) neu errichtet wurde. Pikant ist, dass dieses Denkmal nicht dem Ännchen von Tharau zugedacht war, sondern dass damit in der Stadt des bekanntesten Sohns, des Dichters Simon Dach, gedacht wurde.

Während der Recherchen zu ihrem Buch, fand die Herausgeberin zu ihrer großen Überraschung auch noch eine Doppelgängerin der bronzenen Ännchenfigur, die das Bild zeigt. Nur wenigen Eingeweihten ist bekannt, dass dieser Ännchen-Brunnen in Bayern, genauer gesagt im Frankenland, steht. *HJW*

Das Buch ist auch mit 24 Abbildungen illustriert und enthält eine ausklappbare Landkarte, die alle Orte der Geschehen zeigt. 8 Euro, ISBN 10 3-00-019272-7

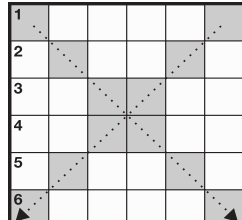
Sudoku



2	4	9		5				
6								
			3	6		9	4	
5	3		6					
4		8	9		5	1		7
					4		3	2
	5	6		8	3			
								5
				4		7	1	6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



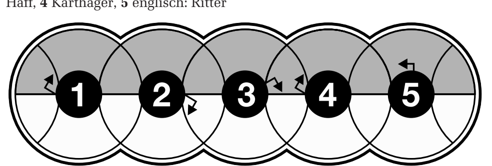
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen einen Schmetterling und einen Gliederfüßer.

1 Strebsamkeit
2 ungezwungen, nachlässig
3 Salzgewinnungsanlage
4 wach, frisch
5 Mundfessel
6 diebischer Vogel

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Satzzeichen.

1 Reizmittelzuführung (Sport), 2 Infektionskrankheit, 3 Fluss zum Frischen Haff, 4 Karthager, 5 englisch: Ritter



So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Fleiss, 2. salopp, 3. Saline, 4. munter, 5. Knebel, 6. Elster – Falter, Spinne

Kreiskette: 1. Doping, 2. Grippe, 3. Pregel, 4. Punier, 5. knight – Doppelpunkt

Sudoku:

Erbe auf dem Sperrmüll?

Eine Ausstellung zeigt, wie Nachlässe künstlerisch verarbeitet wurden – Ein Verein betreut Nachlässe

Im allgemeinen Sprachgebrauch bezieht sich der Begriff Nachlass auf das Vermächtnis, die Hinterlassenschaft der Toten an die Lebenden. Wie man mit einem solchen Erbe umgehen kann, zeigen eine Ausstellung und ein Verein, der sich um Künstler-Nachlässe kümmert.

Einen Schuhkarton voll mit unsortierten Ansichtskarten hinterließen die Eltern Behrens ihrem Sohn Dirk. Jeanette Clasen erbte von ihrem Schwiegervater eine Schatulle mit hunderten von Briefmarken, auf denen das Konterfei der britischen Königin Elisabeth II. abgebildet war. Clasen wie auch Behrens sind Künstler, die sich an einem gemeinsamen Projekt des Bundes bildender Künstler Stade-Cuxhaven und Schloss Agathenburg beteiligt haben. Sechs Künstlerinnen und Künstler aus der Region haben sich mit dem Thema Nachlass beschäftigt und sich ihm auf unterschiedliche Weise genähert. Dirk Behrens hat aus ähnlichen Bildgruppen der Postkartensammlung jeweils ein Motiv ausgewählt und ein Bild gemalt – eine Berglandschaft mit Seilbahn, eine Landschaft am Wasser, eine Stadtansicht, eine südländische Straßenszene. Die geschickte Installation mit vielen wie zufällig dahingeworfenen Karten, einem Klappstuhl, auf dem ein Sakko hängt, lässt den Eindruck entstehen, der Künstler habe gerade den Raum verlassen.

Was bleibt nach dem Tod des Künstlers erhalten?

Diese Empfindung vermittelt auch die Installation, die Ute Breitenberger für die Ausstellung aufgebaut hat. Inspiriert von einem Besuch im Atelier einer gerade verstorbenen Künstlerin hat sie die Szene nachgestellt: Alles liegt noch an seinem Platz, die unvollendete Arbeit auf dem Zeichentisch, die Farben eingetrocknet.

Die vom Schwiegervater geerbten Briefmarken brachten Jeanette Clasen auf eine andere Idee, sich dem Thema Nachlass zu nähern. Sie gestaltete aus den kleinen, unterschiedlich farbigen Porträts der „Queen“ ein überdimensional großes, das den Titel „Porto Morgana“ trägt. Die Geschichte von Hermann Walter erzählt Ingeborg Dammann-Arndt. Der Hochseefischer hatte noch eine zweite Leidenschaft, er zeichnete und malte für sein Leben gern. Nach seinem Tod hinterließ er Ingeborg Dammann-Arndt mehrere Koffer mit Zeichnungen, von denen einige in Schloss Agathenburg zu sehen sind. Sie erzählen von Walters abenteuerlichem Leben auf See. So weit, so gut, oder doch nicht, denn die Lebensgeschichte hat die Künstlerin frei erfunden und auch die Bilder selbst gezeichnet.

Nicht erfunden sind hingegen die Geschichten um die Bilder und Fotos der anderen beiden Künstler. Susanne Stuwe-Thiel hat sich mit dem wechselnden Äußeren eines barocken Sessels beschäftigt, der aus dem Besitz von Schloss Agathenburg stammt. Einem Nachlass der Geschichte Deutschlands aus dem Zweiten Weltkrieg spürt Mike Behrens nach: Seine Fotografien zeigen Beton-Bunkerbauten an der Westküste von Dänemark und Norwegen.


Dirk Behrens: Geerbte Postkarten inspirierten den Künstler. Bild: Osman

Dass der Nachlass eines Künstlers nicht nur Freude bereitet, sondern auch Verantwortung bedeutet, hat manch einer vielleicht schon erfahren. Oft genug stehen Erben nicht nur vor einer Fülle von Kunstwerken, sondern auch vor einem ausgemachten Problem: Wohin mit den sperrigen Bildern, den gewichtigen Skulpturen, wohin gar mit dem schriftlichen Nachlass und anderen Archivalien? Verkaufen? Kommt nicht in Frage. Museen oder Galerien sind entweder nicht interessiert oder stellen die Werke in das Depot, sprich in den Keller. Bald ist die Zeit über sie hinweggegangen, dabei hat die kunstinteressierte Öffentlichkeit ein Recht, auch etwas über weniger bekannte Künstlerinnen und Künstler und ihr Werk zu erfahren.

Das dachten sich auch Hamburger Wissenschaftler, Museumsleute, Nachlasserben und Sammler. Sie gründeten 2003 den gemeinnützigen Verein „Forum für Nachlässe von Künstlerinnen und Künstlern e. V.“ und schufen so eine bundesweit damals einmalige Institution, die bereits viel Interesse erfuhr.

Die Kunstwissenschaftlerin Gora Jain vom Vorstand des Forums hob in einem Gespräch mit der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* die dringende Notwendigkeit hervor, sich um Nachlässe dieser Art zu kümmern. Die Entwicklung sei rasant. Zur Zeit betreue der Verein, der sich zunächst einmal um Künstler kümmert, die einen Bezug zu Hamburg haben, einige Nachlässe, darunter den der Künstlerfamilie Ahlers-Hestermann. Ab Mitte April werden im Künstlerhaus Sootbörn, wo der Verein ein würdiges Domizil gefunden hat, Werke des Malers und einstigen Berliner Akademiepräsidenten Friedrich Ahlers-Hestermann (1883–1973), seiner Frau, der Malerin Alexandra Povórina (1885–1963) und der gemeinsamen Tochter, der vor zehn Jahren vertorbenen Textilkünstlerin Tatjana Ahlers-Hestermann, ausgestellt. Auch der Nachlass der Fotografin Ingeborg Sello (1916–1982) wird im Forum verwahrt; eine Auswahl der Fotografien wurde bereits ausgestellt. Mit weiteren Erben ist man im Gespräch, denn schließlich müssen auch alle juristischen Einzelheiten geklärt werden, wenn die Nachlässe dem Verein als Eigentum übergeben werden sollen.

Doch nicht nur Erben melden sich bei dem Verein, auch Künstler

Auch die Nachlässe weniger bekannter Künstler aufarbeiten

selbst nehmen Kontakt auf. Sie erhalten dann Hinweise, wie sie ihr Werk strukturieren können, um die spätere Arbeit zu erleichtern. So dürfen Daten und Signaturen nicht fehlen.

Auch qualitätvolle Nachlässe weniger bekannter Künstler müssen sicher verwahrt, wissenschaftlich aufgearbeitet und dokumentiert sowie der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden. Kriterien für die Aufnahme seien Ausstellungen in Museen oder Galerien, die Nennung in Lexika oder auch eine akademische Ausbildung. In Zweifelsfällen entscheide ein künstlerischer Beirat über die Aufnahme. Engagierte Juristen, Fotografen und Restauratoren sind bei dieser Arbeit ebenso gefragt wie Kunsthistoriker. Mitgliedsbeiträge und Spenden finanzieren die laufenden Kosten. Das Hamburger Projekt, an dem auch Studenten beteiligt sind, könnte Schule machen, damit für nachgelassene Kunstwerke die Endstation nicht Sperrmüll heißt. *Silke Osman*

Nähere Informationen beim „Forum für Nachlässe von Künstlerinnen und Künstlern e. V.“, Künstlerhaus Sootbörn, Sootbörn 22, Hamburg: info@kuenstlernachlaesse.de, www.kuenstlernachlaesse.de.

Die Ausstellung in Schloss Agathenburg an der B 73 ist bis zum 28. Februar dienstags bis sonnabends von 14 bis 17 Uhr und sonntags von 10 bis 17 Uhr geöffnet.

IN KÜRZE

Schiedsrichter: Mehr als Pfeifen

Freunde des Mannschaftssports sind in diesem Jahr gut bedient. Gerade ging die Handball-Europameisterschaft in Österreich zu Ende, da wartet auf die Anhänger des kühleren Vergnügens schon die Eishockey-Weltmeisterschaft der Herren, die vom 7. bis 23. Mai in Deutschland stattfindet. Höhepunkt des sportlichen Jahres aber wird die Fußball-WM in Südafrika sein. Wenn vom 11. Juni bis 11. Juli die Kicker aus aller Welt um den Sieg kämpfen, dann fallen auch schon mal harte Worte, sollte der Schiedsrichter nicht so pfeifen, wie die Fans der jeweiligen Mannschaft es erwarten. Der drohende Schlachtruf „Schiri, wir wissen, wo dein Auto steht“ ist da noch harmlos.

Dennoch gibt es immer wieder junge Leute, die eben nicht nur mit der Mannschaft über den Rasen oder das Eis toben, sondern lieber dafür sorgen wollen, dass alles mit rechten Dingen zugeht. Sie lassen sich auch nicht von den jüngsten Schiedsrichterskandalen abhalten.


Wichtiges Handwerkszeug: Schiedsrichterpfeife Bild: Internet

Einfach ist der Schiri-Job aber nicht. Mit dem Aufstieg in höhere Klassen steigen die Anforderungen. Schiedsrichter im DFB absolvieren in der Regel sechsmal jährlich eine Leistungsprüfung. Das Schiedsrichter-Handbuch warnt: „Die Erfüllung der Normen ist nur bei permanentem Training gewährleistet. Jeder Trainingsrückstand wird erkannt.“

Handballschiedsrichter gehören zu den mit am meisten beanspruchten Unparteiischen im Sport. Nach diversen Studien haben sie bis zu zehnmal mehr Entscheidungen in einem Spiel zu treffen, als etwa Fußballschiedsrichter. In fast allen Spielklassen müssen Handballschiedsrichter einen jährlichen Befähigungsnachweis erbringen. *os*

Botanische Kostbarkeiten von Maria Callas erklärt

Reiseführer nimmt sich auf ungewöhnliche Weise der preußischen Gartenkunst an – Mit professionell besprochener CD

Dass Brandenburg prachtvolle Parkanlagen im Zentrum der Potsdamer Kulturlandschaft besitzt, die sogar in der Unesco-Weltkulturerbe-Liste aufgeführt sind, ist weithin bekannt. Dass Preußen jedoch weit mehr Gartenkunst zu bieten hat, muss sich erst noch herumsprechen. Zu diesem Zweck ist im Keyser Verlag, Berlin, eine Buchreihe erschienen, die auf ungewöhnliche Weise auf diese botanischen Kostbarkeiten aufmerksam macht.

Mit einem bis dato in diesem Zusammenhang noch nie benutzten Konzept geleiten die Parkführer „Brandenburg – das ganze Land ein Garten“ in Form von fiktiven Gesprächen durch die Schlossgärten und -parks von Brandenburgs Provinz. Damit wird der Leser auf unterhaltsame Weise auf die Eigenarten und Besonderheiten der jeweiligen Anlage aufmerksam gemacht.

Die Unterhaltungen sind dabei in doppelter Hinsicht ungewöhnlich und anregend. Zum einen bringen sie dem Leser die grundlegenden Gestaltungsprinzipien ebenso wie das Gedeihen der Bäume und Pflanzen bis zum heutigen Bewuchs historisch korrekt nahe. Zum anderen schlagen sie Brücken zur Vergangenheit. Denn die Gespräche finden zwischen Personen statt, die sich zu Lebzeiten nie hätten begegnen können: den Eigentümern oder Gestaltern der Gärten aus vorigen Jahrhunderten und verschiedensten Persönlichkeiten späterer Jahre.

Da ist Königin Luise mit Grace Kelly in Paretz unterwegs, Prinz Heinrich mit Theodor Fontane in Rheinsberg, Kurfürstin Louise-Henriette mit Max Liebermann in Oranienburg. Fürst zu Lynar spaziert mit dem Fotografen Helmut Newton durch Fürstlich Drehna, der Baumeister und Gartengestalter David Gilly mit der späteren Kunst- und Gartenhistorikerin Marie Luise Gothein durch Steinhöfel, Graf Finckenstein mit dem modernen Gartengestalter, Schriftsteller und Philosophen Karl Foerster durch Alt Madlitz.

Maria Callas unterhält sich mit Fürst Pückler im Schlossgarten Neuhardenberg, Sir Peter Ustinov mit dem Abt Gabriel Dubau im Klostergarten Neuzelle, Gräfin Lichtenau, die langjährige Geliebte des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II., mit dem Ägyptologen Karl Richard Lepsius im Neuen Garten von Potsdam. Und schließlich machen Lucie Pückler und Federico Fellini einen fiktiven Spaziergang durch den idyllischen Schlosspark Branitz und Peter Joseph Lenné und Albert Einstein durch den von Caputh.


Park Sanssouci: Sizilianischer Garten Bild: spsg

Die Autoren und Herausgeber haben sich von keinem Geringen als Jean-Paul Sartre und seinem bemerkenswerten Werk „Das Spiel ist aus“ für die Konstruktion der Dialoge inspirieren lassen. Ein Versuch, dessen Ergebnisse sich nicht nur in schmalen, rund 60 Seiten starken Büchern in handlichem Taschenformat wiederfinden, sondern auch als Hörbuch. Die CD wird beim Kauf mitgeliefert. Wer lieber hört als liest, wird manche Synchronstimme wiedererkennen, wie zum Beispiel die von Brad Pitt oder Julia Roberts, denn alle Texte wurden mit bekannten Profi-Sprechern aufgenommen.

Die ursprünglich auf zwölf Bände konzipierte Reihe wird 2010 fortgesetzt, allerdings in anderer Form: Dem Spaziergang durch die Parkanlage von Liebenberg wird ein eigenständiger Bildband gewidmet.

Helga Schnehagen



„Brandenburg – das ganze Land ein Garten“, Keyser Verlag, Berlin 2009, Preis pro Buch mit CD 9,98 Euro

Tod im Wendland

Atomprotest endet tragisch



Die Transporte zum Zwischenlager „Gorleben“ im bevölkerungsarmen Wendland waren in den 80er Jahren regelmäßig von Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und einem Großaufgebot der Polizei überschattet. Ins Jahr 1984, als erneut Tausende Atommüllgegner auf die Straße gingen, verlegte der Kölner Lektor und Schriftsteller Jo Lendle die Handlung seines neuen Romans „Mein letzter Versuch die Welt zu retten“. Als ein Atommülltransport bevorsteht, brechen der 17-jährige Schüler Florian und sechs Mitstreiter, alles Jugendliche aus gutem Hause, früh am Morgen des 28. April in einem Kleinbus ins Zonenrandgebiet auf, um sich an den Störaktionen zu beteiligen. Sie tragen ihre beste Kleidung, um möglichst ungehindert bis zum Ort der Ereignisse durchzukommen.

Nach einer Übernachtung in einem Gemeinschaftscamp werden sie am nächsten Morgen von Polizeibeamten aufgegriffen und in einer „Grünen Minna“ abtransportiert. Wieder auf freiem Fuß, beginnt für sie als Mitfahrer in fremden Fahrzeugen eine Odyssee über Neben- und Feldwege, da die Hauptstraßen abgesperrt sind. Die Gruppe ist inzwischen zersprengt worden; übrig bleiben am Ende nur Florian und das Mädchen Antonia, genannt Anton. Gegen Abend brennt der Wald. In Panik flüchten Florian und das Mädchen vor den Polizeieinheiten und den Flammen immer weiter in Richtung Zonengrenze. Am Grenzzaun stirbt Florian.

Erkennbar ist es das Anliegen des Autors, die protestbewegte Jugend der 80er Jahre zu charakterisieren, womit er auch durchweg überzeugen kann. Wie kommt es aber, dass sich schon beim Lesen der ersten Seiten dennoch ein Gefühl von Langeweile und Trübsinn einstellt, gepaart mit der Ahnung, dass sich daran bis zur letzten Seite nichts mehr ändern wird? Einerseits liegt das wohl im Thema selbst begründet. Die Anti-Atomkraft-Aktionen der 80er Jahre im Wendland bieten nun einmal keinen Handlungsrahmen, der aufhorchen lässt, trotz der Aktualität des Themas. Man weiß einfach zu viel darüber.

Dennoch: Hätte der Autor seinen Protagonisten mehr Leben eingehaucht und innerhalb des Handlungsablaufs funkelnde Akzente gesetzt, so wäre dieser Vorbehalt vermutlich hinfällig.

Nur äußere Handlung, keine innere Spannung

Zum Beispiel hätten deutlich mehr und lebhaftere Dialoge dazu beitragen können. Stattdessen berichtet der verstorbene Ich-Erzähler Florian durchweg in einem gnadenlos ruhigen Ton. Seine Erzählung ist nahezu frei von inneren Monologen und Satire, von Überspitzungen und Witz. Eher ist es ein Protokoll der Ereignisse, unterbrochen von Rückblenden, die zwar Aufschluss über sein Elternhaus geben, weniger allerdings über seine Persönlichkeitsentwicklung. Teilweise liegt dies in der gewählten Perspektive begründet.

Unbedingt ist zu erwarten, dass der auf verhängnisvolle Weise Umgekommene „vom Jenseits her“ eine höhere Warte bei seiner Sicht auf das Geschehen einnähme. Doch das ist nicht der Fall. Ebenfalls wäre zu erwarten, dass von dieser Perspektive aus starke Gefühle zum Ausdruck gebracht würden: Reue, Freude, Zorn und Bedauern, und schließlich unbedingt, dass es irgendeine Botschaft gibt. Auch hier heißt es: Fehlanzeige.

Dagmar Jestrzemski

***Jo Lendle: „Mein letzter Versuch die Welt zu retten“**, DVA, München 2009, geb., 249 Seiten, 19,95 Euro*

Identitäten statt Ideologien

Franzose erklärt, wie Emotionen das Weltgeschehen mitbestimmen

DOMINIQUE MOÏSI
KAMPF DER EMOTIONEN

Der französische Autor Dominique Moisi vertritt in seinem aktuellen Buch „Kampf der Emotionen“ eine interessante These: „Wenn das 20. Jahrhundert sowohl ‚das amerikanische Jahrhundert‘ als auch ‚das Jahrhundert der Ideologien‘ war, dann spricht vieles dafür, dass das 21. Jahrhundert ‚das asiatische Jahrhundert‘ und ‚das Jahrhundert der Identität‘ werden wird. Die parallelen Verschiebungen von Ideologie zur Identität und von West nach Ost bedeuten, dass Emotionen die Art und Weise, wie wir die Welt sehen, stärker beeinflussen als je zuvor.“ Anhand von Beispielen schildert Moisi, der stellvertretender Direktor des französischen Institutes für internationale Beziehungen ist, wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen. Oft genug ginge es in der Geopolitik nicht um Vernunft, objektive Gegebenheiten wie Grenzen, Ressourcen oder auch politisches Kalkül, ein Blick auf die Krisenherde der Welt zeige, dass auch stets Emotionen eine Rolle spielten.

Anhand eines alltäglichen Beispiels verdeutlicht er, wie sehr selbst der normale Mensch sein Freund-Feind-Schema aufbaut. Als sich in der Londoner U-Bahn ganz in seine Nähe eine völlig verschleierte Frau mit Rucksack hinsetzte, wurde nicht nur ihm mulmig. Offenbar befürchteten mehrere Menschen, sie würde alle gleich in die Luft sprengen. Die Spannung und Abwehrhaltung gegen diese verschleierte Person sei spürbar gewesen, so Moisi.

Überhaupt sei Angst eine Emotion, die derzeit den Westen charakterisiere. Hierbei seien aber Europa und die USA von verschiedenen Ängsten befallen. Detailliert geht der Autor auf die Unterschiede ein und erklärt, warum Asien für ihn der Kontinent der Hoffnung ist und die arabische Welt vorwiegend aus dem Gefühl der Demütigung heraus agiere. Informationen seien immer auch auf ihren emotionalen Hintergrund zu überprüfen.

Der Westen verspürt Angst, Asien Hoffnung und die arabische Welt fühlt sich gedemütigt

So habe der Zuschauer des Fernsehsenders Al-Dschasira einen ganz anderen Eindruck von den Auseinandersetzungen im Libanon 2006 erhalten als der Zuschauer von CBS. Obwohl beide über denselben Konflikt schilderten, wurden über ganz unterschiedliche Kriege berichtet. Und auch der israelisch-palästinensische Konflikt würde äußerst unterschiedliche Blickwinkel bieten. Nicht nur die verfeindeten Parteien seien von Emotionen geleitet, sondern auch die Vermittler USA und Europa. Koloniale Vergangenheit und Holocaust würden hier das Handeln der Länder Europas mitbestimmen.

Auch die Wahrnehmung der Welt sei sehr unterschiedlich. Während für Europa alles östlich eines gewissen Breitengrades Asien sei, würde China Japan nie als zu Asien zugehörig ansehen und auch Japan würde sich nicht dazuzählen wollen. Selbst Indien sehe sich nicht als asiatisch an.

Anhand zahlreicher Ausflüge in die Geschichte erklärt Moisi, warum sich die arabische Welt immer wieder vom Westen gedemütigt fühlte und fühlt und warum koloniale Schuldgefühle die in sich tief gespaltenen, verunsicherten Europäer in ihrem Handeln zusätzlich lähmen. Auch die abwehrende Haltung vieler Europäer gegen einen EU-Beitritt der Türkei erklärt der Autor vor allem mit einem Wust von Gefühlen, die die sachliche Diskussion überdeckten. Wirtschaftlich gebe es genügend Gründe, die eher für einen Beitritt der Türkei sprechen als den der 2007 Mitglied gewordenen Länder Rumänien und Bulgarien.

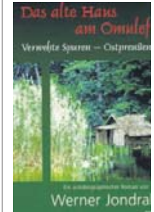
„Kampf der Emotionen“ bietet viele interessante Aha-Momente. Zahlreiche Erkenntnisse des Autors helfen, das jeweilige Verhalten der verschiedenen Akteure auf der Weltbühne besser zu verstehen.

Rebecca Bellano

***Dominique Moisi: „Kampf der Emotionen – Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen“**, DVA, München 2009, gebunden, 230 Seiten, 19,95 Euro*

»Hier zu leben ist ein Geschenk«

Ein Ostpreuße erinnert sich an die Schönheit Masurens



Jene Ostpreußen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Masuren lebten und später fliehen mussten, berichten in erster Linie von den Gräueln der Flucht, welche Angst, Entbehrungen, klirrende Kälte sowie den Verlust von lieben Freunden und Familienangehörigen diese mit sich brachte. Eine andere Erinnerung, bei der jene Zeitzeugen ins Erzählen geraten, ist die Beschreibung der Schönheit der Natur Masurens. Begriffe wie „kristallene Seen“, „verwunschene Wälder“ und „wunderschön verschneite Winterwälder“ sind keine Seltenheit. Diese Beschreibungen werden häufig von Gefühlen wie Wehmut, einer gewissen melancholischen Romantik begleitet. So widmet auch der Naturfilmer und Expeditionsleiter Werner Jondral den Naturwundern Masurens viele Seiten seines autobiographischen Romans „Das alte Haus am Omulef – Verwehte Spuren – Ostpreußen“.

„Hier zu leben ist ein Geschenk Gottes‘, sagte mein Vater, als ich als heranwachsender Junge mit ihm in der Stille der ländlichen Flur durch saftige Wiesen und feuchte Auen, durch schimmernden morgendlichen Tau mit unzähligen Spinnweben und geheimnisvolle, dunkle Wälder wanderte. Wenn ein sanfter Lufthauch den Geruch des reifenden Roggens von den wogenden Feldern wehte, wenn die Schafgarbe, die Melisse, das Knabenkraut, die Kamille und der Klatschmohn am Wiesenrain üppig wuchsen, dann war Sommer in Masuren.“ Werner Jondral erzählt nicht nur aus seiner eigenen Kindheit und Jugend, sondern berichtet auch über das Leben seines Vaters und Urgroßvaters, von der Armut seiner Vorväter, da der karge Boden seiner Heimat nicht genug Nahrung für große Familien abwarf. Werner Jondrals Vater musste aus diesem Grunde bereits als junger Bursche ins Ruhrgebiet gehen, um dort in den finsteren Zechen des Kohlebaus zu schuften. Mit 42 Jahren kehrte er nach 28 Jahren schwerster Arbeit unter einer Staublunge leidend und nach einer Grubenexplosion als Invalide zurück in seine Heimat.

Jondral beschreibt, wie sein Vater in Masuren wieder zu neuen Kräften fand, heiratete und endlich eine Familie gründete.

Neben den Erinnerungen an das Grauen der Flucht erwartet den Leser in „Das alte Haus am Omulef“ jedoch auch noch eine herzergreifende Liebesgeschichte zwischen einem Offizier der deutschen Luftwaffe und einer Polin. Jondral ist dabei nicht immer objektiv, aber seine Ausführungen stecken voll Herzblut. Es sind Erinnerungen an eine Zeit, deren Spuren noch nicht verweht sind, so lange es Zeitzeugen gibt, die diese Erinnerungen weitergeben.

A. Ney

***Werner Jondral: „Das alte Haus am Omulef – Verwehte Spuren – Ostpreußen“**, Schardt Verlag, Oldenburg 2009, geb., 256 Seiten, 16,80 Euro*

Leben eines »Staatsdieners«

Ex-Minister Jörg Schönbohm über sein Leben und seine Überzeugungen

JÖRG SCHÖNBOHM
WILDE SCHWERMUT

Jörg Schönbohm hat über ein ungewöhnliches Leben zu berichten: 1945 Flucht mit Mutter und Geschwistern aus der Heimat in Brandenburg nach Niedersachsen, schwere Anfänge im Westen, Berufsentscheidung für die Bundeswehr und Aufstieg bis zum Dreisternegeneral. Nach 1990 hat Schönbohm die Auflösung der NVA und ihre teilweise Eingliederung in die Bundeswehr zu bewältigen. Schon mit dem Amt des Staatssekretärs im Bundesministerium der Verteidigung hatte der Weg in die Politik begonnen, der dann bis zum Innensenator in Berlin und schließlich zum Innenminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Großen Koalition in Brandenburg führte.

Es ist das Leben eines „Staatsdieners“ (um einen außer Kurs geratenen Begriff zu verwenden) in Uniform und Politik, eines Mannes, der viel bewegt hat und der um den Ausgleich zwischen Militär und parlamentarischer Demokratie stets ebenso bemüht war wie um den zwischen Ost und West im schließlich wieder vereinigten Land. Die Beiträge von Eveline Schönbohm ergänzen das Gesamtbild aus der Perspektive der Ehefrau und der Familie überaus lebendig. Bei allem Dienst an Staat und Volk war und ist Schönbohm ein klassischer „Familienmensch“.

Der Autor hat den eigenwilligen Titel seiner Erinnerungen Ernst Jüngers „Marmorklippen“ entnommen: „Wilde Schwermut“. Schönbohms Schwermut gilt dem Rückblick auf die Schönwetterzeit der alten Bundesrepublik. Und der Untertitel bezieht sich auf Thomas Manns „Betrachtungen eines Unpolitischen“ mit ihrer Klage über „seelische Verödung, Geldherrschaft und Korruption der politicians“, wie es bei Mann hieß. Auch Schönbohm bekennt sich zu den „bürgerlichen“ Tugenden der Leistungsbereitschaft und des Anstands, die den Wiederaufstieg der Bundesrepublik nach der Katastrophe ermöglichten. Eine zutiefst „konservative“ Staats- und Demokratieauffassung kommt für Schönbohm auch im Eid der Bundeswehr zum Ausdruck, „das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“, Tugenden, ohne die die moderne Demokratie in Anarchie und Bürgerkrieg zerfallen müsste. Davon haben sich die zeitgenössische Spaßgesellschaft und ihre Massen weit entfernt, die von der geschichtlichen Herkunft nur noch wenig wissen und für die Sozialstaat und Wohlstand zu einer Art von Religionsersatz geworden sind.

Sozialstaat als Religionsersatz

In seinen politischen Ämtern lernte der Soldat dann auch den parteipolitischen Betrieb kennen, so als in der brandenburgischen CDU persönliches Profilierungsstreben dazu führte, dass die Landespartei sich „selbst versenkte“, wie am letzten Wahlergebnis im Herbst 2009 deutlich wurde.

Wilde Schwermut packte den Innenminister bei der Nachricht, dass eine Mutter zwischen 1988 und 1994 ihre neun Babies getötet und unter Erde „entsorgt“ hatte. Es war dies nicht nur ein schwerster Fall von Kindesmord, sondern auch von Verwahrlosung und Gleichgültigkeit der Umgebung. Als Schönbohm für diese „Proletarisierung“ auch den über 40 Jahre währenden SED-Sozialismus verantwortlich machte, erhob sich bei den Wortführern des linken Zeitgeistes in Ost und West ein Sturm der Entrüstung.

Mit Stolz zitiert der Verfasser die Laudatio zu seinem 70. Geburtstag 2007 von keinem Geringeren als Günter de Bruyn, der zur Orientierung über das Wesen des Konservatismus in unserer Zeit empfahl, sich an den Jubilar als „eine in dieser Hinsicht vorbildliche Persönlichkeit“ zu halten. Es ist zu erwarten, dass von dem Politiker und Soldaten Schönbohm auch weiterhin in Widerspruch und Zustimmung die Rede sein wird.

Klaus Hornung

***Jörg Schönbohm: „Wilde Schwermut – Erinnerungen eines Unpolitischen“**, Landt Verlag, Berlin 2010, 464 Seiten, 29,90 Euro*

Leitbegriffe

Konservative Begriffe finden



„Wer über Begriffe herrscht, der herrscht auch über Menschen und über Verhältnisse“, schreibt der Göttinger Historiker Karlheinz Weißmann im Vorwort über das von ihm und dem Philosophen Erik Lehnert herausgegebene „Staatspolitische Handbuch“, das die Leitbegriffe der Konservativen auflistet. Wie in einem Lexikon sind in diesem Buch die Schlüsselworte der politischen Sprache alphabetisch geordnet. Dies fängt bei „A“ wie „Abendland“ an und hört bei „Z“ wie „Zyklus“ auf.

Jahrelang hat Weißmann an dieser Begriffsbestimmung gearbeitet und dementsprechend ausgereift sind auch die Definitionen, die anders als in vielen Lexika ohne Nachschlagen im Fremdwörterbuch gelesen werden können und durch ihre Eingängigkeit bestechen. Ein Beispiel: „Dritter Weg ist ein Begriff, der erst nach dem Zweiten Weltkrieg häufiger Verwendung fand. Es handelte sich dabei um eine Formel, die an die populäre Idee eines ‚Mittelweges‘ zwischen West und Ost, Kapitalismus und Kommunismus, anknüpfte.“ Bereichert werden diese Definitionen durch zahlreiche Zitate bekannter Theoretiker.

Die etwa 100 Begriffe hat Karlheinz Weißmann für den alltäglichen Gebrauch in der politischen Auseinandersetzung gedacht. Damit ist der erste Band des „Staatspolitischen Handbuchs“ ein Grundlagenwerk jener Arbeit, die Weißmann und Lehnert als Spitze des Instituts für Staatspolitik (IfS) seit fast zehn Jahren betreiben. Das IfS versucht, über Vortragsveranstaltungen und Akademien für junge Nachwuchswissenschaftler den metapolitischen Kern konservativen Denkens zu ergründen und diesen zu vermitteln. Sie erhoffen sich davon, dass junge Leute die Deutungshoheit der Linken über die politische Sprache erkennen, ihr abschwören und mit anderen Worten eine konservative Wende einleiten.

Felix Menzel

***Erik Lehnert/Karlheinz Weißmann (Hrsg.): „Staatspolitisches Handbuch“**, Edition Antaios, Schnellroda 2009, geb., 176 Seiten, 15 Euro*

Preußens Gloria - Armeemärsche des 18. und 19. Jahrhundert

CD

1. Marsch aus der Zeit Friedrichs des Großen; 2. Marsch 1741 - Friedrich II. von Preußen; 3. Der Rheinströmer - Histor. Version; 4. Der Mollwitzer - Friedrich II. von Preußen; 5. Der Kesselsdorfer - J. A. S. Scharlinsky; 6. Marsch B-Dur 1750 - Prinz A. W. von Preußen; 7. Marsch Es-Dur 1751 - Prinz A. W. von Preußen; 8. Marsch 1756 - Friedrich II. von Preußen; 9. Der Hohenfriedberger - Friedrich II. von Preußen; 10. Marsch Herzog von Braunschweig - Histor. Version; 11. Der Dessauer - Histor. Version; 12. Torgauer Parademarsch - Friedrich II. von Preußen; 13. Marsch des Hessischen Kreisregiments - Histor. Version; 14. Marsch 1837 aus Petersburg - Histor. Version; 15. Margarethen Marsch - Gottfried Piefke; 16. Kaiser Wilhelm Siegesmarsch - Gottfried Piefke; 17. Der Königgrätzer Marsch - Gottfried Piefke; 18. Düppel-Schanzen-Sturm-Marsch - Gottfried Piefke; 19. Siegesmarsch von Metz - Gottfried Piefke; Großer Zapfenstreich; 20. Anmarsch mit Parademarsch, Marsch des York'schen Korps - L. v. Beethoven; 21. Locken zum Großen Zapfenstreich; 22. Zapfenstreichmarsch; 23. 1. Post, 2. Post, 3. Post; 24. Zeichen zum Gebet, Gebet, Abschlagen und Ruf nach dem Gebet u.v.m.

Best.-Nr.: 6899

€ 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Dirk W. Oetting
Kein Krieg wie im Westen
Geb., 336 Seiten, Festeinband, ausführliches Quellenregister, Literaturverzeichnis
Best.-Nr.: 6906, € 24,00

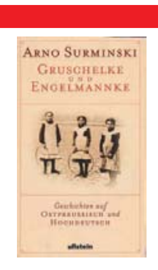
Arno Surminski



Die Kinder von Moorhusen
Geb., 198 Seiten m. Zeichnungen
Best.-Nr.: 1039, € 16,95



Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926, € 22,00



Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990, € 16,95



Edeltraut Wagner
Omi, erzähl' von früher
Jugenderinnerungen einer Ostpreußin aus Kubillen (ab 1938 Nordenfeld), Kreis Goldap
Geb., 356 Seiten mit 60 Abb.
Best.-Nr.: 6892, € 14,95



Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95



statt früher € 15,90
nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820



Ostpreußische Küche
Tradition, Geschichte und Gerichte
Geb., durchgehend farb. Abb., 128 Seiten, Format 19 x 24 cm
Best.-Nr.: 6233, € 7,95



Alexander Häusser, Gordian Maugg
Hungerwinter
Deutschlands humanitäre Katastrophe 1946/47
Geb., 224 Seiten
Best.-Nr.: 6885, € 19,90

Musik von Friedrich II.



Vol. I
Flötensonaten, Flöten-konzert & Märsche
Gesamtspielzeit: 79:42 Min
Best.-Nr.: 6901
€ 13,90

CD



Vol. III
Die Sinfonien
Gesamt: 35:20 Min
Best.-Nr.: 6903
€ 13,90

CD

Vol. II
Die Flötenkonzerte
Gesamtspielzeit: 67:33 Min
Best.-Nr.: 6902
€ 13,90

CD



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Frank Schirrmacher
Payback
Warum sind wir im Informationszeitalter gezwungen zu tun, was wir nicht tun wollen, und wie gewinnen wir die Kontrolle über unser Denken zurück? Was wollte ich gerade tun? Wieso haben die Dinge kein Ende mehr? Was geschieht mit meinem Gehirn? Fast jeder kennt die neue Vergesslichkeit und die fast pathologische Zunahme von Konzentrationsstörungen. Dahinter steckt sehr viel mehr als nur Überforderung. Wir wissen mehr als je zuvor und fürchten doch ständig, das Wichtigste zu verpassen. Der Mensch ist nicht nur ein Fleisch- und Pflanzenfresser, er ist auch ein Informationsfresser. Informationen sind Vorteile und in der Informations-Nahrungskette siegt der, der am schnellsten und effektivsten Nachrichten sendet und empfängt. Aber diese neue Form des Darwinismus führt dazu, dass wir nicht mehr unterscheiden können, was wichtig ist und was nicht. Wir rufen unsere ganze Lebensbahn immer stärker wie Informationen ab und zerstören so unsere Fähigkeit, mit Unerwartetem umzugehen. Die Frage lautet, ob wir bereits begonnen haben, uns selbst wie Computer zu behandeln, und ob wir damit Gefahr laufen, den Menschen in mathematische Formeln zu verwandeln ... Nicht die Technologien sind Schuld, sondern die Tatsache, dass immer häufiger nur noch das im Menschen gefordert und gefördert wird, was mit den Rechnern kompatibel ist. Eine Welt ohne Informationstechnologie ist nicht vorstellbar. Aber die pure Koexistenz von Mensch und Computer führt zum Sieg der künstlichen Intelligenz. Schon bald werden Computer zu Dingen fähig sein, die heute noch unvorstellbar scheinen. Sie werden unsere Wünsche besser kennen als wir selbst und in der Lage sein, sogar unsere Assoziationen in Software zu übersetzen. Wichtig aber ist, dass wir währenddessen unsere Fähigkeiten nicht verlieren. Wir können zurückfordern, was uns genommen wird, wenn wir die Stärken des Menschen neu bestimmen.

Geb., 239 Seiten
Best.-Nr.: 6907

€ 17,95



Reinhard Hauschild
Flammendes Haff
Ein junger Offizier schreibt in der Sprache der Soldaten vom Untergang Ostpreußens
Kart., 297 Seiten
Best.-Nr.: 1035, € 15,50



Gabi Köpp
Warum war ich bloß ein Mädchen?
Das Trauma einer Flucht 1945
Geb., 158 Seiten
Best.-Nr.: 6905, € 16,95



Hermann Sudermann
Das Bilderbuch meiner Jugend
Geb., 331 Seiten
Best.-Nr.: 6823, € 19,80





Musique pour Luise
Das "Ensemble Sans Souci Berlin" unter der Leitung von Christoph Huntgeburth spielt 11 Musikstücke, die für die preußische Königin Luise komponiert wurden.
u. a. Prinz Louis Ferdinand
1 Notturno
Vincenzo Righini aus Sechs Romanzen
2 L'Esperance
3 Le trois Graces
Johann Friedrich Reichardt: Sonate C-Dur für Flöte und Cembalo
Gesamte Spieldauer: 64:23 Min
Best.-Nr.: 6900

CD

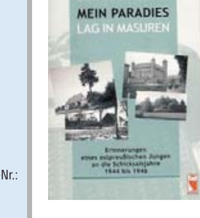
€ 13,90

Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im Alten Osten
Damals und heute
Damals im Osten - in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien - lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie. Wie der Autor zeigt, waren die großartigen Leistungen in Zucht und Sport bis zum Zweiten Weltkrieg der ländlich gewachsenen Verbundenheit zwischen Mensch und Pferd und der Wechselwirkung von Zuchtprüfung und Turnierreiten zu verdanken.



Geb., 160 Seiten, Best.-Nr.: 1566

statt € 24,90
nur € 14,90



Winfried Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 19,80



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95



CD

Gottfried Piefke
Preußische Armeemärsche
Stabsmusikkorps Berlin
Mit dem Großen Zapfenstreich, Preußens Gloria, u.v.m.
23 Titel, Gesamtspielzeit: 46:55 Min
Best.-Nr.: 6894, € 13,90

Die schönsten Volkslieder



Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

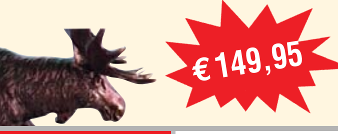


€ 13,90

Elch, groß



Wunderschön Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm, Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



€ 149,95



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell mißbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verläßlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntelang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit. Demgegenüber befasst sich das vorliegende Buch ausschließlich mit den Vergewaltigungen und hier unter anderem mit den Fragen, wie und warum es zu diesen Exzessen gekommen ist, warum Widerstand zwecklos war und was mit den Kindern geschah, die Opfer oder "nur" Zeuge der sexuellen Gewalttaten waren. Erlebnisberichte von Opfern und Tätern sind eine wesentliche, weil authentische Grundlage dieser Darstellung.



Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847

€ 19,90

Märsche und Balladen aus den Freiheitskriegen 1813-1815

CD

1 Französisches Signal Ausrücken; 2 Preußisches Signal Alarm; 3 Ballade Lützows wilde Jagd Strophen 1 - 3; 4 Geschwindmarsch (AM II. 131); 5 Marsch Kurhannoversche Gardeartillerie (AM II. 103); 6 Beim Siegesfeuer (Flamme empor) Strophen 1 - 4; 7 Schwedischer Kriegsmarsch (AM II. 241); 8 Signal und Marsch 7. Kurhannoversches Infanterie Regiment; 9 Die Gedanken sind frei Strophen 1 - 3; 10 Marsch der Kurhannoverschen Garde-Grenadiere (AM I. 76); 11 Ein Jäger aus Kurpfalz (AM II. 243); 12 Ballade vom Schill bei Dodendorf Strophen 1 - 3, 7; 13 Infanterie-Signale, Kanon; 14 Die Schlacht bei Leipzig; 15 Regimentssignal 2. Hannoversche Jäger; 16 Marsch der Freiwilligen Jäger (AM II. 239 u. AM III. 124); 17 Marsch 2. Kurhannoversches Jägerbataillon (AM II. 232); 18 Schwedische Reitersignale; 19 Marsch der Cambridge Dragoner; 20 Marche des Soldats de Robert Bruce; 21 Jubelmarsch für König Ernst August von Hannover; 22 Alt-Österreichisches Signal: Zum Gebet!; 23 Ich hatt' einen Kameraden Strophen 1 - 3; 24 Preußisches Signal: Ruf zum Gebet!; 25 Ballade Lützows wilde Jagd Strophe 4 - 6; 26 Hannoverscher Zapfenstreich; 27 Yorkscher Marsch (AM. II 37); 28 Krönungsmarschmusik mit Preußenlied Strophen 1, 4; 29 Schwedisches Reitersignal
Gesamt-Spieldauer: 58:09
Stabsmusikkorps Berlin, Heeresmusikkorps 300 Koblenz, Heeresmusikkorps 100 Hannover, Radio-Sinfonie-Orchester Berlin
Mit ausführlichen Informationen und Liedertexten im beiliegenden Beiheft
Best.-Nr.: 6891, € 13,90

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund





Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Sonderangebot



Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit
Kart., 78 Seiten
Best.-Nr.: 2620,
statt € 6,00 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst — 05/10

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Automaten frieren Geld ein

Moskau – Eine neue Form des „Festgeldes“ konnte die Russen kürzlich nicht überzeugen: Weil bei minus 20 Grad die Ausgabeschächte und Lesegeräte der Bankautomaten eingefroren waren, kamen sie nicht an ihr Geld. Betroffen waren vor allem Automaten im Freien und in Übergängen von Einkaufspassagen. Zur Abhilfe ließen die betroffenen Kreditinstitute Heizstrahler aufstellen. *MRK*

Die Hymne »gendern«?

Wien – Immer wieder wird Kritik an der österreichischen Bundeshymne geäußert, konkret am Vers „Heimat bist du großer Söhne“: Denn wo bleiben die Töchter? Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) stellte nun eine „gegenderte“ Version vor. Die Erben der Textdichterin Paula Preradovic sehen in der Änderung allerdings eine Urheberrechtsverletzung. Der Text – zu einer angeblichen Mozart-Hymne – ging 1946 in einem Wettbewerb als Sieger hervor. Die Haydn-Melodie, die ab 1797 (mit Unterbrechung 1918 bis 1930) Hymne gewesen war, galt nämlich nach 1945 als „belastet“. *RGK*

ZUR PERSON

Europa-Experte aus der Türkei

Eine Wahl ohne Gegenkandidat macht **Mevlüt Cavusoglu** (42) zum zweiten türkischen Politiker in einem europäischen Spitzenamt. Er leitet für drei Jahre als Präsident die Parlamentarische Versammlung des Europarats. Sein Landsmann Yavuz Mildon steht bereits dem europäischen Regionalkongress vor.

Der Wirtschaftswissenschaftler Cavusoglu ist ein Weggefährte des türkischen Ministerpräsidenten Recep Erdogan. Mit ihm gründete er die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die islamische Regierungspartei, die wegen ihrer anti-laizistischen Politik stark kritisiert wird. Cavusoglu hielt sich aus innenpolitischen Kontroversen bisher heraus, stärkte die AKP-Kontakte ins Ausland.

Er gilt als Joker für deren Europa- und US-Kurs. Dafür bringt der laut türkischen Medienberichten Deutsch, Englisch, Japanisch und Russisch Sprechende beste Voraussetzungen mit, startete früh in eine einzigartige Karriere. Als Sohn eines Bauern und Lokalpolitikers aus Alanya machte er mit 20 seinen Bachelor an der Universität Ankara. Von dort erhielt er ein Stipendium an der Long Island University (USA). Nach Doktorarbeit und einem EU-finanzierten Stipendium konzentrierte er sich auf die türkische Vertretung im Europarat, gehörte ab 2003 der dortigen türkischen Delegation an, die er ab 2007 leitete.



Flüchtlinge und Migration sowie Fragen von Wirtschaft und Touristik prägten seinen Einsatz dort, auch verfasste er einen Bericht zu bosnischen Opfern der Balkankriege. Cavusoglu macht seine jetzige Wahl zum Zeichen der Demokratisierung der Türkei. Allein in Armenien diskutieren Medien, ob dem Land nun schlechtere Beziehungen zur EU drohen, Cavusoglu gibt sich indes gesprächsbereit. *SV*



Zeichnung: Mohr

Not

Wie man jemanden findet, der zahlt, wie sich die EU um ihre Kinder kümmert, und wie wir das mit der Schweizer CD finden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

In der Not sind gute Ideen überlebenswichtig. Dass Griechenland in Not ist, hatten wir bereits letzte Woche. Georgios Karatzaferis ist Chef der griechischen Partei „Völkisch-orthodoxer Alarm“, die vergangenen Oktober mit 5,6 Prozent ins Parlament des Landes einzog. Er hat, was seine Regierung bislang missen lässt, nämlich einen Ausweg aus dem schrecklichen Ungemach: Griechenland hätte immer noch Anspruch auf 10,5 Milliarden Euro aus Deutschland als „Reparationszahlung“ für den Zweiten Weltkrieg“. Mit dem Geld könnte man zumindest gemütlich über den Sommer kommen.

Ja, so sind sie, unsere europäischen Sonnenkinder. Seit 2500 Jahren liegen sie in der „Wiege der europäischen Kultur“, seit 30 Jahren bringt ihnen Brüssel den Brei ans Bettchen, und jetzt sollen sie plötzlich aufstehen und selber die Ärmel hochkrempeln? Ihr spinnt wohl. Es findet sich immer jemand, der zahlt.

Wir wollen aber nicht mehr. Wenn sie Wiedergutmachung wollen, sollen sie doch mit der Deutschen Bahn fahren, die Griechen, da könnten sie Glück haben. Zum wiederholten Male hat eine Schaffnerin eine Minderjährige mitten im Nirgendwo aus dem Zug geworfen, bei fast 20 Grad unter Null, weil der 16-Jährigen zwei Euro für den Nachlösezuschlag fehlten.

Die Deutsche Bahn AG hat sich schnell entschuldigt und – Wiedergutmachung geleistet: Eine 37-Euro-Wochenendfahrkarte, einen Geschenkkorb, Blumen und eine Flasche Rotwein. Eine Flasche was? Wer am Sonnabend so gegen neun, zehn Uhr abends in der U-Bahn sitzt, der kann doch sehen, worauf die trinkende Fraktion der Heranwachsenden abfährt: Am besten was Handfestes, 'ne Buddel Korn oder Whisky oder so, die man mit irgendwas mischen kann. Aber Rotwein? Wie spießig. Experten haben übrigens gerade berichtet, dass die Anzahl von Jugendstraftaten unter Alkoholeinfluss sprunghaft angestiegen sei und empfehlen, den Kauf jedweder Alkoholika erst ab 18 Jahren freizugeben.

Nun ja, wir wollen's nicht dramatisieren, wegen der Flasche wird das Mädel schon nicht gleich auf die schiefe Bahn geraten. Dennoch gibt es unter den Jugendlichen immer mehr Gestrauchelte, nicht bloß in Deutschland, und nicht nur im Suff.

Schuld ist die Armut. Die breitet sich nämlich aus in ganz Europa, und sie trifft vor allem die Schwächsten, die Kinder. Immer mehr müssen die Regierungen aufwenden, um das schlimmste Elend zu lindern. Da will auch die EU nicht abseits stehen. 53 000 Euro hat das Europäische Parlament vergangenes Jahr abgezweigt, um Kindern wenigstens eine kleine Freude zu bereiten. Nicht irgendwelchen Kindern, versteht sich, sondern denen von EU-Beamten: Mit der Summe wurde eine Ski-Freizeit im Drei-Sterne-Hotel für EU-Beamtensprösslinge subventioniert. Streng sozial gestaffelt nach Bedürftigkeit: Wer 4200 Euro netto verdient, bekam 616 Euro pro Kind, wer monatlich 8000 netto einstreicht, erhielt 414 Euro. Mit einem ähnlich hohen Betrag griff die EU ihren Beamten auch für eine Kinder-Sommerreise unter die schwachen Arme. Hoffentlich bekommen die EU-Steuerzahler irgendwann mal hübsche Fotos zu sehen von den lustigen Touren, auf dass sie sich mitfreuen können darüber, wo ihr Geld geblieben ist. Schon in diesem Monat startet die nächste EU-Kinderfreizeit, insgesamt gilt es, jährlich 300 000 Euro zu verbraten, die in einem eigens dafür eigerichteten „Sondertopf“ verstaut sind.

> Eine Flasche Rotwein – hätte die Bahn der 16-Jährigen nicht besser 'ne Buddel Korn spendiert?

Regierungsbeamter zu sein hat also auch seine Vorteile. Daher hat die Bundesregierung beschlossen, deren Zahl kräftig aufzustocken. Was? „Bürokratieabbau“? Freunde, das war vor der Wahl. Nach der Wahl bauten sich die langen Schlangen auf, in denen all die verdienten Parteifreunde auf ihren Teil von der Beute warteten. Sollte man sie da draußen frieren lassen? Nachher ergattert der eine oder andere von denen später noch ein Parteitags-Delegiertenmandat und macht einem dann Schwierigkeiten, weil man ihn nicht bedacht hat! Das Risiko wollten weder Schwarze noch Gelbe eingehen. Mittlerweile haben alle ihre Personalwünsche zusammengetragen, Ergebnis: In Berlin entstehen mehr als 1000 neue Stellen im Regierungsapparat.

Nach und nach räumen Union und FDP alle Vorurteile ab, die böse Zungen zuvor über bürgerliche Regierungsbündnisse in Umlauf gebracht hatten. Die „Rechten“ (wie sich die Bürgerlichen früher nannten) sparten den Staat kaputt, pöbelten die Linken (die sich immer noch so nennen), weil sie in ihrer reaktionären Engstirnigkeit dem Fetisch eines „ausgeglichenen Haushalts“ verfallen seien. Pustekuchen: So ein stattlicher Schuldenberg wie heute war nie. Die Bürgerlichen strichen zudem überall Stellen und zerlegten damit den Öffentlichen Dienst, hieß es. Na ja, 1000 Stellen sagen da wohl mehr als 1000 Worte.

Außerdem wurde stets geklagt, dass die abgehobenen Konservativen und erst recht die versnobten Liberalen kein Gespür hätten für die Stimmungen im Volk. Selbst das kann heute niemand mehr behaupten: Nur um die Spur der Stimmungen nicht zu verlieren, hat sich der Chef der NRW-Liberalen, Andreas Pinkwart, selbst zum Kasper gemacht mit seinem Vorschlag, das neue Mehrwertsteuerprivileg für Hotels „auszusetzen“. Wenn das nicht für Volksnähe steht!

Früher hatte es immer etwas Anmaßendes, wenn ein Politiker zu einer bestimmten Frage ins Mikrofon näselte: „Ich denke so wie die Mehrheit der Deutschen.“ Oftmals stimmte das nämlich gar nicht. Heute hingegen können wir uns auf so eine Aussage verlassen, denn nichts prägt die Position eines Politikers so sehr wie die letzte Umfrage.

Da die Wähler jedoch selten genau wissen, was sie wollen, und das auch noch ständig ändern, entpuppt sich die hechelnde Suche nach der „Mehrheit der Deutschen“ als herbe Humpeltour. So schlecht steht es, dass sich sogar Sigmar Gabriel wieder raustraut. Von dem hatten wir ja seit Monaten schon nichts Vernehmbares mehr gehört. Nun lästert der SPD-Chef: Die Liberalen wollten die geklauten Bank-Disketten aus der Schweiz ja nur nicht kaufen, weil da vielleicht ein paar Namen von FDP-Spendern draufstehen könnten. Igitt, wie gemein.

Guido Westerwelle würde auf so etwas am liebsten ganz gelassen und souverän reagieren. Genau das aber kann er am allerwenigsten. Als die grüne Künast im Reichstag über ihn vom Leder zog, verließ der FDP-Chef beleidigt den Plenarsaal.

Dabei ist eine „gute Figur“ ja so wichtig in der Politik. Was haben wir damals den Reagan fertiggemacht, weil er die USA in Schulden stürzte, um Steuern zu senken, für die „Reichen“, versteht sich. Was für ein unsozialer Mistkerl, da waren wir einig. Nachfolger Obama stürzt die USA in noch viel höhere Schulden und gibt's den noch viel Reicheren, den Großbanken. Und was sagen wir heute? Bravo! Barack, der Krisenbändiger, der Charismatiker. Warum? Weil er einfach schöner aussieht, schöner redet und in der schöneren Partei ist, darum.

Es gibt allerdings Situationen, da ist Gutaussehen unmöglich. Wir sehen die Szene vor uns, wie Wolfgang Schäuble nachts zwischen den tropfenden Pfeilern einer Basler Brücke sitzt, Mantelkragen hochgeschlagen, den Schlapphut tief ins Gesicht gezogen, und seinem finsteren Gegenüber zuruft: „Haben Sie die Ware?“ „Ja. Wo ist das Geld?“ „In meiner linken Manteltasche, und merken Sie sich: Dieses Treffen hat nie stattgefunden.“

So müssten die Geschäfte der Bundesregierung mit der Unterwelt eigentlich ablaufen. Tun sie aber nicht, im Gegenteil: Berlin feiert seine frischen Bande zum Ganovenmilieu vor laufenden Kameras. Man verkündet voller Stolz, die CD mit den Steuerhinterziehern erhehlern zu wollen. Finden wir gut, denn erstens geht es um Gerechtigkeit und zweitens trifft es ja andere. Da sind wir immer mit von der Partie.

ZITATE

*Die 1988 von der **DDR ausgebürgerte Schriftstellerin Monika Maron** beklagt im „Spiegel“ vom 25. Januar die Kritik an Islamkritikern und erzählt, woran sie die Anfeindungen erinnern:*

„Als ich kurz nach dem Fall der Mauer im Hamburger Institut für Sozialforschung die deutsche Einheit für wünschenswert erklärte, erntete ich Hohngelächter und empörte Blicke. Der Gegner war ich, nicht der diktatorische Staat, der als Folie für manche westdeutsche Utopien offenbar taugte … Wer nicht den Mut hat, die Werte einer freiheitlichen Gesellschaft gegen intolerante Ansprüche zu verteidigen – oder wenigstens von anderen verteidigen zu lassen –, verhält sich nicht wie ein Demokrat.“

*Der in Deutschland lebende **koptische Bischof Anba Damian** erklärte der katholischen Nachrichtenagentur „Zenit“ am 27. Januar die jüngsten Überfälle auf Christen in Ägypten:*

„Das liegt an den Lehrern in den Moscheen. Die Ägypter sind von Natur aus ein friedvolles Volk. Aber die Menschen lernen durchs Hören … Und die Zuhörer können das meist überhaupt nicht einordnen … Diese Menschen haben oft keine Schulen besucht und vertrauen nur auf das, was sie mündlich überliefert bekommen … Und wenn die Freitagspredigt in der Moschee heiß ist von Hass, dann gehen diese eigentlich friedlichen und einfachen Menschen auf uns los.“

Der Nothelfer

Die Klimaretter, stets bereit,
das Beste uns zu geben,
die mussten in der jüngsten Zeit
viel Gegenwind erleben.

Zwar gab es reichlich heiße Luft
im Saal in Kopenhagen –
doch draußen war sie bald verpufft,
und sowas liegt im Magen.

Wie soll man auch als
Heilsverein
mit Welterwärmung handeln,
wenn viele Menschen
hundsgemein
auf Seen und Flüssen wandeln?

Durch Kritikaster, die vermehrt
sich regten und erstarkten,
wird's ohnehin genug erschwert,
das Treibhaus zu vermarkten.

Das Beben in Haiti kann
dem Zweck schon gar
nicht nützen –
es lenkt nur ab, denn jedermann
will Opfer
unterstützen.

Da lässt, falls er noch lebt, grad recht
Osama uns verkünden:
Der Klimawandel, der ist echt
und zählt zu schweren Sünden!

Konnt' Klimaketzern bisher bloß
man Forschungsgelder streichen,
gibt's künftig also rigoros
auch Bomben und dergleichen.

Osamas Häscher haben ja
bekanntlich ihre Netze
und kümmern sich in Fern und Nah'
um Achtung der Gesetze.

Die üblen Leugner allesamt
der Dogmen, der zentralen,
sind außerdem sogar verdammt
zu ewgen Höllenqualen!

So wird, was mit Physik bis jetzt
missglückte zu erzwingen,
wenn metaphysisch durchgesetzt,
am Ende doch gelingen …

Pannonicus